

Bericht über die 5. sozialdemokratische Frauenkonferenz in Nürnberg

Abgehalten am 11. und 12. September 1908

Erster Verhandlungstag.

Freitag, den 11. September — Vormittags-Sitzung.

In der „Goldenen Rose“ trat heute die 5. Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands zusammen. Die Zentral-Vertrauensperson, Genossin Ottilie Saaber, eröffnete kurz nach 9½ Uhr die Verhandlungen und heißt die zahlreich erschienenen Delegierten und Gäste herzlich willkommen. Die Zahl der Delegierten zu dieser Konferenz ist bedeutend größer, als zu den vorangegangenen Konferenzen. Wir sehen viele neue Gesichter, viele die herangereift sind zu tächtigen Parteigenossinnen, und die nun hier mit uns beraten werden, wie wir in Zukunft unsere Bewegung fördern können. Aber es ist auch manche nicht mehr unter uns von den alten, lieben Genossinnen, mit denen wir so viele Jahre gelebt und gekämpft haben. Gerade in den letzten zwei Jahren haben wir recht viele Verluste erlitten. Ich nenne zuerst die Genossin Kolbich aus Chemnitz, die viele Jahre unter den schwierigsten Verhältnissen für die Partei gekämpft hat. Gerade unter den Zeiten des Sozialistengesetzes hat sie den Männern wacker zur Seite gestanden und durch ihre Klugheit, Opferwilligkeit und ihren Scharfsinn den Genossen über manche schwierige Situation hinweggeholfen. Weiter haben wir den Verlust unserer Mutter Ebel aus Hamburg zu beklagen. Die meisten von Ihnen werden sie gekannt haben. Als ich sie zum erstenmal sah, habe ich mich gefreut über das alte, liebe Gesicht mit den ruhigen, freundlichen Augen. Nun ist auch sie dahin. Weiter haben wir zu beklagen den Verlust der Genossin Mathen aus Magdeburg, von der wohl niemand geglaubt hat, daß sie so schnell den Weg gehen würde, von dem es keine Wiederkehr gibt. Auch die Genossin Scharshuh aus Crakau bei Magdeburg, die wir verloren haben, war eine eifrige Genossin, die alles daran setzte, um unsere Bewegung zu fördern. In ihrem ländlichen Bezirk hat sie so manche Frau zum Sozialismus geführt. Auch die Genossin Legehden, auf die wir so große Hoffnungen gesetzt haben, ist uns entziffen worden. Aber abgesehen von diesen, deren Namen vielleicht ein Zufall in der weiteren Oeffentlichkeit bekanntgemacht hat, gibt es Hunderte von Namenlosen, die in fleißiger Kleinarbeit für unsere Bewegung tätig waren, und die nun auch dahingegangen sind. Wir ehren das Andenken aller dieser Verstorbenen, indem wir uns von den Plätzen erheben. (Geschicht.)

Unsere diesmalige Konferenz hat eine wichtige, wenn auch nicht sehr umfangreiche Tagesordnung. Hinsichtlich der Vereinsgesetzgebung stehen wir jetzt unter einem Buchstaben des Gesetzes. Ich sage ausdrücklich „Buchstaben“. Denn die Handhabe des neuen Reichsvereinsgesetzes durch die Polizei gibt nach mancher Richtung Anlaß zur Kritik. Die Polizei kann es nun einmal nicht lassen, ihre nichtsnutzigen Finger überall hineinzuwickeln. So lesen wir auch jetzt noch täglich von Fällen, in denen sie sich „berühmt“ macht. Wir werden diesmal nicht nur über unsere Tätigkeit in den letzten zwei Jahren Rechenschaft abzulegen haben, sondern wir müssen nunmehr auch zur Neuorganisation der Genossinnen Deutschlands, die uns das neue Vereinsgesetz ermöglicht, Stellung nehmen. Wir haben ferner auf der Tagesordnung die wichtige Frage der Kindererziehung, die für uns deshalb doppelt wichtig ist, weil das neue Vereinsgesetz die Jugend entrechtet hat. Demgegenüber müssen wir dafür sorgen, daß die Jugend im sozialistischen Sinn erzogen wird. Ich spreche zum Schluß die Hoffnung aus, daß unsere Konferenz reiche, fruchtbringende Arbeit leisten möge! (Bravo!)

Unsere österreichischen Genossinnen haben zu unseren diesjährigen Verhandlungen zwei Vertreterinnen entsandt, die Genossinnen Popp und Böler, über deren Hiersein ich mich besonders freue. Damit erkläre ich unsere Konferenz für eröffnet. Auf Grund der gestrigen Vorbesprechung schlage ich Ihnen als Vorsitzende mit gleichen Rechten die Genossinnen Zetkin = Stuttgart und Rich = Hamburg vor, als Schriftführerinnen die Genossinnen Grünberg = Nürnberg, Steinkopf = Berlin, Wagner = Chemnitz und Riendorf = Kiel. Als Beisitzerin wird Ihnen die Genossin Reiche aus Wegejad vorgeschlagen, als Mitglieder der Mandatsprüfungskommission die Genossinnen Greifenberg = Augsburg, Bengels = Berlin und Baum = Altona.

Die Konferenz nimmt diese Vorschläge einstimmig an.

Klara Zetkin: Im Namen der Genossinnen, die Sie zur Leitung der Konferenz gewählt haben, danke ich Ihnen für das in uns gesetzte Vertrauen. Wir werden uns bemühen, diesem Vertrauen gerecht zu werden, indem wir die Verhandlungen nicht nur mit aller Objektivität, sondern auch jenem Geiste der Schwesterlichkeit entsprechend leiten werden, die uns alle vereinigt. Wir haben heute in unserer Mitte nicht nur Vertreter der allgemeinen Parteiorganisation aus Nürnberg und seitens der deutschen Sozialdemokratie begrüßen zu können, sondern auch wie in früheren Jahren Vertreterinnen unserer österreichischen Schwesterpartei. Es ist diesmal nicht bloß unsere Genossin Adelheid Popp, die uns unsere österreichischen Schwestern gesandt haben. Ich betone das Wort unsere Genossin Adelheid Popp, weil sie ja nicht zum erstenmal unter uns weilt, sondern wir die Freude haben, sie wieder und wieder in unserer Mitte zu begrüßen, und weil sie auch schon bei uns in Deutschland für unsere Genossinnen tätig gewesen ist. Außer ihr haben die österreichischen Genossinnen auch noch die Genossin Böler hierher gesandt, eine jener schönen Typen der kämpfenden Proletarierinnen, wie sie die Arbeiterklasse, die sich um das Banner des Sozialismus geschart hat, mehr und mehr in allen Ländern erzeugt, Typen von jener Zielbewußtheit, von jener Opferfreudigkeit, von jener Kraft, die lebendige Beispiele für die Erweckung der wertvollsten geistigen und sittlichen Kräfte sind, welchen der Sozialismus in der Arbeiterklasse das Werden und Wirke zuzuführt. (Bravo!)

Genossin Grünberg-Nürnberg begrüßt die Konferenz im Auftrage der Nürnberger Genossinnen. Nürnberg, die schöne alte Paganstadt mit seiner stolzen Parteigeschichte, die sehr viel Frauenarbeit aufzuweisen hat, kann leider nicht von einer alten sozialistischen Frauenorganisation reden. Die

Vereinsgesetze haben es verhindert, daß die Genossinnen in früheren Jahren sich der Partei angeschlossen. Schon 1875 beschäftigte man sich hier mit dem Gedanken, die Frauen zu organisieren, weil eben die Frauenarbeit hier einen ungeheuren Umfang angenommen hatte. Ein Beweis dafür, daß sich die Genossinnen schon damals rege an der Mitarbeit beteiligten, ist die Tatsache, daß auch einige von ihnen während des Sozialistengesetzes in Anklagezustand versetzt wurden. 1885 wurde eine Frauenversammlung polizeilich verboten. Trotzdem hatten sich eine Anzahl von Frauen zusammengesunden und einen Verein gegründet, der aber ebenfalls der polizeilichen Auflösung verfiel. 1889 setzte in der Nachbarschaft Fürth eine Arbeiterinnenbewegung ein und 1891 hier in Nürnberg. Die Genossin *Therer* hatte damals ein Referat gewerkschaftlichen Inhalts gehalten, und Genosse *Derfel* war es, der die Versammlung aufforderte, daß man auch einmal eine Frauenversammlung mit einem politischen Thema abhalten solle. Auf Grund dieser bloßen Anregung bereits verfiel die Versammlung der polizeilichen Auflösung. 1892 wurde hier ein Frauen- und Mädchenbildungsverein nach Berliner Muster gegründet, der aber 1894 aufgelöst wurde, weil man die Kassiererin des Vereins zum Frankfurter Parteitag belegen wollte. Ein großer Teil der Mitglieder, 60 Frauen, bekamen damals ein Strafmandat. So wurde jede Organisation der sozialistischen Frauen im Keime erstickt. Erst 1906 setzte eine erfolgreiche Frauenbewegung ein, die in der Zwischenzeit es auf 450 Mitglieder gebracht hat.

Nebenher gingen die Bestrebungen, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu fördern. Als man 1894 in Nürnberg zur Gründung des ersten deutschen Arbeitersekretariats schritt, waren auch Frauen in der Versammlung anwesend, und weil Frauen und Minderjährige daran teilnahmen, wurde die Versammlung aufgelöst. Es waren *Grillenberger* und *Segitz*, die sich mit großem Eifer trotz des Widerstandes der Polizei bemühten, die Arbeiterinnenbewegung in Fluß zu bringen, und von 1896 ab ging die Bewegung dann langsam aufwärts. Im Jahre 1904 waren 1689 Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. Im Jahre 1905 wurde, um die Agitation unter den Arbeiterinnen einheitlich zu regeln, eine Sekretärin in meiner Person angestellt. Am Jahresluß 1907 war die Zahl der organisierten Arbeiterinnen auf 5264 gestiegen. Es gelang, auch in Nürnberg eine moderne Dienstbotenorganisation ins Leben zu rufen. Es steht uns in Nürnberg noch eine ungeheure Arbeit bevor. Ich erinnere daran, daß trotz der ungeheuren Ausdehnung der Frauenarbeit in Nürnberg die rückständige Gemeindefrankenkasse keine Wöchnerinnenunterstützung zahlt. Das haben wir der rückständigen Freisinnsmehrheit im Stadtparlament zu verdanken. Soffentlich gelingt es unseren Genossen, bei den im Herbst dieses Jahres bevorstehenden Gemeindevahlen die Vorherrschaft der Freisinnigen zu brechen. — An der Tagesordnung der Konferenz interessiert uns namentlich die Frage der Kindererziehung. Tausende und Abertausende von Müttern, die dem Verdienst nachgehen müssen, sind dem Hause entfremdet. Da sind die Kinder ohne Erziehung und Mutter. Wenn die Konferenz Mittel und Wege findet, daß diese Frauen trotzdem einen erzieherischen Einfluß auf ihre Kinder ausüben können, so können wir ihr recht dankbar sein. Ich wünsche Ihren Verhandlungen recht vielen Erfolg. (Bravo!)

Genosse *Haugenstein* übermittelt einen herzlichen Willkommensgruß des sozialdemokratischen Wahlvereins Nürnbergs und des Gauvorstandes Nordbayern. Nach Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes haben wir alles aufgewandt, um die Frauen der sozialdemokratischen Partei zuzuführen, und ich bin überzeugt, daß uns in kurzer Zeit eine Menge weiblicher Streiter zur Seite stehen werden, um Schulter an Schulter mit uns den Emanzipations-

Kampf zu führen. Auch ich wünsche Ihren Beratungen guten Erfolg und hoffe, daß Ihre Beschlüsse der Gesamtpartei zum Nutzen dienen werden. (Bravo!)

Genossin *Pölzer-Wien*: Bei Ihnen sind jetzt die Schranken des Vereinsgesetzes gefallen; wir in Oesterreich haben darum noch zu kämpfen. Daher werden wir aus Ihren Beratungen sehr viel lernen können. Vor allem aber ist der zweite Gegenstand Ihrer Tagesordnung für uns von großer Bedeutung. Wir in Oesterreich sind noch nicht dazu gekommen, zu der brennenden Frage Stellung zu nehmen, wie die Erziehung der Jugend im Hause erfolgreich gestaltet werden kann. Ich überbringe Ihnen herzlichste Schwestergrüße und hoffe, daß Ihre Beschlüsse von Erfolg begleitet sein mögen. (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt die Konferenz in die Tagesordnung ein. Sie lautet:

1. Bericht der Zentral-Vertrauensperson:
 - a) Agitation,
 - b) Presse.
- Referentin: Genossin *Baader*.
2. Die Neuorganisation der Genossinnen.

Referentin: Genossin *Zieß*.
3. Die sozialistische Erziehung der Jugend.
 - a) Die Erziehung im Hause.

Referentin: Genossin *Dunder*.
 - b) Die Jugendorganisation.

Referentin: Genossin *Zettin*.
4. Verschiedene Anträge

Referentin *Genossin Baader*: Die Frauenkonferenz in Mannheim hatte uns die Aufgabe gestellt, neben der aufklärenden Agitation für die Sozialdemokratie, für den Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz sowie für den Kinderschutz zu agitieren, für die Aufklärung der Dienstboten zu sorgen usw. Wir hatten gewiß alle den Wunsch, nun gleich in die Agitation für alle die Fragen einzutreten, aber wie so häufig haben die Gegner uns einen Strich durch die Rechnung gemacht. Es kam die Auflösung des Reichstages dazwischen, die uns im übrigen allerdings nur willkommen sein konnte, da sie uns die schönste Gelegenheit zu erhöhter Agitation bot, die wir auch nach Kräften ausgenutzt haben. Wir haben tüchtig gegen die Flottenpolitik und gegen die Kolonialgreuel agitiert. Wir haben ungeheuer viel Versammlungen veranstaltet und Tausende von Frauen aufgerüttelt. Wenn unsere Frauenkonferenz heute so gut besetzt ist, so ist das auch noch eine Wirkung dieser Agitation. Die Frauen sind lebendig geworden, der Geist des Widerstandes gegen die Unterdrücker ist in ihnen erwacht. Wenn die Frauen auch viele Eigenschaften haben, die unserer Bewegung nicht gut sind, so haben sie doch andererseits die Eigenschaft, hartnäckig und energisch an dem, was sie einmal erzwungen haben, festzuhalten. Wir haben durch die Wahlen zwar weniger Abgeordnete bekommen, aber mehr Agitatoren im Lande gewonnen. (Sehr richtig!) Und die Erfolge haben gezeigt, daß wir auf dem richtigen Wege waren. Die Frauen haben sich als fähig erwiesen, im politischen Leben tätig zu sein und Seite an Seite mit den Männern für den Sozialismus zu streben und zu kämpfen.

Dort, wo eine sozialistische Frauenbewegung schon bestand, vor allem in den größeren Städten, haben wir versucht, eine Dienstbotenbewegung ins Leben zu rufen. Auf der Mannheimer Konferenz hatte uns Genosse *Sadt-hagen* bereits einen Dienstvertrag vorgelegt, der als Material für die Agitation dienen sollte. Dieser Vertrag sollte auch unter den geltenden rüd-

ständigen Einkünften für die Diensthöten ein Mittel sein, ihr Los zu erleichtern und gewisse Forderungen durchzusetzen. Ich weiß nicht, wieviel Diensthöten augenblicklich organisiert sind. 1907 waren es bereits 5000, und seitdem ist die Zahl bedeutend gestiegen. Allein in Hamburg beträgt die Zahl der organisierten Diensthöten weit über 4000. In vielen Fällen ist es gelungen, das Los der einzelnen Diensthöten zu bessern und ihnen der Herrschaft gegenüber das Rückgrat zu steifen.

Andere wichtige Fragen unserer Agitation betrafen den Wöchnerinnenschutz und Kinderschutz. Auch der Verkürzung der Arbeitszeit haben wir unsere Arbeit gewidmet. Leider hat sich unsere Regierung noch nicht veranlaßt gesehen, auch nur den Zehnstundentag für Arbeiterinnen gesetzlich festzulegen, vom Achtstundentag gar nicht zu reden. An der Agitation anläßlich der letzten Reichstagswahlen haben wir uns eifrig beteiligt. Wir haben ein Flugblatt in einer Auflage von einer Million verbreitet, in dem wir darlegten, welches große Interesse gerade die Frauen an diesen Reichstagswahlen hatten. Die „Gleichheit“ unterstützte durch Artikel die Aufklärungsarbeit hinsichtlich dieses Wahlkampfes. Die Zahl unserer Rednerinnen war kaum imstande, allen Anforderungen nach Versammlungen zu genügen. Das ist auch ein erfreuliches Zeichen, denn es beweist, daß unsere Agitatorinnen zu den Frauen zu sprechen verstehen. Und was eine Frau mit dem Herzen erst erfaßt hat, das erfaßt sie auch bald mit dem Kopfe. Sie wird gedrängt, nachzudenken über das, was sie gehört hat. Zur theoretischen und praktischen Schulung der Genossinnen ist das System der Vespere- und Diskussionsabende weiter ausgebaut worden, die ein wertvolles Mittel sind, die Frauen im kleinen Kreise zu belehren. Gerade auf diesen Diskussionsabenden haben wir aus den scheuen, gedrückten Frauen, die sich nicht trauten, ein Wort zu sprechen, tüchtige Agitatorinnen herausgebildet. Diesen Diskussionsabenden ist es auch zu danken, daß unsere Parteiliteratur in den letzten Jahren von den Frauen ganz bedeutend mehr gelesen wurde, als früher. Die Zentralkasse hat den Vertrauenspersonen Broschüren zur Verfügung gestellt und, wo die Leiterinnen von Organisationen es sich angelegen sein ließen, einzelne Frauen aus diesen unpolitischen Bildungsbereichen für das politische Leben zu interessieren und zu schulen, da haben wir ihnen auch größere Werke überwiesen. Uns kommt es ja vor allem darauf an, die Köpfe zu revolutionieren, die Frauen sollen wissen, was der Sozialismus will. Die Polizei hat aber auch vielfach diesen Bildungsabenden ihre Aufmerksamkeit gewidmet und sie nach allen Richtungen hin schikaniert mit der Begründung, es seien politische Vereine. So ganz unrecht hatte sie damit nicht, denn wir wollten die Frauen tatsächlich zum Sozialismus erziehen. Da man Ideen nicht einschließen kann, so bewirkte in der Regel die Polizei das gerade Gegenteil: die Genossinnen schlossen sich um so enger zusammen. Jetzt sind wir von den vereinsgesetzlichen Hindernissen befreit, wir sind auf vereinsgesetzlichem Gebiet den Männern gleichgestellt. Ich habe leider keinen Mann (Geiterkeit), was ich jetzt bedauere, denn jetzt wäre ich mit ihm Arm in Arm in die Organisation hinübergewandert. (Große Geiterkeit. Zuruf: Kann ja noch geschehen!)

Auch unsere Klassenverhältnisse haben erfreuliche Fortschritte gemacht. Mit der Zunahme der organisierten Frauen hat Schritt gehalten die Zunahme der für die Agitation notwendigen Mittel. Ich habe es immer für ein ganz besonderes Mittel zur Hebung des Persönlichkeitsbewußtseins der proletarischen Frauen gehalten, daß sie die Mittel, die sie für die Bewegung brauchten, selbst aufgebracht haben. Das muß uns so höher veranschlagt werden, da der Frau nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen, weil die Frauensöhne geringer sind als die Söhne der Männer und weil sie in vielen Fällen von

Ihren ohnehin schon geringen Wirtschaftsgeld sich die Pfennige abknöpfen müssen.

In die letzten zwei Jahre fallen eine ganze Reihe Kongresse, an denen wir uns beteiligt haben. Ich nenne zuerst den Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart und die erste internationale Frauenkonferenz, um deren Gelingen die Einberuferinnen in Sorge waren. Erfreulicherweise war sie über alles Erwarten gut besucht. An den Vorarbeiten gehörte der Genossin Zeitlin, die die schwierigen Sprachhindernisse überwand, der Löwenanteil. Mancher Fehler, der dieser ersten internationalen Konferenz anhaftete, wird sicher bei künftigen vermieden werden. Man vergesse nicht, daß alle Arbeit auf einer Schulter lag. Zwei wertvolle Ergebnisse hat die Konferenz aufzuweisen; sie hat den Kampf für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Frauenwahlrecht in allen Ländern in die rechten Bahnen gelenkt. Auf ihr ist auch eine internationale Zentralkasse geschaffen worden, in der die Korrespondenzen der auswärtigen Genossinnen, wie ihre Berichte zusammenlaufen und veröffentlicht werden. Als diese Zentralkasse ist die Redaktion der „Gleichheit“ ausersuchen worden. An dem Essener Parteitag und dem Preußentag haben sich die Genossinnen in erfreulich lebhafter Weise beteiligt.

Das wichtigste Ereignis des letzten Jahres waren die Wahlen zum preussischen Landtag. Zum ersten Male ist es dabei der Sozialdemokratie gelungen, Abgeordnete in den preussischen Landtag hineinzubekommen. An dieser Wahl, die unter einem so korruptierten Wahlsystem stattfand, haben sich die Frauen in hervorragender Weise beteiligt. Wir haben gemeint, daß die Frauen einmal zeigen sollten, wie sie den heutigen preussischen Staat hassen. Sie haben sich nicht nur auf die Agitation beschränkt, sondern sie haben den kleinen Geschäftsleuten, die von den Arbeitergroßen leben, auf den Zahn gefühlt und sie gefragt, wem sie ihre Stimme geben wollen. Sagten sie, sie wollten für den Gegner stimmen, dann antworteten wir: Gut, dann seid Ihr unsere Feinde, und wir werden unsere Kundtschaft anderen zuwenden! Da unser heutiger Staat das Proletariat fortgesetzt terrorisiert, da die öffentliche Stimmabgabe es Hunderten und Tausenden von Beamten und Arbeitern unmöglich macht, nach ihrem Wunsche zu wählen, da das Unternehmertum Arbeitern, die sozialdemokratisch wählen würden, mit Entlassung gedroht hat, haben wir gemeint, auch einmal den Terrorismus predigen zu dürfen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich habe an die Genossinnen ein Zirkular verfaßt, in dem ich ihnen mitteilte, was auf dem Spiele steht. Ich habe ihnen gesagt, daß die Mittel, die die herrschende Gesellschaft gegen uns anwendet, wir einmal gegen die herrschende Gesellschaft anwenden können. (Sehr richtig!) Nun haben wir einmal terrorisiert und die herrschende Gesellschaft hat Zeter und Mordio geschrien! Wie hat sie auf uns geschimpft! Ein bürgerliches Blatt hatte mein vertraulich gedachtes Zirkular in die Hand bekommen, hat es abgedruckt und hat nun kräftig losgeschlagen auf die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands. Ich habe mich gekreuzt, als ich das gelesen habe. Ich habe mir gesagt: hier seid Ihr auf dem richtigen Wege, diese Waffe hat eingeschlagen. Unser Terrorismus ist eine Waffe der Notwehr. Wenn wir sie diesmal noch nicht genug angewandt haben sollten, das nächste Mal wollen wir es noch energischer tun. (Beifall.) Zu diesem Zwecke müssen wir vor allem die Hausfrauen aufklären. Es geht nicht an, daß viele Männer sagen: Meine Frau hat keine Zeit, sie muß die Wirtschaft führen. Wir müssen die Hausfrauen in Massen gewinnen, denn gerade bei der Waffe des Terrorismus und der des Hochflotts brauchen wir die Hausfrauen, die die Einkäufe besorgen. Es hat sich glücklicherweise schon bei den ersten Versuchen gezeigt, daß unsere Frauen in keiner Weise

furchtsam sind. Ich erinnere nur an den Jandorfbohloft in Berlin. Dort haben sie sich durch die Polizei in keiner Weise einschüchtern lassen.

Auch die Vorgänge der letzten zwei Jahre haben gezeigt, daß es nur ein Hüben und Drüben gibt: Hier Proletariat, dort herrschende Klasse! Der Sozialismus wird es sein, der die Menschen erlöst von allem Elend und aus geistiger und materieller Knechtschaft. Er wird die Finsternis überwinden, er wird siegen, wie das Sonnenlicht das Dunkel besiegt. In unseren Händen liegt die Erziehung der Jugend! Darum arbeiten wir, organisieren und agitieren wir, damit, wenn wir wieder zusammenkommen, wir nicht nur stärker an Zahl, sondern auch überzeugter im Geist sind. Dann wird auch die Zeit kommen, wo die Schwarzen, die heute die Geister in Fesseln legen, von der Macht des Sozialismus überwunden sind, dann wird der sozialistische Geist auch in die Herzen derer eingezogen sein, die heute noch unter dem Bann der Kirche stehen. Wir haben mit dem Himmel nichts zu tun! Wir wollen uns die Erde gut und schön machen und wollen hier als Menschen leben. Wer dann noch an den Himmel glaubt, mag das mit sich selbst abmachen. Wir wollen das Göttliche im Menschen wecken, wir wollen nicht, daß er geistig herabgedrückt lebt, sondern wir wollen jedem einzelnen den größtmöglichen Anteil an der Kultur verschaffen. Werden und werben wir deshalb Sozialistinnen, dann ist unser die Welt, dann haben wir gesiegt. (Lebhafter, wiederholter Beifall.)

In der Debatte werden die Punkte Agitation und Presse getrennt behandelt.

Genossin Kähler-Düsseldorf: Wer die Schwierigkeit der Aufklärungsarbeiten bei den Frauen kennt, wird zugeben müssen, daß in den letzten Jahren recht große Erfolge zu verzeichnen gewesen sind. Genossin Waader erwähnte auch das Bestreben der sogenannten himmlischen Garde, das darauf hinausgeht, den Geist der Jugend in Bann zu halten. Ich hatte Gelegenheit, den Verhandlungen des Katholikentages beizuwohnen und habe da auch ein Bild bekommen, wie die Zentrumsleute sich eigentlich die Frauenbewegung denken. Professor Zahn aus Straßburg erklärte, daß die Sozialdemokratie unter den Frauen verkehrend wirkte und den Unglauben in jedes Heim trage. Er meinte, es sei ein Skandal, daß man die Frauen in das öffentliche Leben hinausdrängen wolle. Ihre Aufgabe sei, im kleinen Kreise zu arbeiten und ihren Einfluß auf die Männer auszuüben, daß sie den richtigen Gebrauch von dem Stimmzettel machen. Die Frauen sollten alle ihre Kraft daran setzen, um ihre Kinder in dem altbewährten katholischen Glauben zu erziehen. Man solle nicht glauben, weil nun ein freisittlicheres Vereinsgesetz geschaffen sei, müsse man auch den Frauen die Wege ebnen, um die Wahlurne zu füllen. Derartige zieme sich für eine Frau nicht. Diese Ausführungen machte der Redner mit Bezug auf einen Antrag des Zentralkomitees für das katholische Deutschland, wonach in Zukunft den Frauen die vollberechtigte Teilnahme an den Zentrumsparaden ermöglicht werden solle. Auch der Abgeordnete Wellstein machte Ausführungen, die sich im gleichen Gedankenwege bewegten. Als eine Frau den Mut hatte, das Wort zu verlangen, geriet das Bureau förmlich aus dem Häuschen über diese Frechheit. Schließlich erklärte dann Graf Praschma, es sei ja nicht Sitte auf den Katholikentagen, den Frauen das Wort zu geben, aber in dieser einen geschlossenen Sitzung könne man wohl einmal eine Ausnahme machen. Es handelte sich um eine Frau aus dem Rheinland, die sich mit der Herstellung kirchlicher Gewänder befahte, und ihre Ausführungen gingen schließlich nur dahin, man möge eine größere Aufmerksamkeit dem Ausbau der kirchlichen Kunst widmen. (Große Heiterkeit.) Dr. Pieper aus München-Grabach betonte die Notwendigkeit,

daß die katholischen Herrschaften sich mehr mit dem Wohle ihrer dienenden Personen abgeben mühten; das habe die Sozialdemokratie leider zur Notwendigkeit gemacht. (Hört! hört!) Es mühten Dienstbotenvereine gegründet werden, wo die Damen, die Herrschaften, den Vorsitz führten (Hört! hört!), und wo man versuchen mühte, die „berechtigten“ Forderungen der Dienstboten wohlwollend zu prüfen, um auf diese Weise das Eindringen der Sozialdemokratie in die Familie zu hintertreiben. Eine Gleichberechtigung im politischen Leben hätten die Frauen nicht zu verlangen, ihre Hauptaufgabe sei es, sich in der christlichen Caritas zu betätigen. Wir müssen alles tun, was in unseren Kräften steht und nach immer neuen Mitteln suchen, um der enormen Verblöddung der Geister durch die katholische Kirche entgegenzutreten. Haben wir es doch bei den Reichstagswahlen erlebt, wie Frauen ihre Männer mit Schmutz beworfen haben, weil sie einen Sozialdemokraten wählten, und wie sie im Straßenloft auf die Straie gefallen sind, um ihrem Herrgott zu danken, daß die Sozialdemokratie nicht bei den Wahlen gesiegt hat. Mit der Behandlung der Frauen auf dem Katholikentag ist diesmal nicht einmal die „Germania“ zufrieden. Sie hat geschrieben, man solle endlich der katholischen Frau geben, was ihr gebührt, bevor es zu spät würde. Das heißt also, bevor die Frauen zu sehr mit sozialistischem Geiste durchseucht würden. Mit ganzer Energie müssen wir daran arbeiten, um die Frauen, um die Jugend aus dem schwarzen Bann zu erlösen und sie der Sozialdemokratie zuzuführen. (Bravol)

Genossin Greifenberg-Mugsburg: Auch in Bayern versucht man, die Frauen im Bann der Kirche zu halten und sie zur Beeinflussung der Männer zu benutzen. Auch durch polizeiliche Eingriffe ist uns die Organisation unter den Frauen sehr erschwert worden. Ich betone hierbei, daß es nicht zutrifft, daß Bayern ein besseres Vereinsgesetz gehabt hat, als Preußen. Aber das bayerische Vereinsgesetz war so kautschuttartig, daß die Frauen ganz der Willkür der überwachenden Beamten ausgesetzt waren. Aus Versammlungen, die nach dem Vereinsgesetz unbedingt erlaubt waren, wurden Frauen trotzdem hinausgewiesen mit der unhaltbaren Motivierung, es handele sich um eine Vereinsversammlung des sozialdemokratischen Vereins. Beschwerden dagegen wurden ja als berechtigt anerkannt, aber die Versammlung war doch illusorisch gemacht. Trotz dieser Schikane hat unsere Bewegung in Bayern ganz schöne Fortschritte zu verzeichnen, und wir haben auch einen guten Stamm von agitatorisch tätigen Frauen gewonnen. Im Oktober vergangenen Jahres wurde eine Zusammenkunft der weiblichen Vertrauenspersonen veranstaltet, um über die Kleinarbeit zu beraten. Es waren 18 oder 19 Vertreterinnen anwesend, und die Konferenz hat bewiesen, daß wir in Bayern eine schöne Zahl von Genossinnen haben, die es verstanden haben, in der Kleinarbeit Tüchtiges zu leisten. In den Les- und Diskussionsabenden werden die Frauen angehalten, sich nicht immer nur über Kochen und Puß zu unterhalten, sondern sie werden in die Grundfänge der Sozialdemokratie eingeführt. Als ich in München schon einmal dafür eintrat, daß die Frauen mit dem sozialdemokratischen Programm bekannt gemacht werden mühten, wurde mir zugerufen, es sei auch vielfach noch sehr notwendig, daß unsere Genossen das Programm studierten. (Sehr gut!) Wenn unsere Männer schließlich mangelmütig werden, so müssen wenigstens die Frauen soweit geschult sein, um unsere Grundfänge zu kennen. (Bravol) Noch einige Zahlen darüber, wieviel Frauen an den Diskussionsabenden teilnehmen. Von den ausgesandten 34 Fragebogen sind leider nur 14 zurückgekommen. Aus diesen ergibt sich, daß 1322 Frauen sich als Sozialdemokratinnen dadurch legitimieren, daß sie monatlich einen freiwilligen Beitrag von 10 Pf. zahlen. In den 14 Orten, die berichteten, haben 200

bis 250 Genossinnen an den Diskussionsabenden teilgenommen. Die Früchte dieser Abende können wir heute auch in den Versammlungen in Bayern konstatieren. Während sich früher die Frauen genierten, als einzelne in die Versammlung zu kommen, haben sie sich jetzt daran gewöhnt, daß es nicht nur ihr Recht, sondern auch ihre Pflicht ist, die Versammlungen zu besuchen, und eine große Anzahl von Frauen ergreift jetzt auch das Wort in der Diskussion. Wir hoffen, daß es auch in dem schwarzen Bayern einmal so hell werden wird, daß auch die Frauen über die Geschichte Bayerns mitzubestimmen haben. (Bravo!)

Genosse v. Elm-Hamburg: Die Genossin Baader hat ihrer großen Freude darüber Ausdruck gegeben, daß der Terrorismus in Berlin bei den Landtagswahlen derart gewirkt hat, und sie hat erklärt, daß in Zukunft der Terrorismus dort noch weit schärfer angewandt werden würde, als bisher. Nach meinem Dafürhalten hat die Genossin Baader nicht genug betont, daß wir erstens als Sozialdemokraten grundsätzlich den Terrorismus verwerfen, daß wir es als grundsätzlich verkehrt erachten, die wirtschaftliche Macht zu mißbrauchen, um jemand zu zwingen, gegen seine eigene politische Ueberzeugung zu stimmen. Wenn die Sozialdemokratie ausnahmsweise bei den Landtagswahlen dazu kommt, nun das selbe Spiel, welches die Gegner jahraus jahrein seit Bestehen des Landtagswahlrechts bei uns angewandt haben, auch auszuüben, so doch nur deshalb, um uns der Gegner zu erwehren und um das Landtagswahlrecht in seiner schändlichsten Gestalt selbst ad absurdum zu führen und seine Widersinnigkeit zu beweisen. Das muß auch betont werden, wenn wir über den Terrorismus reden. Auch in meinem Wahlkreis macht man uns den Vorwurf des Terrorismus. Ich habe stets betont, daß mich niemals ein Rachegefühl leiten kann, sondern einzig und allein der Grundsatz, die Interessen des Proletariats zu wahren. Wenn der Terrorismus auf die Kleinbürger wirken soll, so setzt das voraus, daß wir dauernd die Zersplitterung aufrechterhalten, die auf wirtschaftlichem Gebiet vorhanden ist. Das bedeutet weiter eine dauernde Schädigung der Arbeiterklasse. Wir müssen daher suchen, uns von diesen wankelmütigen Kreisen, die heute so stimmen und morgen so, je nachdem der Wind weht, unabhängig zu machen. Dieser Grundsatz ist in Berlin bei den Frauen leider noch sehr wenig erkannt. Wir müssen dafür sorgen, daß die Frauen sich mehr um die Genossenschaften kümmern. Gerade auf diesem Gebiete haben die Frauen die Möglichkeit, besonderes zu leisten. Die Genossenschaftsbewegung kann ausgestaltet werden, um die Kraft des Proletariats in seinem Kampfe gegen das Kapital zu stärken. Darüber läßt sich heute in 10 Minuten nicht reden, aber die Möglichkeit ist vorhanden und wir müssen die Frauen darauf hinweisen, daß dies ein Gebiet ist, auf dem sie unendlich viel wirken können. Wenn wir den Terrorismus ausüben, so wollen wir nicht vergessen, daß es Torheit ist, zu glauben, daß man damit etwa dauernd wirtschaftliche Macht erlangt. Schließlich werden unsere Gegner schon Mittel und Wege finden, um uns diesen Terrorismus unmöglich zu machen. Wenn wir dauernd Erfolge erringen wollen, so müssen wir auch dauernd organisieren und dürfen uns nicht dem Irrtum hingeben, daß wir damit etwas Dauerndes für uns schaffen, wenn wir die Leute zwingen gegen ihre Ueberzeugung einmal für uns zu stimmen. Sowohl die gewerkschaftliche wie die genossenschaftliche Organisation sind notwendig, um dauernd die Macht des Proletariats auf wirtschaftlichem Gebiete zu begründen. Das haben die Genossinnen noch lange nicht genug beherzigt. (Bravo!)

Genossin Remis-Bachum: Genossin Baader hat darauf hingewiesen, daß die letzten Jahre Kampfesjahre waren, in denen es uns gelungen ist, die Köpfe der Frauen zu revolutionieren. Ich selbst bin in diesem Jahre durch

das, was ich erlebt habe, zur Mitstreiterin geworden. Besonders erinnere ich an das Kampfsjahr 1906, wo man glaubte, daß die Arbeiterschaft in die geschlossenen Säbel auf der Straße laufen werde. Daß das nicht geschehen ist, ist der Disziplin der organisierten Arbeiter zu verdanken, und auch die Frauen haben dabei ihre Schuldigkeit getan. Ueber die Schikanierungen der Polizei und über den Druck, den die schwarze Garde auf die Arbeiterfrauen ausübt, haben auch wir zu klagen. Bei den Landtagswahlen hat man bei uns Frauen, die mit dem Stimmzettel vor den Lokalen standen, fortgewiesen, aber sie gingen nicht. (Bravo!) Die Schullehrer haben bei uns versucht, die Kinder zu beeinflussen, daß sie auf ihre Eltern einwirken. Unseren Genossinnen riefen die Schullehrer zu, sie sollten lieber Strümpfe stopfen. Die Frauen gaben darauf die sehr treffende Antwort, wenn der Schullehrer zerrissene Strümpfe hätte, solle er sie nur bringen. (Heiterkeit und Bravo!) Die Polizei versucht aus jeder einzelnen Besprechung in der Meinarbeit eine öffentliche Versammlung zu machen. Den schlimmsten Druck aber üben die Pfaffen aus, die den Frauen die „rote Bande“ als Verbrecher hinstellen, damit sie ihre Männer von den freien Organisationen abhalten. Trotz alledem haben wir gute Fortschritte zu verzeichnen. 1244 Frauen sind der losen Organisation beigetreten und 928 Leserinnen der „Gleichheit“ haben wir gewonnen. Stundenweise Wege scheuen die Frauen nicht, um zu gemeinsamen Beratungen über die Agitation zusammenzukommen. Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß das neue Vereinsgesetz es uns gestattet, mit unseren Männern gemeinsam den Kampf zu führen. Nun haben wir auch die Möglichkeit, die Männer zur Verantwortung zu ziehen, wenn ihre Frauen nicht der Partei angehören. Vor allem müssen wir die Jugend für uns gewinnen, damit sie in Zukunft den Kampf noch intensiver aufnehmen kann, als wir. (Bravo!)

Genossin Wadwitz-Dresden: Die Genossin Baader hat auch darauf hingewiesen, daß der Deutsche Reichstag wiederum keine direkte Stellung zum zehnstündigen Arbeitstag der deutschen Arbeitermütter genommen hat. Bei uns in Sachsen ist wohl innerhalb der Textilindustrie in einzelnen großen Industriebezirken die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, aber im Durchschnitt besteht nach den Gewerbeinspektionsberichten der dreizehnhündige, ja sogar fünfzehnhündige Arbeitstag für die Frauen. Außerdem haben die Frauen auch noch zu Hause ihre Arbeit zu leisten, so daß ihre Arbeitszeit in der Tat achtzehn Stunden und mehr beträgt. Daher müssen die Frauen dafür sorgen, daß die Volksvertretung in den Parlamenten eine ganz andere wird. (Sehr richtig!) Auch die Kinderausbeutung ist bei uns eine furchtbare, und vor allem werden die Kinder in der Heimindustrie beschäftigt. Dort feiert das Unternehmertum seine Triumphe, im sächsischen Erzgebirge und im Voigtland, wo seit den letzten 7 bis 9 Monaten eine kolossale Arbeitslosigkeit herrscht, werden die Frauen und Kinder in der Heimindustrie gezwungen, zu furchtbar billigen Preisen zu arbeiten. Die Frage des Terrorismus, die auch angeschnitten wurde, ist gelöst dort, wo die Genossenschaftsbewegung mehr Ausbreitung gewinnt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wenn wir die kleinen Existenzen zwingen, gegen ihre Ueberzeugung ihre Stimme für uns abzugeben, so werden wir sie zu unseren geschworenen Feinden im Geheimen machen. Und die geheimen Feinde sind die furchtbarsten, weil wir ihre Hülfe wüßlerartig nicht kennen. (Sehr gut!) Unser Hauptaugenmerk sollten wir darauf richten, neben der politischen und gewerkschaftlichen Organisation die genossenschaftliche Organisation zu fördern. (Sehr richtig!) Die Internationale Frauenkonferenz, die auch erwähnt wurde, hat nach meiner Meinung alle Hoffnungen erfüllt, sie hat vor allem zur Begründung eines Internationalen Bureaus geführt. Ihre Erfolge werden sich auf der nächsten

Konferenz zeigen, und zweifellos hat die sozialdemokratische Aufklärung der Frauen aller Länder große Fortschritte gemacht. In entschiedenster Weise werden wir mit der bürgerlichen Frauenbewegung in dieser Tagung abzurechnen haben. Die bürgerlichen Frauen üben ihren Einfluß aus in den Fabriken; sie haben bei uns in Dresden mit Genehmigung der Fabrikanten die Möglichkeit, während der Mittagspause unter den Arbeiterinnen Vorträge zu halten (Hört! hört!), sie werden in den großen Fabriken angestellt als Beamte und haben da die Aufgabe, nach Möglichkeit die Aufklärung der Arbeiterinnen zu verhüten (Hört! hört!), ja sie müssen genau untersuchen, ob die Arbeiterinnen gewerkschaftlich oder politisch organisiert sind (Hört! hört!); dann werden die Arbeiterinnen einfach entlassen. (Auf: Spigel.) Ein-ber-artiges Spigelwesen seitens bürgerlicher Frauen muß auf unserm Kongress festgenagelt werden. (Sehr richtig!) Es ist von allen Rednern über den Druck, den die katholische Geistlichkeit ausübt, gesprochen worden. Ich kann konstatieren, daß auch die protestantische Geistlichkeit es versteht, denselben Druck auszuüben. Ich erinnere nur an Crimmitschau, an die unzähligen Fabrik-versammlungen, die Gründungen von christlichen Organisationen, die sogenannten gelben Gewerkschaften, die nationalen Arbeitervereinigungen, die Heimarbeiterorganisationen. Also auch die protestantische Geistlichkeit ist eine geschworene Feindin der Arbeiterbewegung. Unsere Aufgabe muß es demgegenüber sein, immer energischer gemeinsam an der Aufklärung der Frauen zu arbeiten. Es gilt nicht nur deren Zukunft, sondern die Zukunft unserer Kinder. (Bravo!)

Genossin Wagner-Chemnitz: Auch bei uns in Sachsen geht es mit der Frauenbewegung vorwärts, und speziell in Chemnitz haben dazu nicht zum wenigsten die letzten Reichstagswahlen den Anstoß gegeben. Die Reichstagswahlen haben der Frau die Augen geöffnet, und sie sind zu den Diskussionsabenden zusammengekommen. 35 bis 40 Frauen und Mädchen finden sich regelmäßig auf ihnen zusammen. Dem Studium des Parteiprogramms wird großes Interesse entgegengebracht. Was die Frauen leisten können, hat sich bei den letzten Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse gezeigt. Bisher wurden bei diesen Wahlen 1600 Stimmen abgegeben. 1907 beteiligten sich über 12 000 Personen daran, und zwar, weil die nationalen Mischmaschparteien eine Hez gegen uns getrieben, die schon nicht mehr anständig zu nennen war. Man wollte den Ortskrankenkassen das Selbstverwaltungsrecht beschneiden. Bei den erneuten Wahlen 1908 haben auch die Frauen in hervorragender Weise mitgewirkt und in einem Wahllokal, das besonders für sie reserviert war, haben 1716 weibliche Personen das Stimmrecht ausgeübt. (Bravo!) Nun glauben unsere Gegner, sie würden in diesem Wahllokal sicher die Mehrheit bekommen. Aber sie haben sich gründlich geschnitten. (Geiterfeit.) 979 Stimmen wurden für das Gewerkschaftskartell abgegeben und nur 737 für den nationalen Arbeiterauschuß. (Bravo!) Das Stimmenverhältnis wäre noch mehr zu unserem Gunsten ausgefallen, wenn nicht die Verkäuferinnen in Gruppen zum Wahllokal geführt worden wären. Im übrigen haben sich die Frauen nicht nur in diesem Lokal an der Wahl beteiligt, sondern sie haben in allen Lokalen gewählt. Insgesamt wurden von den Frauen annähernd 4000 Stimmen abgegeben. (Lebhafte Beifall.) Das, was Genosse v. Elm über die Notwendigkeit des Anschlusses an die Genossenschaften gesagt hat, kann ich nur unter-schreiben. (Beifall.)

Genossin Biez-Hamburg: Ich möchte noch einmal auf den Terrorismus zu sprechen kommen. Wie sind unsere Gegner hergefallen, als sie von dem Zirkular der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen hörten. Dieselben Leute, die nicht nur ihre wirtschaftliche Macht, sondern die gesamten organi-

sierten Machtmittel des Staates benutzen, um uns zu terrorisieren, die nur zu diesem Zweck die öffentliche Stimmabgabe aufrechterhalten, wagen es, uns Vorträge zu machen, wenn wir den Terrorismus aus Notwehr gebrauchen. Aus den Worten des Genossen v. Elm könnte man heraushören, als ob wir den Terrorismus um seiner selbst willen gepredigt hätten. Das ist niemals geschehen. Wir haben uns einfach in der Notwehr befunden, und da ist der Terrorismus nicht nur ein Recht, sondern eine fittliche Pflicht. (Lebhafte Zustimmung.) Ich könnte mich darauf berufen, daß, wenn wir die Geschäftsleute, das Kleinbürgertum aufforderten, bei der Wahl sozialdemokratisch zu stimmen oder wenigstens der Wahl fernzubleiben, wir ja nur von ihnen verlangten, entsprechend ihrer Ueberzeugung zu stimmen; denn wie viele von ihnen haben uns nicht wiederholt versichert: Wir sind ja Sozialdemokraten, oder aber: Wir sympathisieren ja mit Euch! Wenn wir als Kundschaft dieser Leute sie also aufforderten, für unsere Wahlmänner einzutreten, hätten wir ihnen nur den Rücken gesteuert, gemäß ihrer Anschauung zu handeln. Ich könnte ferner mich darauf berufen, diese Kleinbürger sind ja ebenso rechtlos wie wir, ihr Interesse gebietet ihnen daher, mit uns gegen das elendeste aller Wahlsysteme zu kämpfen, darauf berufe ich mich jedoch nicht, sondern erkläre: Wir verurteilen den Terror und deshalb auch die öffentliche Stimmabgabe, die dem Terror Tor und Tür öffnet, ja mehr noch, die erhalten wird, um das Proletariat durch den Terror von der politischen Betätigung abzuhalten, und da gebot uns das Klasseninteresse, uns mit der Waffe zu wehren, mit der man uns unterdrücken und rechtlos halten will. Wir würden aber uns selbst zur Machtlosigkeit verbannen, wenn wir in der Notwehr nicht von allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, Gebrauch machten. (Lebhafte Zustimmung.)

Was die internationale Frauenkonferenz in Stuttgart anlangt, so bin ich der Meinung, daß sie voll und ganz die Erwartungen erfüllt hat, die wir an sie gestellt haben. Sie hat dazu geführt, die Beziehungen der Genossinnen in den verschiedenen Ländern zu bessern, und vor allem haben wir erreicht, daß durch die Diskussion auf dieser Konferenz die Frage des Frauenstimmrechts auf eine einheitliche und grundsätzliche Basis gestellt worden ist. (Sehr richtig!) Da der Internationale Sozialistenkongress selbst nachher der Resolution zugestimmt hat, die wir vorge schlagen haben, so haben wir jetzt in allen Ländern die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Parteigenossen überall zu der Frage, ob man einem beschränkten Frauenwahlrecht zustimmen soll oder nicht, grundsätzliche Stellung nehmen. Ich meine, wir könnten mit dem Erfolg dieser ersten internationalen Frauenkonferenz voll und ganz zufrieden sein. (Lebhafte Beifall.)

Genossin Schley-Ludwigshafen: Wir sind eine noch junge Organisation, denn wir bestehen am 14. Oktober dieses Jahres erst ein Jahr. Aber unser Mitgliederbestand beträgt bereits über 400. (Beifall.) Ueber Polizeischikane hatten auch wir uns zu beklagen. Der Polizeikommissar behauptete durchaus, wir verfolgten mit der Propagierung des Frauenstimmrechts politische Zwecke. Als ich ihm antwortete, daß die bürgerlichen Frauen doch dieselbe Forderung propagierten, sagte er: Ja, das ist etwas ganz anderes, ihr Sozialdemokraten schädigt die Sache auch besser aus, als die bürgerlichen Frauen. (Geiterfeit.) In letzter Zeit haben wir über polizeiliche Schikane nicht mehr zu klagen. Dagegen sind die Christlichen jetzt überaus rührig. In den Blättern der Christlichen Frauen ein Beispiel nehmen. Glücklicherweise zieht dieser Köder nicht mehr in Ludwigshafen, denn die Frauen haben dort in ihrer Mehrheit begriffen, daß ihr Platz nicht in den christlichen Vereinen ist, sondern einzig und allein in der proletarischen Arbeiterinnenbewegung. Am 15. September, dem

Erage der Reichstagswahl, werden die Ludwigshafener Frauen zeigen, was sie leisten können. Sie beteiligen sich offiziell an der Wahl, sie werden Stimmzetteln verteilen und beim Schlepperdienst helfen. (Bravo!)

Genosse **Henke-Bremen**: Der Meinung, daß die proletarischen Frauen auf ihre rückständigen Männer einzuwirken haben, bin ich natürlich auch. Ganz besonders meine ich, daß die bayerischen Genossinnen das tun sollten. (Weiterkeit.) Wir haben ja eben von der Genossin Schley gehört, daß auch die bayerische Polizei schikanieren. Ich möchte die bayerischen Genossinnen bitten, daran die Genossen im Landtage zu erinnern, damit es nicht vorkommt, daß die bayerischen Genossen dann für diese Polizei die Mittel bewilligen. (Sehr gut! Zuruf: Gehört nicht hierher!) Es ist hier davon die Rede gewesen, in welcher Weise der Ultramontanismus unsere Bewegung bekämpft. Ich komme aus einer Hochburg des Liberalismus und kann nur sagen, daß der Liberalismus nicht besser ist. Als ich bei der Vertretung unseres Wahlrechtsantrages in der Bürgerchaft erwähnte, wir würden auch die Einführung des Frauenstimmrechts beantragen, bemächtigte sich der liberalen Herren große Erüstung. Sie gebrauchten die alten Redensarten vom Strumpfsticken und Essenstochen und erklärten, den Frauen dieses politische Recht nicht zubilligen zu können. Man trinkt bei jeder Gelegenheit auf das Wohl der schönen Frauen, man läßt sie hoch leben, aber sobald es sich darum handelt, ihnen politische Rechte zu gewähren, dann werden diese Herren unsere schlimmsten Gegner. (Zustimmung und Beifall.)

Genossin **Steinkopf-Berlin**: Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, haben wir zu der Waffe des Terrorismus gegriffen. Mit welchem Erfolge wir sie gebraucht haben, dafür spricht die Wahl von 6 Sozialdemokraten in Berlin. Wir sind zu zweien und dreien zu den Geschäftsleuten gegangen und haben ihnen gesagt: Seht, dort liegt Euer Interesse, das zugleich das Interesse des Proletariats ist, und dort liegen die Interessen der herrschenden Klassen. Durch diese Aufklärung haben wir es sogar fertig bekommen, daß aus den kleinen Geschäftsleuten Parteigenossen wurden. Auch der Zandorf-Bogkott wäre nicht gewonnen worden, wenn die Frauen nicht eingegriffen hätten. So beweisen die Frauen Berlins, wo sie können, daß sie die Idee des Sozialismus begriffen haben. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Klupsch-Dortmund**: Nicht nur die Berliner Genossinnen sind in dieser Weise vorgegangen, sondern wir im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben es ebenso gemacht. Was Genosse v. Elm gesagt hat, wird den Gegnern zugute kommen, und wir werden ja in den nächsten Tagen lesen, wie seine Ausführungen ausgeschlachtet werden. (Sehr richtig!) Wenn man einen Kampf um politische Rechte führt, muß man alle Mittel anwenden. Was will es denn heißen, wenn wir einem Geschäftsleuten sagen, er müsse der Wahl fernbleiben, wenn er uns nicht wählen will. Die Geschäftsleute, die immer mit uns liebäugeln, sollen es einmal beweisen, daß es ihnen mit ihrer Heberzeugung ernst ist; und heute sollen wir Geschäftsleuten nicht einmal sagen dürfen, daß sie uns nicht in den Rücken zu fallen haben. Das wäre doch noch schöner. Dem Genossen Henke gegenüber kann ich nur sagen, daß die Mittel, deren sich der Liberalismus bedient, noch lange nicht so schief sind, als die Mittel des Zentrums. Wir brauchen nur einen neuen Abonnenten auf die Parteipresse gewonnen zu haben, sofort findet sich der Weisliche in der Wohnung ein, bearbeitet den Mann, und wenn er das nicht kann, die Frau. Dem gegenüber gilt es, die Frauen aufzuklären. (Lebhafter Beifall.)

Genossin **Beh-Rechhausen**: Wir in den Vororten Augsburgs haben vor allen Dingen mit den gelben Organisationen zu kämpfen, die mit allen möglichen Versprechungen die Arbeiter und Arbeiterinnen an sich zu ziehen suchen.

Sie gewähren den Arbeiterinnen 10 Mk. Wochenlohn. Wenn wir nun die Frauen für uns zu gewinnen suchen, dann ist die erste Frage: Was bekommen ich denn, wenn ich monatlich 10 und soviel bezahle? Unter diesen Umständen ist es für uns ein schmerzliches Arbeiten. Trotzdem haben wir in zwei Jahren 140 Genossinnen organisiert, die regelmäßig ihre Beiträge entrichten. Mit der Polizei haben wir keinerlei Schereereien, dagegen bereiten uns die bürgerlichen mannigfache Schwierigkeiten. (Beifall.)

Genossin **Pollender-Leipzig**: Auch ich habe nicht gefunden, daß wir aus Liebe zum Terrorismus bei den preussischen Landtagswahlen vorgegangen sind. Wir haben die Geschäftsleute einfach darauf aufmerksam gemacht, wo ihre pekuniären Interessen liegen. Die Frauenbewegung hat bei uns in Leipzig gute Fortschritte gemacht. In Leipzig-Land ist die Zahl der organisierten Frauen von 2434 auf 2940 gestiegen und auch in Leipzig-Stadt, wo die Gautevolee wohnt, geht es vorwärts. Bei der Krankentassenwahl 1906 haben wir die Zahl der weiblichen Stimmen noch gar nicht gezählt. 1907 aber sind bereits über 3000 Frauen zur Wahl gegangen. (Bravo!) Mit allen Mitteln sucht man uns die Arbeiterinnen abspenstig zu machen. Deshalb müssen wir um so entschiedener den Kampf führen, vor allem unter den jugendlichen Arbeiterinnen. (Beifall.)

Genossin **Lachsmeyer-München**: Es fehlt immer noch an Agitatorinnen, zumal wenn wir das große Feld übersehen, was noch zu bearbeiten ist. In der Anwendung der richtigen Taktik wird häufig noch gefehlt. Wir wollten uns die gewerkschaftlichen Erfolge zum Vorbild nehmen und auf politischem Gebiet dasselbe leisten. Auf den deutlichen Rippenstoß des Genossen Henke eingezugehen, fehlt hier die Zeit. Auf dem Parteitag wird die Angelegenheit wohl ausführlich zur Sprache kommen. Nur soviel möchte ich sagen: Wenn gesagt wird, die bayerischen Frauen hätten alle Ursache, auf die bayerischen Genossen einzuwirken, so haben gerade die letzten Tage gezeigt, daß die norddeutschen Genossen, speziell die Genossen Berlins, es der Frauenbewegung gegenüber noch sehr an Entgegenkommen fehlen lassen. (Sehr richtig!) Obwohl die Opferwilligkeit unserer Genossinnen hat anerkannt werden müssen, haben sich unsere Genossen im Norden beim Uebergang zum neuen Reichsvereinsgesetz nicht auf der Höhe gezeigt. So wenig das neue Vereinsgesetz uns bietet, so sehr müssen wir es nach Möglichkeit für uns ausnutzen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Die Verhandlungen werden von der Genossin **Beikin** um 3¼ Uhr wieder eröffnet.

Genossin **Biez** berliest zunächst die eingegangenen Begrüßungsschreiben von den Parteigenossinnen **Eisenbergs**, vom Zentral-Agitationskomitee der tschechischen Genossinnen in Prag, vom Bundeskomitee des Schweizer Gewerkschaftsbundes, von den **Cambridge** Genossinnen, von dem Deutschen sozialdemokratischen Frauenverein der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Genossin **Mara Beikin**: Ich glaube, daß wir einstimmig in dem Danke für diese herzlichen Beglückwünschungen und auch in der Freude darüber sind, daß durch derartige Befundungen, ebenso wie durch die Anwesenheit der Vertreterinnen unserer österreichischen Schwester und durch die Anwesenheit unserer Genossin **Angelika Balabanoff**, die gleichmäßig in der russischen

wie der italienischen Bewegung arbeitet, scharf in die Erscheinung tritt, daß auch dann, wenn wir national tagen, wir immer von internationalen Gefühlen befeht sind, und uns durchdrungen fühlen von jenem revolutionären Sozialismus, der, so wenig er einen Unterschied des Geschlechtes kennt, auch nicht halt macht vor den Grenzbarrieren, die durch die politischen Verhältnisse gezogen werden. Wir sind alle Wein vom Wein und Fleisch vom Fleisch der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, wo immer wir auch tagen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hierauf erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission

Genossin **Baumann-Altona**: Es sind auf der Frauenkonferenz 72 Delegierte mit 72 Mandaten vertreten. Außerdem sind als Gäste anwesend von Desterreich die Genossinnen Adelheid Popp und Amalie Pöglger. Die Genossin Angelika Balabanoff aus Italien ist zugleich für den „Avanti“ in Rom hier. Außerdem sind noch drei Genossinnen hier, die kein ordnungsmäßiges Mandat ausgestellt erhalten haben, und die uns erklärt haben, daß sie die organisierten Frauen des Wahlkreises Dortmund-Sauer zu vertreten haben. Wir müssen es der Frauenkonferenz überlassen, ob sie diese Genossinnen als Delegierte anerkennt oder nicht. Außerdem ist Genosse Maier aus Heidelberg hier, der auch kein Mandat zur Frauenkonferenz, sondern ein Mandat zum Parteitag hat. Er hat uns mitgeteilt, daß die Genossinnen Heidelbergs, die bisher einen Bildungsverein gehabt haben, der aber aufgelöst werden soll, damit die Genossinnen sich der Parteiorganisation anschließen können, den Wunsch ausgesprochen haben, er möge an der Frauenkonferenz teilnehmen, um ihnen Bericht zu erstatten. Auch in diesem Falle müssen wir der Konferenz die Entscheidung überlassen, ob der Genosse Maier als Delegierter anerkannt werden soll.

Die Genossen **Klupsch-Dortmund**, **Leuering-Krefeld** und **Maier-Heidelberg** geben die Erklärung ab, daß sie als Delegierte zum Parteitag auch den Auftrag erhalten haben, an der Frauenkonferenz teilzunehmen.

Die Genossin **Remig-Bochum** bestätigt die Ausführungen des Genossen Klupsch.

Die Genossin **Rietz** schlägt im Namen des Bureaus vor, diese Genossen, die vom Wahlkreis ausdrücklich mit der Vertretung der organisierten Frauen auf der Frauenkonferenz betraut worden sind, als Delegierte anzuerkennen.

Die Konferenz schließt sich diesem Antrage an.

Hierauf wird die Debatte über den Punkt Agitation fortgesetzt.

Genosse **v. Elm-Hamburg**: Ich muß mich gegen einige irrthümliche Auslegungen meiner Rede wenden. Der Genosse Klupsch meinte, ich hätte mit ihnen die Gegner auf die Sache aufmerksam gemacht. Das ist unrichtig. Denn die Gegner haben sich der Sache längst bemächtigt. (Sehr richtig!) Der Genosse Klupsch scheint die Zeitungen wenig verfolgt zu haben, sonst würde er das wissen. Unsere Debatte hat die grundsätzliche Uebereinstimmung darüber ergeben, daß wir jemanden nicht zwingen dürfen, gegen seine politische Ueberzeugung zu stimmen. (Sehr richtig!) Nach meiner Ansicht werden die Gegner also in Zukunft nach dieser erfolgten Uebereinstimmung viel weniger Veranlassung haben, auf uns loszuschlagen. Im übrigen ist es mir ganz gleichgültig, was die Gegner zu einer Sache sagen. Ich frage mich immer: Welcher Standpunkt ist der richtige, den ich als Sozialdemokrat einnehmen muß. Was das Kleinbürgertum anlangt, so möchte ich der allzu trügerischen Hoffnung entgegenreten, als ob wir auf das Kleinbürgertum noch besonders rechnen könnten. (Sehr richtig!) Gewiß, wir haben mit dem Kleinbürgertum gemeinsame Interessen, aber nur bis zu einem gewissen Grade. Dann scheiden sich unsere Wege. Vor allem, wo wirtschaftliche Fragen in Betracht kommen.

Es wäre sehr falsch, wenn wir irgendwie auf das Kleinbürgertum und Kleinbürgertum besondere Hoffnungen setzen würden. (Sehr richtig!) Betrachten wir doch einfach die Entwicklung der Dinge im Ausland. Freilich hat in Paris das Kleinbürgertum wiederholt mit uns Sozialdemokraten gemeinsame Sache gemacht, aber viel häufiger ist es gegen uns aufgetreten. (Sehr richtig!) Und wer ist schuld an dem Niedergang der russischen Revolution. Niemand anders als das russische Kleinbürgertum. Lesen Sie nur die treffliche Kennzeichnung dieser Bevölkerungsschicht in Gorkis „Kleinbürgern“. Es ersieht mir einmal notwendig, auf diesen Gesichtspunkt hinzuweisen und Ihnen zu sagen, daß diese Art des sogenannten Terrorismus nur bis zu einem gewissen Grade fruchtbar sein kann. Das Kleinbürgertum wird niemals für uns zuverlässig sein. Deshalb müssen wir das, was wir schaffen, dauernd schaffen. In keinem Wahlkreis ist die Frage unseres Verhältnisses zum Kleinbürgertum so eingehend debattiert worden, als in den gegnerischen Versammlungen meines Wahlkreises. Dabei hatten wir noch nicht einmal diesen sogenannten Terrorismus empfohlen, sondern unseren Frauen nur gesagt, sie sollten sich gegnerisch organisieren und ihre Macht als Konsumenten erkennen. Diese Macht müssen die Frauen dauernd handhaben, nicht aus Aerger, weil sie ein Mandat nicht bekommen haben. Dann gestaltet sich die Frage auch ganz anders als wenn man diese Macht nur gelegentlich anwendet. Gegen eine solche gelegentliche Anwendung können sich die Leute schützen. Wenn wir zum Beispiel das geheime Wahlrecht haben, hört diese Art von Agitation ganz von selbst wieder auf. Und dann werden Sie auch sehen, was die letzten Reichstagswahlen gezeigt haben, daß die Wege sich scheiden. Dann wird es heißen, hier Arbeiterklasse und auf der anderen Seite alle diejenigen, deren wirtschaftliche Interessen mit den Interessen der Arbeiterklasse nicht identisch sind. Deshalb sage ich: wir müssen darauf hinwirken, daß wir mehr wirtschaftliche und politische Macht gewinnen und das können wir nur durch dauernde Organisation. Theoretische Aufklärung ist gewiß notwendig, aber ebenso notwendig ist die Aufklärung darüber, welche Macht die Arbeiterfrauen in wirtschaftlicher Beziehung haben. Heute schließen sich die meisten Frauen nur der materiellen Vorteile wegen der Genossenschaftsbewegung an. Auf diesem Standpunkt stehe ich nicht, deshalb begeistere ich mich nicht für die Sache. Ich will die Genossenschaftsbewegung zu etwas Größerem und Besserem machen, zu einem wichtigen Teil der gesamten Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Genossin **Winkmann-Frankfurt a. M.**: Es ist hier von fast allen Rednerinnen die Frage des Terrorismus gestreift worden. Ich glaube, in uns Frauen steckt überhaupt ein gut Teil Terrorismus drin, wenigstens behaupten es die Männer. (Heiterkeit.) Und das ist auch gut so. Wir in Frankfurt haben die Geschäftsleute ebenfalls terrorisiert und zwingen sie, in unserm Parteiorgan zu inserieren. Die Mitgliederzahl unseres Frauenbildungsbereichs haben wir verdoppelt. (Bravo!) Die Gegner üben in ganz anderer Weise Terrorismus als wir. So lehrten bei den letzten Reichstagswahlen in Frankfurt die Lehrer ihre Schüler:

Wählt Ihr Quard, kostet das Brot 1 Mark,

Wählt Ihr Defer, dann wird das Brot größer.

(Heiterkeit.) Der Jugendparagraph des neuen Vereinsgesetzes wird mit aller Strenge gehandhabt, so verbot die Frankfurter Polizei ein geplantes Tanzvergnügen der Dienstbotenorganisation.

Genossin **Endmann-Heddinghausen**: Ich komme aus dem schwarzen Winkel, wo wir am allerjüngsten zu kämpfen haben. Man nennt unseren Wahlkreis deshalb auch das schwarze Finsterland. Sogar die Kugel wird dort zu politischen Zwecken gebraucht. Die Priester gründen Mütter. und

Elisabethvereine, in die die Frauen eintreten müssen. Diese selbst müssen am Altare schwören, keinen Alkohol mehr zu genießen und der Sozialdemokratie nicht beizutreten. Wie die Polizei bei uns vorgeht, beweist der große Medlinghäuser Polizeiprozess. Den unglücklichsten Schitanierungen sind unsere armen Proletarier dort ausgesetzt. Sie werden aus den Häusern und von den Arbeitsstellen geholt. Die Angestellten der Gewerkschaften finden überhaupt keine Wohnung. Trotz alledem hat die Frauenagitation bei uns festen Fuß gefaßt und 353 Frauen gehören unserer Organisation an. Leider steht uns kein ausreichendes Versammlungslokal zur Verfügung und wir müssen in kleinen Stübchen tagen. Aber das nimmt uns den Mut nicht. Sollten noch so viel Hindernisse im Wege stehen, desto kräftiger werden wir mit der Agitation einsetzen. (Lebhafte Beifall.)

Genossin **Nögler-Altwasser**: Wir in der Lausitz haben mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie die Genossinnen in den anderen Gegenden. Auch bei uns kommt man uns mit dem alten Einwand, wir sollten uns lieber um unsere Wirtschaft kümmern, als politische Angelegenheiten erörtern. Wenn doch nur die gleiche Besorgnis vorhanden wäre in den Fällen, wo wir Frauen mit unseren Männern Schulter an Schulter den ganzen Tag über in den Fabriken arbeiten müssen. (Sehr richtig!) Aber da fragt niemand nach uns, da kümmert sich niemand darum, daß uns die Nacht zum Tage gemacht wird. Man heute unsere Arbeitskraft nicht auf diese Weise aus, dann haben wir auch Zeit zur Verrichtung unserer Hausarbeiten. In Altwasser hat sich übrigens kürzlich gezeigt, daß die bürgerlichen Frauen auch einmal Hand in Hand mit den Proletarierinnen arbeiten können. Die Milch sollte um 2 Pf. pro Liter gesteigert werden. Der sozialdemokratische Arbeiterinnenverein und unsere Presse nahmen sich sofort der Sache an und ein Milchboikott wurde beschlossen. An diesen Boykott hielten sich auch die bürgerlichen Frauen. Er wurde siegreich durchgeführt. (Beifall.)

Genossin **Deuper-Essen**: In Essen hat die Frauenbewegung gute Fortschritte gemacht. Früher waren 600 Frauen organisiert, heute sind es über 1000. (Bravo!) Und das trotz aller Polizeischikane! Sogar auf den Klosetts wurden unsere Frauen bemacht. (Heiterkeit.) An die regelmäßige Beitragszahlung haben sich unsere Frauen rasch gewöhnt und die „Gleichheit“ haben wir zum obligatorischen Vereinsorgan gemacht. (Beifall.)

Genossin **Klassen-Hamburg**: Eine meiner Vorrednerinnen hat den norddeutschen Genossen den Vorwurf gemacht, sie kämen uns nicht genug entgegen und gingen nicht genug auf unsere Anregungen und Beschwerden ein. Ich kann im Gegensatz dazu mit Freuden feststellen, daß in meinem Wahlkreis, in dem dritten Hamburger Wahlkreis, die Genossen hier in jeder Weise behilflich sind, die Agitation unter den Genossinnen zu fördern. Nachdem uns jetzt durch das Vereinsgesetz mehr Freiheit gegeben worden ist, sollten die Genossinnen überall jede Gelegenheit benutzen, um mit den Genossen gemeinsam zu agitieren. Wir in Hamburg haben es schon erreicht, daß einige Genossinnen zu Bezirksführerinnen herangebildet worden sind, ein Unterschied des Geschlechts wird bei uns überhaupt nicht gemacht, und gerade durch diese Einheitslichkeit der Bewegung erzielen wir den stetigen Aufschwung der Parteibewegung. Wir ist in Hamburg gesagt worden, ich sei sozusagen eine Gegnerin der Frauenbewegung. Davon kann keine Rede sein. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß wir im Rahmen der Partei, wo uns reichlich Gelegenheit dazu geboten wird, die Genossinnen zur Mitarbeit heranzuziehen sollen.

Genossin **Schlomer-Lübeck**: Ich muß es mir leider versagen, Ihnen einen Situationsbericht unserer Bewegung zu geben, so erfreulich sie sich auch in der letzten Zeit entwickelt hat. Ich habe im Bericht der Genossin Baader eine

Lücke gefunden, an welcher sie selbst allerdings nicht schuld ist. Das ist die Angabe der Erfolge unserer Agitation, die sich ausdrücken in den Zahlen der Genossinnen, die nun wirklich der Organisation zugeführt sind. Das kann die Genossin Baader nur feststellen mit Hilfe der Genossinnen aus allen Bezirken und Orten. Ich höre nun, daß die ausführlichen Fragebogen, die rechtzeitig verschickt worden sind, nicht rechtzeitig ausgefüllt zurückgekommen sind. Die Folge davon ist, daß wir nun nicht wissen, wie weit die Agitation in den einzelnen Bezirken Früchte getragen hat. Die Schuld liegt wohl zum Teil daran, daß wir jetzt eine Uebergangszeit haben, daß ein Teil der Genossinnen in Bildungsvereinen ist, ein anderer Teil schon in die politische Organisation übergegangen ist. Ich richte aber den Wunsch an Sie alle, daß Sie für das künftige Jahr diese Fragebogen in vollkommener Ausführlichkeit und rechtzeitig ausfüllen und vor allem dafür sorgen, daß die jüngeren Vertrauenspersonen dies auch tun. Ich halte das für sehr wertvoll, denn wir wollen genau wissen, was wir erreicht haben. Wir wollen uns nicht täuschen darüber, daß unsere Arbeit vielleicht mehr Früchte getragen hat, als es in Wirklichkeit der Fall gewesen ist, aber wir wollen auch die wirklichen Erfolge mit Stolz und Freude vor uns sehen. Die Feststellung dieser Zahlen ist auch notwendig, weil die Berichte, welche die Genossin Baader uns gibt, das Material sind für eine Geschichte der Entwicklung unserer Frauenbewegung, die sicher einmal geschrieben werden wird, die wir alle erleben und in uns aufnehmen, indem wir alljährlich diese Berichte lesen. Diese ausführliche Darstellung der Entwicklung unserer Frauenbewegung ist nur möglich mit Ihrer aller Hilfe. (Lebhafte Beifall.)

Damit ist die Rednerliste erschöpft.

Es folgt die Debatte über den Punkt Presse.

Genossin **Ziek**: Die Behandlung des Punktes Presse ist heute morgen ein klein wenig zu kurz gekommen. Ich meine, es ist aber notwendig, daß wir mit ein paar Worten noch näher darauf eingehen. Einmal aus dem Grunde, weil die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit“ einen gewissen Gradmesser abgibt für den Umfang unserer proletarischen Frauenbewegung und ein anderes Mal, weil ich meine, daß wir noch weit mehr tätig sein müssen, nicht nur für die Verbreitung unserer Frauenzeitung sowohl wie der allgemeinen Parteipresse, sondern auch für die Mitarbeit der Genossinnen an den einzelnen Orten an der „Gleichheit“ und der allgemeinen Parteipresse, damit in ihr die Fragen der Frauenbewegung mehr erörtert werden. Aus dem Bericht des Parteivorstandes haben Sie gesehen, daß die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit“ am Jahresabschluss 84 000 betrug. Inzwischen ist sie auf 85 000 gestiegen. Diese Steigerung beweist, daß unsere Genossinnen außerordentlich lebhaft die Agitation für die Verbreitung der „Gleichheit“ betreiben. Diejenigen, die hinausgehen, um für die Parteipresse Abonnenten zu werben, werden erfahren haben, daß die Gewinnung von Abonnenten in der jetzigen Zeit außerordentlich schwierig ist mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Depression, unter der die Arbeiterschaft nun schon seit längerer Zeit leidet. Wenn trotzdem die Verbreitung unserer „Gleichheit“ zugenommen hat in den letzten Monaten, so ist das ein Beweis dafür, mit welcher Hingabe die Genossen und Genossinnen in den einzelnen Orten für die Verbreitung wirken. Ich habe vielfach beobachtet, wie nicht nur die Redner, die rednerisch tätigen Genossinnen, sondern gerade die Genossinnen, die oft unbekannt und ungenannt die Kleinarbeit verrichten (Sehr richtig!), dafür Sorge tragen, daß wir die gewonnenen Abonnenten erhalten und neue dazu gewinnen, und daß sie nicht ermüden, den Genossinnen Marzuzumachen, ja überaus wertvoll, ja unentbehrlich unsere „Gleichheit“ für die Aufklärung der Proletarierinnen ist. Es darf nicht un-

ausgesprochen bleiben, daß wir es in erster Linie unserer „Gleichheit“ zu danken haben, daß einmal unsere Genossinnen in so großer Zahl herangebildet sind zur Agitation unter ihren Arbeitsschwestern, und daß andererseits unsere Genossinnen theoretisch geschult und grundsätzlich gefestigt worden sind. (Sehr richtig!) Wenn heute unsere proletarische Frauenbewegung so vollständig frei ist von frauenrechtlicher Ideologie, so haben wir das vor allem der „Gleichheit“ zu danken. Gerade weil der Gedanke, daß wir Klassengenossen, Sozialdemokraten sind, ob Männer oder Frauen, und gemeinsam zu arbeiten haben, überall in den Köpfen so fest sitzt, ist das bisher heute gar nicht besonders ausgesprochen worden. Unser Hauptbestreben muß darauf gerichtet sein, neben neuen Abonnenten der „Gleichheit“ auch neue Mitarbeiterinnen zu gewinnen. (Sehr richtig!) Weiter möchte ich auch wünschen, daß die Genossinnen an den einzelnen Orten, die fähig sind, ihre Gedanken nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich zum Ausdruck zu bringen, sich überall mit den Redaktionen unserer Parteipresse in Verbindung setzen und versuchen, an ihr mitzuarbeiten. (Sehr richtig!) Dadurch wird die mündliche Agitation auf das wirksamste unterstützt. Weiter möchte ich den Wunsch äußern, den vielleicht die Genossin Zeitkin bei dem Verlage vertritt, daß am Schluß des Geschäftsjahres der „Gleichheit“ ein Inhaltsverzeichnis beigegeben wird. Für viele Genossinnen, die sich die „Gleichheit“ einbinden lassen, ist ein solches Verzeichnis sehr wertvoll. Außerdem könnte vom Verlage auch ein Umschlag geliefert werden. Das würde vielleicht zur Folge haben, daß mehr Genossinnen sich die „Gleichheit“ einbinden lassen. Gerade der Umstand, daß die „Gleichheit“ eine so unendliche Fülle von Material bringt, über Lohn- und Arbeitsbedingungen, über gesetzliche Bestimmungen, das wir als Agitationsmaterial immer verwenden können, macht es sehr wünschenswert, daß die „Gleichheit“ als Nachschlagewerk benutzt werden kann. Wenn wir in dieser Weise für den Ausbau und die Verbreitung der „Gleichheit“ Sorge tragen, wird sie hoffentlich noch mehr als bisher das Organ sein, das zur theoretischen Schulung der Genossinnen beiträgt und sie auch in den Stand setzt, erzieherisch auf ihre Kinder im sozialistischen Sinne zu wirken. Die Kinderbeilage der „Gleichheit“ ist ihnen dabei ein wertvoller Helfer. Nicht nur jeder Kinderfreund, sondern auch jeder Pädagoge wird seine helle Freude haben über diese Beilage. Ebenso ist sie den Kindern ein lieber Freund geworden. Die Genossinnen, die Kinder haben, erzählen, daß die Kinderbeilage der „Gleichheit“ von den Kindern stets mit Sehnsucht erwartet wird. (Bravo!)

Genossin Greifenberg-Augsburg begründet einen Antrag auf obligatorische Befreiung der „Gleichheit“ an die organisierten Genossinnen unentgeltlich oder zu ermäßigtem Preise. Unser Antrag ist aus dem Bestreben entsprungen, den sozialistischen Gedanken immer weiter in die Familien hineinzutragen. Genossin Jiech hat mit Recht betont, daß es unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen sehr schwer ist, Abonnenten für die „Gleichheit“ zu sammeln. Dazu kommt, daß die Frauenbildungsvereine die „Gleichheit“ bisher für einen Monatsbeitrag von 20 Pf. gratis geliefert haben. Bei dem Uebergang der Frauen in die Parteiorganisation fällt dies fort. Andererseits hat der bayerische Parteitag beschlossen, daß die Genossinnen einen monatlichen Beitrag von 20 Pf. zu zahlen haben. Dadurch ist der „Gleichheit“ ein großer Teil Abonnentinnen verlorengegangen. Unser Antrag ist bereits auf dem bayerischen Parteitag in München gestellt worden, er wurde auch von der Genossin Jählich ausgezeichnet begründet, aber nachdem unverständlicherweise zwei Gegner dagegen gesprochen hatten, zurückgezogen. Von Augsburg wurde angeregt, man solle für die Frauen Flugblätter anfertigen und über ganz Deutschland verbreiten. Damit haben wir schon sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Wir tun am besten, die „Gleichheit“, von der uns stets Probenummern zur

Verfügung gestellt werden, dazu zu benutzen. Wenn die „Gleichheit“ nicht völlig unentgeltlich an die organisierten Genossinnen geliefert werden kann, so sollte man wenigstens so weit entgegenkommen, daß ihr Preis ermäßigt wird. Die „Gleichheit“ ist heute nicht mehr nur eine Frauenzeitung, sondern das beste sozialistische Familienblatt. (Sehr richtig!) Wie die Genossin Jiech schon betont hat, können die Kinder gar nicht erwarten, bis die nächste Nummer der „Gleichheit“ kommt. Sie bildet das beste Gegengewicht gegen die Schauerromane und die ganze Jugendliteratur, die heute unsere Jugend vergiftet und ihr den menschlichen Sinn anergiebt, der der bürgerlichen Gesellschaft anhaftet. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. (Bravo!)

Genossin Hagen-Regensburg: Auch wir in unserer ganz schwarzen Domäne in Oberfranken haben in der Frauenbewegung ziemlich darunter gelitten, daß der letzte bayerische Parteitag den Beschluß gefaßt hat, einen Monatsbeitrag von 20 Pf. zu erheben. Die Genossinnen, die in die sozialdemokratischen Vereine übertraten, mußten nun, wenn sie die „Gleichheit“ behalten wollten, 40 Pf. bezahlen, und das ist für eine Proletarierfrau tatsächlich zu hoch. (Sehr richtig!) Wir haben nun vom Verein aus eine Anzahl Nummern der „Gleichheit“ abonniert, die wir leihweise herumgehen lassen. Es hat sich dabei gezeigt, daß die Genossinnen die „Gleichheit“ sehr lieb gewonnen haben, und besonders sind es die Kinder, die jede Woche zwei-, dreimal kommen und fragen, ob denn die „Gleichheit“ noch nicht da ist. In der letzten Zeit, wo bei uns die Schulen wegen Scharlach und Diphtheritis geschlossen werden mußten, haben wir die verliehenen „Gleichheiten“ nicht einmal zurückverlangen können. Ich kann mich daher dem Antrag von Augsburg nur anschließen. (Bravo!)

Genossin Wilmann-Frankfurt a. M.: Eine öffentliche Versammlung in Frankfurt hat ebenfalls den Antrag gestellt, daß den Mitgliedern der politischen Organisation die „Gleichheit“ obligatorisch geliefert werden sollte. Ich kann mich daher dem Antrage Augsburgs nur anschließen. Wir versprechen uns davon eine viel größere Verbreitung der „Gleichheit“ und damit auch eine viel größere Aufklärung der Frauen, als wenn wir es ihnen selbst überlassen, die „Gleichheit“ zu abonnieren, da dies doch nur die wenigsten unter ihnen tun. Wir haben es in Frankfurt gesehen, daß, als wir die „Gleichheit“ noch nicht obligatorisch lieferten, es immer nur ein kleiner Bruchteil der Genossinnen war, der dieselbe las. Wir haben den Beitrag auf 30 Pf. erhöht und dann die „Gleichheit“ obligatorisch geliefert.

Genossin Grünberg-Nürnberg: Ueber den Antrag der Augsburger Genossinnen kann man verschiedener Meinung sein. Wir in Nürnberg liefern ebenfalls die „Gleichheit“ allen unseren Mitgliedern obligatorisch. Aber etwas anderes ist es, ob wir die „Gleichheit“ für ganz Deutschland obligatorisch einführen sollen. Dann müßte zunächst einmal der Parteibeitrag für die Frauen erhöht werden. Nun ist der Sprung von 10 Pf. freiwilligen Beitrag auf 25 Pf. Parteibeitrag, den die Frauen jetzt gemacht haben, an sich schon hoch genug. Noch ein anderes. Die Zahl der politisch organisierten Genossinnen beträgt heute etwa 30 000, die Abonnentenzahl der „Gleichheit“ aber etwa 70 000. Es kommt das daher, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen 120 000 beträgt, die zum großen Teil die „Gleichheit“ von der Gewerkschaft geliefert bekommen. Würde der Antrag Augsburg angenommen, so würden viele Genossinnen die „Gleichheit“ doppelt geliefert bekommen, und das hätte doch keinen Zweck. Der Antrag Augsburg, so gut er gemeint ist, muß deshalb abgelehnt werden.

Genossin Köhler-Düsseldorf: Im niederrheinischen Agitationsbezirk liefern wir die „Gleichheit“ allen Genossinnen gratis. Dafür bezahlen sie einen

Monatsbeitrag von 80 Pf. Diejenigen Genossinnen, die die „Gleichheit“ von der Gewerkschaft geliefert bekommen, bezahlen nur 15 Pf. Parteibeitrag. Wenn das überall so gemacht würde, dann wären die Einwände der Genossin Grünberg überflüssig. Im übrigen wäre es das Beste, die ganze Angelegenheit den Bezirks- und Kreisorganisationen zur Regelung zu übertragen.

Genossin Zettin: Ich weiß genau, wie unendlich schwer es für die große Masse der Proletarierfrauen ist, abgesehen von dem Parteibeitrag noch ein Abonnement für die „Gleichheit“ zu bezahlen. Das tritt in den jetzigen Tagen der Krise besonders grell und fühlbar in die Erscheinung. Ich sympathisiere auch durchaus mit dem Zweck des Antrags, der in dem Wunsche kulminiert, daß alle politisch interessierten Frauen die „Gleichheit“ lesen. Dennoch möchte ich vor der Annahme des Antrages Augsburg warnen. Ich bin gegen eine Uniformierung auf diesem Gebiet über ganz Deutschland, schon weil mir die Zahl der politisch organisierten Frauen als Leserinnen der „Gleichheit“ noch viel zu klein ist. (Sehr gut!) Wenn wir den Antrag Augsburg annehmen, so würde für eine Reihe von Genossinnen ein Anstoß geschaffen sein, auf dem sie sich schlafen legen würden mit der Begründung: wir brauchen ja nicht mehr zu agitieren, die Genossinnen bekommen ja die „Gleichheit“ umsonst. Ich wünsche gerade, daß die „Gleichheit“ hinausgetragen wird zu den Frauen, die noch nicht organisiert sind. Noch andere Gesichtspunkte sprechen gegen den Antrag Augsburg. Ich weiß aus meiner praktischen Erfahrung, daß die Zahl der Abonnentinnen der „Gleichheit“ an einem Orte gleichsam eine Quittung ist für den Fleiß, die Geschäftlichkeit und Klugheit, mit der unsere Genossinnen an den einzelnen Orten arbeiten. Der Wert dieser Quittung würde mit der Annahme des Antrags Augsburg herabgesetzt werden. (Sehr richtig!) Dazu kommt, daß dort, wo unsere Genossinnen selbst die „Gleichheit“ verbreiten, in dieser Kolportage das lebendigste und stärkste Bindemittel von Person zu Person geschaffen ist. (Sehr richtig!) Diese Kolportage stellt einen so hohen ideellen Wert dar, daß sie meines Erachtens durch nichts ersetzt werden kann. Nicht alle Frauen sind in den Fabriken tätig. Und dann kommen die Frauen auch nicht so häufig zusammen wie die Männer, denn sie haben noch ihre häuslichen Aufgaben und mütterlichen Pflichten. Sie gehen auch nicht in die Rauchklubs und zu Regelabenden. (Weiterkeit.) Deshalb müssen wir, die wir nicht die schönen Laster der Männer haben (Weiterkeit), andere Mittel und Wege benutzen, um zu unserem Ziel zu kommen. Und eines der besten Mittel ist die persönliche Verührung unserer Vertrauenspersonen mit ihren Klassen-genossinnen. (Zustimmung.)

Die Genossin Zich hat dem Wunsche nach einem Inhaltsverzeichnis der „Gleichheit“ und nach einem Umschlag Ausdruck gegeben. Niemand vermißt ein solches Inhaltsverzeichnis häufig schmerzlicher, als ich selbst. Die „Gleichheit“ ist jetzt 17 Jahre alt und man findet sich manchmal wirklich nur schwer zurecht. Ich wollte auch schon einmal ein General-Nachschlageregister schaffen, aber immer war die Zeit zu knapp. Für die Zukunft gelobe ich jedoch Besserung. (Beifall.) Wie Sie wissen, verlegt der Holzarbeiterverband am 1. Oktober den Sitz seines Vorstandes von Stuttgart nach Berlin. Damit geht auch die Maschine des Holzarbeiterverbandes nach Berlin, auf welcher die „Gleichheit“ jetzt gedruckt wird. Wir stehen deshalb technisch vor der Notwendigkeit, den jetzigen Jahrgang der „Gleichheit“ mit dem 1. Oktober zu schließen. Dann hängt der neue Jahrgang an, und in Folge des notwendigen Druckes auf einer neuen Maschine nimmt die „Gleichheit“ wieder ihr früheres Format an. Während sie aber früher in einem Umfang von 8 Seiten erschien, wird sie in Zukunft in Stärke von 24 Seiten erscheinen. (Beifall.) Ferner wird jede Nummer einen Teil für die Mütter und einen Teil für unsere Kinder ent-

halten. (Beifall.) Den Wunsch nach einem Umschlag werde ich dem Verlag unterbreiten und hoffe dort Entgegenkommen zu finden. Zum Schluß kann ich nur wieder einmal den Wunsch aussprechen, daß die Mitarbeit der Genossinnen draußen im Lande noch größer werde, als sie jetzt erfreulicherweise schon ist. Kein Witz kann sich so vieler Mitarbeiter aus rein proletarischen Kreisen erfreuen, als die „Gleichheit“. Das muß immer so bleiben. Die „Gleichheit“ hat 1907 einen Uberschuß von 15 000 Mk. erzielt. (Bravo!) Der Uberschuß wäre bedeutend größer, wenn nicht die Agitation die Verbreitung tausender Agitationsnummern und tausender Flugblätter und Merkblätter erfordert hätte. Das ist notwendig, denn schließlich ist ja die „Gleichheit“ kein Organ, das Uberschüsse erzielen soll, sondern sie soll in erster Linie den Ausgaben zu entsprechen suchen, die die Genossinnen an sie zu stellen das Recht haben. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Wadwig-Dresden: Auch ich muß mich gegen den Antrag Augsburg wenden, der, so gut er gemeint ist, für ganz Deutschland undurchführbar ist.

Genossin Nemitz-Bachum: Auch ich kann dem Antrage Augsburg nicht zustimmen, da die Verhältnisse bereits vorgegriffen haben. Was der Antrag will, besteht in den meisten Organisationen bereits.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Genossin Baader (Schlußwort): Gegen meine Tätigkeit sind in der Debatte keine Einwendungen erhoben worden. Ich brauche mich deshalb nur mit den Ausführungen des Genossen v. Elm zu beschäftigen. Wir haben aus praktischen Gründen den Terrorismus ausgeübt und ich glaube, daß es nützlich war, es zu tun. Ob er auch bei anderen Gelegenheiten angewendet wird, wird die Zukunft lehren. Was Genosse v. Elm über die Konsumvereine gesagt hat, kann ich unterschreiben. Die Entwicklung hat vor allem bei den größeren Konsumvereinen gezeigt, daß sie sich eine Art Kampffonds aufsparen können. Die Genossin Grünberg meinte, es gäbe jetzt insgesamt etwa 30 000 organisierte Frauen. Das ist ein Irrtum. Durch den Bericht des Parteivorstandes ist festgestellt, daß wir jetzt bereits 30 000 politisch organisierte Frauen haben. Der Uebertritt ist aber noch nicht überall erfolgt. Nach meinen Schätzungen beträgt die Gesamtzahl der organisierten Frauen etwa 50 000. (Bravo!) Manche Rednerinnen haben bereits Forderungen für die Zukunft aufgestellt. Darauf muß ich bemerken, daß das Amt der Vertrauensperson aufgehört hat, zu existieren. Die zukünftige Leiterin unserer Bewegung hat der Parteiliste zu wählen, und sie wird dem Parteivorstand angehören. Ich trete mit dem heutigen Tage zurück.

In der Abstimmung wird der Antrag Augsburg abgelehnt und der Genossin Baader einstimmig Decharge erteilt.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung:

Die Neuorganisation der Genossinnen.

Hierzu liegt folgender Vorschlag der Vertrauensperson vor:

Organisationsvorschl.:

1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteio rganisation ihres Ortes beizutreten.

Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet. Ueber das Fortbestehen besonderer Frauenbildungsvereine entscheiden die Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaft in solchen Vereinen enthebt jedoch die Genossinnen nicht der Verpflichtung, den sozialdemokratischen Parteio rganisationen anzugehören.

2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.

3. Die Festlegung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen wie für die männlichen.

4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muß diesem mindestens eine Genossin angehören.

5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einbernehmen mit dem Gesamtvorstand und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen zu betreiben.

6. Solange betreffs der Beschickung der Parteitage durch die Parteioorganisationen noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegierungen der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatus in Kraft.

Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen. Die Vertreterin der Genossinnen darin wird dem Parteivorstand angegliedert.

Dittlie Waaber,

Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Außerdem liegt folgender Antrag des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Berlin vor:

„Die in Nürnberg tagende Frauenkonferenz möge erklären, daß Frauenbildungsvereine trotz der Neuorganisation der Frauen ein wertvolles Mittel bilden können, die geistige Entwicklung der proletarischen Frauen zu fördern. Es ist daher zu empfehlen, daß dort, wo derartige Vereine bereits in guter Entwicklung bestehen, dieselben bei den Genossen und Genossinnen des Ortes nach wie vor tatkräftige Unterstützung finden.“

Referentin Genossin Bick: Das jahrzehntelange Ringen der deutschen Proletarier um ein einheitliches und freihetliches Versammlungsrecht hat in diesem Jahr seinen vorläufigen Abschluß gefunden durch die Annahme des Reichsvereinsgesetzes. Leider ist die Vereinheitlichung nicht im freihetlichen Sinne erfolgt. Dem kleinen Quentchen Freiheit für uns Frauen stehen eine ganze Reihe schlimmer Verböserungen gegenüber. Ich glaube sagen zu dürfen, daß wir Genossinnen, zur Entscheidung über das Schicksal des Reichsvereinsgesetzes berufen, unsere Zustimmung nicht gegeben hätten. Wir hätten das bisherige Freiheit für uns Frauen nicht eingetauscht gegen einen Sach von Reaktion für die gesamte Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Der reaktionäre Charakter dieser großen „Liberalen“ Erzungenschaft zeigt sich nicht nur in den Paragraphen gegen die Jugendlichen und die fremdsprachigen Arbeiter, sondern vor allem auch in den Bestimmungen, die die Polizeiherrschaft in Deutschland sanktionieren, zum Teil sogar erweitern. Die Praxis hat bereits gelehrt, daß der Auslegungskunst machtlüsterner Behörden Lür und Lör geöffnet ist. Es gilt also, den Kampf um ein freihetliches Recht weiter zu führen, ferner gilt es, Maßnahmen zu treffen, diese Schläge der Reaktion zu parieren. Auf der anderen Seite aber müssen wir das Quentchen Reform des Gesetzes nach besten Kräften der Bewegung nutzbar machen. Dabei möchte ich betonen, und glaube in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich sage: Dies Quentchen Reform für uns bedeutet eine Kapitulation der Regierung vor der Tatsache, daß die Frauen sich auch ohne politisches Vereinsrecht doch zusammenfinden zum gemeinsamen Vorgehen. Zudem kann man 8 Millionen erwerbstätiger Frauen, also einen wichtigen Teil des Trägers der Produktion, auf die Dauer nicht vollständig in politische Rechtlosigkeit erhalten.

Wie stand es nun bisher mit der politischen Organisation der proletarischen Frauen? Der Not der vereinsgesetzlichen Misere gehorchend, nicht separatistischen Wünschen folgend, war dieselbe eine mannigfaltige: Hier scharten sich die Frauen um ihre Vertrauensperson und dokumentierten durch Zahlung regelmäßiger, freiwilliger Beiträge ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, dort war der Frauenbildungsverein der organisatorische Rahmen für die Zusammenfassung der weiblichen Proletarier, wo aber die Vereinsgesetze bisher schon die gemeinsame Organisation der Geschlechter ermöglichten, wie in Baden, Württemberg, Hessen, Sachsen, den freien Reichsstädten usw., ist auch seither schon so verfahren. Jetzt ist diese gemeinsame Organisation überall möglich und daher auch selbstverständlich. Die gemeinsame Organisation der Geschlechter ist nur die logische Konsequenz der Erkenntnis, daß die Frauenfrage nur ein Teil der großen sozialen Frage ist und nur mit dieser zusammen ihre Lösung finden kann durch den Sieg des Sozialismus. Mit anderen Worten: daß die Befreiung der Frau aus dem Doppeljoch der Lohn- und Geschlechtsflaverei nur erfolgen kann durch die Niederbringung des Kapitalismus. Dieser theoretischen Erkenntnis, sowie dem praktischen Gegenwartsinteresse der Arbeiterklasse entspricht es, wenn gemeinsame Kampforganisationen geschaffen werden, die alle Glieder unserer Klasse umfassen. Daher lautet denn auch der § 1 der Vorlage: Es ist Pflicht aller Genossinnen, Mitglieder der örtlichen Parteioorganisationen zu werden.

Was den Passus, die Bildungsvereine betreffend, anlangt, strebe ich vollständig auf dem Standpunkt, den vor kurzem die „Gleichheit“ in dieser Frage eingenommen hat. Sie werden diesen Artikel alle gelesen haben, ich kann mich deshalb damit begnügen, kurz zu resümieren: Heute können die Bildungsvereine nimmer als politische Organisationen oder als Ersatz gelten, sie können nur noch als der Mittelpunkt des geistigen Lebens gelten, soweit es nicht in den Rahmen der Politik fällt, d. h. wo Wissen vermittelt wird, das zwar nicht direkt dem Klassenkampf dient, das jedoch zur intellektuellen Hebung des weiblichen Proletariats beiträgt und wo außerdem die nötigen Kräfte zur Leitung des Vereins vorhanden sind, ohne daß die wichtigsten Pflichten der allgemeinen Arbeiterbewegung darunter leiden.

Mit Rücksicht auf die ungünstigere wirtschaftliche Stellung der Frau bin ich der Meinung, daß der Beitrag für die Frauen niedriger zu bemessen ist als der Beitrag für die Männer. Bei der Organisation der Frauen muß es uns zunächst überhaupt nicht auf den finanziellen Effekt ankommen, sondern es muß sich für uns darum handeln, eine möglichst große Masse von Parteiarbeiterinnen organisatorisch und damit auch geistig zu erfassen. (Beifall.) Das kann aber nur mit einem möglichst niedrigen Beitrag geschehen. Wir müssen bei unserem Vorgehen Rücksicht nehmen auf die Eigenart des weiblichen Charakters, die durch Erziehung, Ueberlieferung, Tradition usw. beeinflusst wird. Wir dürfen nie vergessen, daß die politische Betätigung für die große Masse der Frauen ein Neuland ist. Dazu hat zu lange der Grundfaß gegolten, daß die Frau zu schweigen habe in der Gemeinde, und daß diejenigen Frauen die besten seien, von denen man am wenigsten spricht. Wenn dieser Grundfaß eine gewisse Berechtigung hatte in der Zeit, wo die Frau innerhalb ihrer vier Wände einen Lebensinhalt fand, so verstehe ich doch nicht, wie heute, wo acht Millionen Frauen in der Erwerbsarbeit tätig sind, dieser Standpunkt noch vertreten werden kann, und zwar auch von Genossen. (Sehr richtig!) Den Namen „Sozialdemokrat“ verdient ein solcher Mann nicht. (Lebhaftes Gehr richtig!) Diese Anschauung ist vielmehr ein ganz arger Philisterzopf. (Erneute Zustimmung.) Doch wir wissen ja, daß nicht nur die politische Rechtlosigkeit heute noch vorhanden ist, daß nicht nur Gesetz und Recht sich wie eine

zwei Krankheit forterben, sondern auch die Anschauungen, und diese Anschauungen, die eine feste Stütze jener Gesetze und Rechte sind, passen heute nicht mehr in die Verhältnisse hinein. Da solche Anschauungen auch noch bei rückständigen Frauen vorhanden sind, müssen bei der Agitation in kluger Weise die Themen ausgewählt werden, um die Frauen zu packen in ihrer Eigenschaft als Mutter, als Erwerbstätige usw. Für den ersten Zweck wäre z. B. die Erörterung der Schulfrage und die Erörterung der Soldatenmishandlungen und im Anschluß daran die Frage des Militarismus sehr geeignet. (Sehr richtig!) Um die Frauen als Arbeiterinnen zu packen, können wir nichts Besseres wählen, als eine Erörterung über den Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz, z. B. über die Fragen, die bei der bevorstehenden Gewerbeordnungsnovelle in Betracht kommen, die Fragen des Reinhundentages, des weiblichen Fortbildungunterrichts usw. Das Interesse der Frauen als Hausfrauen können wir wecken, indem wir Stellung nehmen zu dem Brot- und Fleischwucher, zu der wahnsinnigen Zoll- und Steuerpolitik. Weiter muß auch Rücksicht darauf genommen werden, daß die Frauen nicht an jedem Tage in der Woche gleich gut die Versammlungen besuchen können (Sehr richtig!), weil die meisten die Doppellast der Erwerbsarbeit und der Hausarbeit auf ihren Schultern haben. Es werden deshalb am Sonnabend Abendversammlungen für die Frauen an den meisten Orten nicht arrangiert werden dürfen. Hierbei kommt auch in Betracht, daß die Frauen Mutterpflichten zu erfüllen haben. Gerade darum müssen besondere Frauenversammlungen einberufen werden, weil zu den allgemeinen Volksversammlungen in erster Linie der Mann geht, und eines von den Eltern bei den Kindern zu Hause bleiben muß. Wer könnte auch wohl besser die Agitation unter den Frauen in die Wege leiten als eine Genossin, die das Empfindungsleben, die Gedankenwelt der Frauen genau kennt, weil sie selbst Frau ist und all das, was heute die rückständigen Frauen denken und empfinden, selbst empfunden hat, die unter derleibten wirtschaftlichen Misere gelitten hat und die sich ebenso gegen die politische Rechtslosigkeit der Frau aufbäumt. Wenn daher der Organisationsentwurf empfiehlt, daß überall Frauen in den Vorstand zu wählen sind, denen die Agitation unter dem weiblichen Proletariat obliegt, so soll damit den Genossinnen kein Sonderrecht eingeräumt werden (Sehr gut!), wie es zu meinem Bedauern auf dem bayerischen Landesparteiitag zum Ausdruck gekommen ist, es soll nur den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen werden, indem eine entsprechende Arbeitsteilung unter den Genossinnen und Genossen vorgenommen wird. Diese Arbeitsteilung ist dringend notwendig, weil unsere Parteigenossen, die im Vordergrund der Bewegung stehen, ohnehin mit anderen Arbeiten überlastet sind, so daß sie selbst, wenn sie auf die Empfindungen der Genossinnen Rücksicht nehmen wollten, gar nicht die nötige Zeit hätten, um die entsprechende Agitation entfalten zu können. Die weiblichen Vorstandsmitglieder sollen gewissermaßen als Ersatz für die bisherige weibliche Vertrauensperson gelten. Der Titel und die Stellung soll geändert werden, aber die Funktionen sollen dieselben bleiben. (Sehr richtig!) Das historisch Gewordene soll in dieser Weise in den neuen Rahmen eingepaßt werden. Es soll das auch kein Ehrenamt für unsere Frauen sein, sondern eine ernste Pflicht. (Sehr richtig!) Außer aus Bayern habe ich auch nirgend einen Protest dagegen gehört, daß eine Frau Mitglied des Vorstandes sein soll. (Hört! hört!) Die Arbeitspflicht des weiblichen Vorstandsmitgliedes wird um so ernster und größer sein, da wir uns doch nicht damit begnügen können, die Frauen nur als Mitglieder zu gewinnen, sondern da wir dafür sorgen müssen, daß sie überzeugte Sozialdemokratinnen werden. (Sehr richtig!) Um dieses zu erreichen, müssen wir

nach energischer wie bisher die Zusammenkünfte pflegen, die, abgesehen von den Wahlkreisversammlungen und Bezirkszusammenkünften, der theoretischen und praktischen Schulung unserer Genossinnen dienen und sie zur Mitarbeit innerhalb der bestehenden politischen Parteiorganisation erziehen. Gegen diese besonderen Zusammenkünfte hat man sich vor allem in Leipzig gewendet! (Widerspruch Gebers.) Wenn inzwischen die sächsischen Genossen helle geworden sind (Heiterkeit) und sich befehrt haben, so ist es mir um so lieber. Ich verstehe auch nicht, wie man sich dagegen wenden kann, daß sozialistisches Wissen unter den Frauen verbreitet wird. Die Gründe, die für eine besondere Agitation sprechen, sprechen auch für eine besondere Aufklärungsarbeit in diesen Zusammenkünften. Ich sagte, schon mit Rücksicht auf die Kinder könnten Mann und Frau nicht zugleich in die Versammlungen gehen. Es kommt doch vor allem darauf an, die Frauen in jungen Jahren emporzuheben. Dem Manne stehen alle Bildungsquellen zur Verfügung, die Frau aber bleibt geistig nicht nur stehen, sondern sie sinkt zurück. Um das zu verhüten, um sie in die Ideenwelt des Sozialismus einzuführen, sind diese besonderen Zusammenkünfte für die Frauen notwendig. Dort können die Genossinnen zum Beispiel in Nationalökonomie und Geschichte unterrichtet werden. Ich denke dabei an Abende, wie sie die Genossin D u n k e r in Leipzig veranstaltet hat, deren Tätigkeit es in erster Linie mit zu verdanken ist, daß wir gerade in Sachsen eine ganze Reihe tüchtiger Agitatorinnen bekommen haben. Auch in Hamburg haben wir seit 1900 für die Genossinnen Lesende veranstaltet, in denen zu bestimmten politischen Fragen und auch zu der praktischen Mitarbeit Stellung genommen wurde. Wenn wir gegenwärtig in Hamburg zirka 4000 Frauen in den sozialdemokratischen Vereinen haben, so ist das in erster Linie diesen besonderen Frauenzusammenkünften zu danken. In den Zusammenkünften haben wir die Frauen z. B. dazu geschult, in großen Versammlungen neue Mitglieder zu gewinnen, haben sie in die Verwaltungsarbeit eingeführt usw. Auch die Dienstbotenorganisation in Hamburg, die an 4000 Mitglieder zählt, ist dieser Schulung der Genossinnen zu verdanken. Die beiden Delegierten aus Hamburg, die außer mir hier sind, sind ebenfalls in dieser Schule groß geworden. Dort haben wir die Frauen an die Mitarbeit in den Bezirken und den Wahlkreisversammlungen gewöhnt und haben sie aufgerufen, sich zur Verfügung zu stellen, wenn die Verwaltungskörper neu gebildet wurden. Es sind doch auch nicht nur die Frauen, die davon profitieren, sondern auch die Männer werden es nur begreifen können, wenn die Frauen ihre Ideale nicht nur begreifen, sondern auch für sie wirken und sich mit ihnen darüber unterhalten können. Wenn man sich gegen das Weiterbestehen dieser Diskussionsabende an einzelnen Orten wendet, so wurzelt das auch noch in einer gewissen Ueberhöhung des Parlamentarismus, die dazu beigetragen hat, daß die Tätigkeit unserer politischen Organisationen außerordentlich stark darauf zugeschnitten ist, Wähler heranzubilden und Wahlerfolge zu erzielen. (Sehr richtig!) Das soll kein besonderer Vorwurf sein, es ist in den Verhältnissen begründet, aber es ist eine Tatsache, daß aus diesem Grunde der Schulung der Genossinnen nicht die richtige Bedeutung beigemessen wird. Unsere Frauen haben eben keinen politischen Kurzwert, weil sie kein Wahlrecht haben. (Sehr gut!) Von solch oberflächlichen Gesichtspunkten aus sollten aber Sozialdemokraten die Frage nicht beurteilen. Wir wollten uns alle Kräfte nutzbar machen, die der theoretischen Schulung der Angehörigen der Arbeiterklasse dienen. Wir betonen so oft den Gegnern gegenüber, daß alles formale Wahlrecht heute unter der Herrschaft des Kapitalismus zu einem furchtbaren Unrecht gegen die wirtschaftlich und sozial Abhängigen wird. Wenn das unsere Ueberzeugung ist, so müssen wir als Sozialisten uns vor

allem davor hüten, in denselben Fehler gegenüber den Frauen zu verfallen. Man spricht immer davon, es sei ein freier Arbeitsvertrag, den wir eingegangen; wir wissen aber alle, daß der Hunger die Proletarier zwingt, die Löhne, wie sie der Unternehmer diktiert, zu akzeptieren, wenn sie ihm einzeln gegenüberstehen. Gerade so geht es den Frauen; sie sind durch die wirtschaftlichen Verhältnisse daran verhindert, von den Rechten, die ihnen zustehen, in der Art Gebrauch zu machen wie die Männer, und es wäre ein großes Unrecht, wenn man ihnen die Möglichkeit nähme, sich in die sozialistische Ideenwelt zu vertiefen, in einer anderen Art, wie das die Männer können. Wir brauchen die Mitarbeit der Frauen auf allen Gebieten, wir brauchen sie vor allem bei den außerparlamentarischen Kämpfen. Es ist schon auf ihre Beteiligung bei der Wahlbewegung hingewiesen worden. Auch zum Siege des wirtschaftlichen Boykotts haben sie häufig beigetragen. Wir wünschen ja nichts sehnlicher, als daß wir uns auch an den parlamentarischen Kämpfen beteiligen können; jedenfalls aber müssen wir doch, wo uns die Möglichkeit der Beteiligung heute gegeben ist, die Frauen für diese Beteiligung schulen.

Wir brauchen die Frauen vor allem als Werkenerzieher zum Klassenkampf. (Sehr richtig!) Dieselben Argumente, die geltend gemacht werden gegen eine besondere Aktion und Schulung der Frauen, wenn auch glücklicherweise nur an weniger Orten, werden geltend gemacht gegen die Frauenkonferenzen. Man sagt, jetzt wo die Genossinnen in den Organisationsrahmen der Gesamtpartei eingegliedert sind, brauchen wir diese Konferenzen nicht mehr, denn dieselben Fragen könnten auch auf dem Parteitag erörtert werden. Wer das behauptet, verkennet den Wert der Frauenkonferenzen. Diese Konferenzen haben außerordentlich viel dazu beigetragen, daß wir heute so viele geschulte Genossinnen haben. (Sehr richtig!) Hier haben die Frauen den größten Teil der Anregungen und Fingerringe zur Agitation bekommen. (Sehr richtig!) Hier wurden auch die Genossinnen untereinander bekannt, was unsere Agitation ungemein fördert. Man könnte sagen, die Genossinnen könnten diese Fühlung ja auch auf den Parteitagen nehmen. Das ist in der Theorie richtig, in der Praxis aber gibt es nur wenige Orte, wo die Genossinnen die Möglichkeit haben, ein Mandat zum Parteitag zu bekommen. Die Bestimmung der Ziffer 6 des Organisationsentwurfes, wonach die Frauen in besonderen Frauenversammlungen Delegierte zum Parteitag wählen können, wird schon deshalb schwer durchführbar sein, weil dieses Vorgehen an vielen Orten doch als eine Demonstration gegen die Genossen aufgeführt werden würde, und weil dadurch das harmonische Zusammenarbeiten der Genossen und Genossinnen, das wir so sehnlichst wünschen, und das eine Vorbedingung für die gedeihliche Entwicklung der gemeinsamen Organisation ist, gefährdet würde. Auch die Geldfrage würde übrigens hier mit in Betracht kommen. (Sehr richtig!) Eine prozentuale Vertretung der Frauen nach der Zahl der Organisierten wäre eine große Ungerechtigkeit, weil viele Frauen, die für die Partei arbeiten, doch nicht innerhalb der Bewegung öffentlich tätig sein können, sondern nur dadurch, daß sie den Männern es zu Hause möglichst gemächlich machen und es ihnen ermöglichen, mit viel größerer Kraft sich der Parteibewegung zu widmen. Das angenehmste wäre es mir, wenn man nach dem Vorgehen in Leipzig verfahren würde und unter allen Umständen bei einem gewissen Prozentsatz eine Frau wählen würde. Ich weiß aber, daß das nicht durchgeht, und deshalb schlage ich es gar nicht vor. Einen Vorschlag, der alle tatsächlichen Verhältnisse gerecht berücksichtigt, weiß ich augenblicklich selbst nicht. Man kann höchstens den Genossen empfehlen, auf die Frauen bei den Delegationen Rücksicht zu nehmen. Ich bestreite aber, daß dadurch die Frauenkonferenzen ersetzt werden können. Die Konferenzen

haben ihren Wert darin, daß auf ihnen aus unserem Parteiprogramm heraus Fragen, die die Frauen besonders interessieren, in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt werden. Auf den Parteitagen können solche Fragen nicht mit genügender Gründlichkeit erörtert werden, weil die Parteitage schon ohnehin überlastet sind, und weil die Genossen für diese Fragen doch nicht das notwendige lebendige Interesse haben. Die Frauenkonferenzen sind so ein vorbereitendes Ausschüß der Parteitage für diese besonderen Fragen. (Sehr gut!) Es würde die ganze Frauenbewegung außerordentlich zurückwerfen, wenn die Frauenkonferenzen aufgehoben würden. Jedenfalls würden wir ein vorzügliches Agitationsmittel verlieren. Ich kann deshalb nicht glauben, daß der Parteitag dazu kommen sollte, die Frauenkonferenzen aufzuheben. Es wäre sehr wünschenswert, wenn man in den Orten, wo man gegen das, was hier besonders für die Frauen geschehen soll, Protest erhebt, nur die Hälfte des Eifers dafür aufwenden würde, die Agitation unter den Frauen zu fördern. Das wäre für unsere Parteibewegung von viel größerem Nutzen. (Lebhafte Zustimmung.)

Schließlich wünscht dann unser Organisationsentwurf, daß das Bureau der Genossinnen bestehen bleibt und die Vertreterin der Genossinnen dem Parteivorstande angegliedert wird. Auch diese Bestimmung hat eine Anfechtung gefunden und zwar auch in Hamburg. Das kann wohl nur auf einem Mißverständnis beruhen. Die Genossin Baader muß selbstverständlich, wenn sie die Organisation unter den Frauen entfalten soll, einen Raum zum Arbeiten haben, und es wird ihr wohl ganz gleich sein, ob sie Lindenstraße Nr. 69 oder Nr. 3 sät. (Geisterzeit.) Ich habe sogar persönlich die Ueberzeugung, daß es ihr viel lieber wäre, wenn sie bei unseren Parteivätern säße. Denn notwendige Rücksprachen sind dann viel leichter zu erledigen. Wie in den örtlichen Organisationen eine Genossin in den Vorstand zu wählen ist, so soll auch die Vertreterin aller Genossinnen dem Parteivorstand angehören. Damit hört dann natürlich die besondere Kasse der Genossinnen auf. Was an Mitteln aufzubringen ist, hat aus der gemeinsamen Parteikasse zu erfolgen. Ich möchte Sie bitten, diesen Vorschlägen zuzustimmen und hoffe, daß auch der Parteitag sie annehmen wird. Wenn man sich gegen diese Vorschläge wendet, so würde man damit aussprechen, daß die Partei sich fürchtet vor der sozialistischen Erziehung der Frauen. Die Rückständigkeit und Rechtshaberei einzelner hat jedoch bisher noch immer die Gesamtpartei korrigiert und daher bin ich überzeugt, daß Frauenkonferenz und Parteitag den Vorschlägen zustimmen werden. (Andauernder lebhafter Beifall.)

Genossin **Wollmann-Galberstadt**: Im großen und ganzen kann ich mich den Ausführungen der Genossin Zieg anschließen. Nur in einem Punkte habe ich Bedenken. Ich halte es nicht für richtig, daß die Frauen- und Mädchenbildungsvereine noch weiter bestehen bleiben und warne Sie, der Resolution der Berliner zuzustimmen. Es liegt sonst die Gefahr vor, daß diese Vereine später einmal zum Schmolzwinkel werden für diejenigen Genossinnen, die glauben, daß sie in der Parteiorganisation nicht zu ihrem vollen Rechte kommen. All das, was in dem Artikel der Genossin Zieg ausgeführt ist, bleibt den Genossinnen auch offen, wenn sie sich der Parteiorganisation anschließen.

Genossin **Wadwig-Dresden**: Was die Genossin Zieg ausgeführt hat, besteht bei uns in Sachsen vor allem in den drei Wahlkreisen, die ich zu vertreten habe. Wir haben nicht nur in allen Kreisvorständen Frauen sitzen, die die Agitation fördern und überwachen, sondern auch in den einzelnen Verwaltungen. In dem Organisationsentwurf halte ich ein paar redaktionelle Änderungen für notwendig. Im Absatz 2 heißt es „unabhängig“.

Dafür sollten wir lieber das Wort „neben den“ setzen. Es ist schließlich dasselbe, klingt aber in der Form doch etwas anders. Im Absatz 4 möchte ich auch eine Veränderung dahin haben, daß es nicht heißt, die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl in dem Vorstand vertreten, sondern die weiblichen Mitglieder sind auf ihre Fähigkeit zu prüfen und dann dem Vorstand anzugleichen. (Lebhafte Widerspruch.) Damit würden die Gründe für die Gegnerschaft einzelner Genossen gegen diesen Entwurf wegfallen. Ganz unverständlich ist es mir, wie man sich gegen das Weiterbestehen der Frauenkonferenzen wenden kann. Die Frauenkonferenzen leisten eine ungeheure Vorarbeit für den Parteitag, der mindestens eine Woche länger tagen müßte, wenn alle die hochwichtigen Fragen, die die Frauen besonders interessieren, auf ihm verhandelt werden sollten.

Genossin Dunder: Im großen und ganzen kann ich mich mit den Vorschlägen einverstanden erklären, vor allem bin ich auch für die niedrigeren Beiträge der Frauen, weil der Beitrag der Frau vielfach als eine Doppelbesteuerung der Familie aufgefaßt wird, zumal dann, wenn die Frau nicht mit verdient. Besonders möchte ich auch für die Frauenversammlungen ein Wort sprechen. Genossin Bich hat schon betont, daß es Themata gibt, die die Frauen besonders interessieren, Fragen wie die des Mutterstuhles, des Kinderschutzes, der Kindererziehung werden den Frauen näher liegen als den Männern. Dazu kommt, daß auch solche politische Fragen, die beide Geschlechter interessieren, doch sehr häufig von den Frauen in ganz anderer Weise angefaßt werden. So hatten wir in Dresden einmal eine Protestversammlung gegen die Milchversteuerung. Der Redner ging von der Versteuerung der Futtermittel aus und sprach ausführlich über die ganze Zollpolitik usw. Ich hatte den Eindruck, daß die ganzen sehr zahlreich dahinsenden Frauen, zum Teil solche, die noch sehr selten in eine Versammlung gekommen waren, dem Vortrag gar nicht folgen konnten. Eine Frau hätte die Sache ganz anders angefaßt. Sie hätte vielleicht genau dasselbe gesagt, aber sie hätte begonnen davon zu sprechen, was die Versteuerung der Milch für die Kinder usw. bedeute. Damit hätte sie das Interesse der Frauen geweckt, die dann auch den Ausführungen über die Zollpolitik zugänglicher gewesen wären. Das Denken der Frauen ist nicht geringwertiger, aber es ist anders als das des Mannes. Die Frauen gehen meist von der praktischen Seite des Lebens aus, und wenn wir sie packen wollen, müssen wir immer wieder von diesen praktischen Fragen anfangen und können von denen sehr gut Brücken schlagen auch zu der Theorie. (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde brauchen wir also besondere Versammlungen für die Frauen und dann auch aus dem schon erwähnten Grunde, weil Frauen und Männer nicht gleichzeitig von zu Hause wegkommen können. Ich habe es zahllose Male erlebt, daß in Versammlungen, in denen eine Frau über ein Thema sprach, das besonders die Frauen interessierte, in der Hauptsache Männer anwesend waren. Wenn man sie fragt, warum sie ihre Frauen nicht hinkommen lassen und selbst bei den Kindern bleiben, empfinden die süddeutschen Genossen diese Zumutung als eine furchtbare Herabwürdigung. (Heiterkeit.) Ich habe mich sehr darüber gewundert, daß man speziell in Leipzig gegen die besonderen Frauenversammlungen Sturm gelaufen hat. Weyer hat sehr mit dem Kopf geschüttelt, ich weiß nicht, wie das zusammenhängt. Ich habe in der „Leipziger Volkszeitung“ die Versammlungsberichte gelesen und habe auch zahlreiche Zimmerbriefe von den Leipziger Genossinnen bekommen. Wir brauchen diese Abend, um den Frauen erst einmal zu zeigen, wie sie reden müssen, und weil nur in diesem kleinen Kreis die Kritik möglich ist, die wir aneinander üben müssen. Für das Fortbestehen der Frauenbildungs-

vereine wäre ich nur dann, wenn sie schon lange bestehen und das Fortbestehen der Genossinnen daran hängt. Neugründungen solcher Vereine sollte man aber auf keinen Fall mehr zulassen. Die Genossin Badwig hat eine Art Befähigungsnachweis für die Frauen verlangt, die in den Vorstand kommen sollen. Wo wird denn ein solcher Befähigungsnachweis für die Genossen verlangt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen doch der Frau nicht noch eine ungünstige Extramurk braten. (Heiterkeit und Sehr gut!) Es wird sehr schwierig sein, dann noch eine Frau zu finden, die von der Ansicht der Genossen aus die nötige Befähigung hat. (Sehr richtig!) Wir haben aber sehr häufig alte tüchtige Genossinnen, die in der Frauenbewegung groß geworden sind, die jedoch durch die Unannehmlichkeiten, welche die ersten Anfänge der Frauenbewegung mit sich gebracht haben, ein wenig verbittert sind. So sehr auch derartige Genossinnen meist in ihrem Innern verwachsen sind mit der ganzen Frauenbewegung, so sollte man doch gerade sie nicht betrauen mit der Betätigung in den Verwaltungen, denn das hat die Gefahr, daß diese Genossinnen, so gut sie es auch meinen, dadurch, daß sie in jeder kleinen Anspielung eine Spitze sehen, mehr verderben als gutmachen. (Sehr wahr!) Eine besonders schwierige Frage ist die der Delegation zum Parteitag. Ich wünsche dringend, wir fänden einen Modus, nach dem diese Sache ein für allemal geregelt ist. Eine solche sichere Feststellung würde eine Unmenge Verbitterung aus der Welt schaffen, denn es ist für eine Frau, die eine Delegation durchsetzen soll, heute jedesmal ein Martyrium. Das beste wäre, die Sache so zu regeln, daß, wenn die Zahl der organisierten Frauen eine bestimmte Höhe erreicht hat, jedesmal eine Genossin delegiert werden muß. (Bravo!)

Genossin Ottilie Waader: Ich möchte einiges darüber sagen, wie in Zukunft die Arbeit der Zentralstelle der Frauen sich gestalten wird. Wir haben bisher eine Unmasse rein mechanischer Arbeit zu leisten gehabt, zu deren Erleichterung die Zentralstelle eine Hilfskraft zur Verfügung hat. Gewiß, von vielen Arbeiten würde mit der neuen Organisationsform die Zentralstelle entlastet werden. Aber neue Anforderungen werden dann an sie herantreten. Die Frauen werden sich im politischen Leben intensiver betätigen, sie werden den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften größere Interesse entgegenbringen, und das wird auch für die Zentralstelle seine Rückwirkung haben. Wir müssen uns sagen, daß unsere Bewegung jetzt bis zu einem gewissen Grade herangereift ist. Die neuen Aufgaben werden so vielseitig sein, daß eine Person die Agitation nicht mehr zu leisten vermag. Mindestens zwei Genossinnen müssen dem Parteivorstand angehören. (Beifall.) Die zweite Person muß eine vollwertige Kraft sein, die in Deutschland bekannt ist, die die Agitation genau kennt, kurz, die Eigenschaften hat, wie sie nur in unserer Louise Bich verlüpft sind. (Lebhaftes Bravo!) Also wir verlangen vorläufig zwei Mitglieder im Parteivorstand, später können es ja mehr werden. (Heiterkeit und Beifall.) Selbstverständlich, wenn sich unsere Bewegung ausdehnt, dann erheben wir auf die Zahl der Mitglieder im Parteivorstand denselben Anspruch wie die Männer. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist gewiß keine unbillige Forderung, wenn wir zwei vollwertige Personen verlangen, welche die Frauenbewegung in Deutschland zu leiten haben.

Genossin Bettin: Nachdem die Genossin Waader einen für den Fortbestand unserer Frauenbewegung so hoch bedeutsamen Vorschlag gemacht hat, möchte auch ich dazu Stellung nehmen, und zwar in dem Sinne, daß unser Verlangen nach zwei vollwertigen Kräften in jeder Hinsicht sachlich gerechtfertigt ist. Er ist sachlich gerechtfertigt zunächst durch den Umfang, den unsere Frauenbewegung genommen hat, und durch den Anteil, den sie an allen

Parteilaktionen nimmt. Die Forderung ist aber sachlich noch mehr berechtigt durch das, was die Frauenbewegung in Zukunft auf Grund der neuen Organisationsform leisten wird. Es werden vielleicht kluge Leute kommen und sagen, wenn erst die Genossinnen mit den Genossen zusammen arbeiten, werde die Arbeitsfülle ja verringert werden. Ich stehe auf dem entgegengesetzten Standpunkt. In dem Augenblick, wo unsere Genossinnen überall als Gleichberechtigte mit den Genossen leben und weben, da wird die Arbeitsfülle für die Zentrale nicht verdoppelt, sondern verzehnfacht werden. (Sehr richtig!) Eine Hilfskraft, und mag sie noch so geschickt und fleißig sein, kann das nicht leisten. Dazu gehört eine Genossin, die mit unserer Frauenbewegung von Anfang an verwachsen ist. Da nun einmal die persönliche Seite der Sache besprochen ist, so kann ich nicht umhin, die Anregung zu geben, den Vorschlag unserer Genossin Waader zu dem unsrigen zu machen. (Lebhafter Beifall.) Wir ehren mit der Annahme dieses Vorschlages nicht nur die Genossin Zieg, sondern die gesamte Frauenbewegung, in deren Schoß solche Kräfte herangewachsen sind. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Sonnabend vertagt.
Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 12. September — Vormittags-Sitzung.

Genossin Zettlin eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Die Diskussion über die Frage der Neuorganisation der Genossinnen wird fortgesetzt.

Zunächst gibt Genossin Waader zur gestrigen Diskussion folgende Erklärung ab: Wenn ich gestern gesagt habe, es müßten künftig zwei vollwertige Genossinnen in den Parteivorstand gewählt werden, so habe ich mich vielleicht etwas voreilig ausgedrückt. Diese Parteigenossinnen zu wählen, ist Sache des Parteitages, dem die Entscheidung in der ganzen Frage zusteht. Ich wollte nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß unbedingt zwei Genossinnen gewählt werden möchten.

Genossin Schöffler-Braunschweig: Vielfach sind die Genossinnen, und gerade die in leitender Stellung, gegen die Frauenbildungsvereine und gegen die Frauenagitation. (Sehr richtig!) So auch in Braunschweig. Uns wurde, als wir den Bildungsverein auflösen mußten, die Abhaltung von Versammlungen zugesagt, aber die Zusage nicht gehalten. Im ganzen haben wir nur zwei Versammlungen abhalten können. Die Genossen haben das für Extravaganzen erklärt, wir könnten ja Männerversammlungen besuchen. Aber die Frauenversammlungen sind eine absolute Notwendigkeit zur Agitation. (Sehr richtig!)

Genossin Popp-Wien: Auch hier zeigt sich die Gemeinsamkeit der Bewegungen in den verschiedenen Ländern. Auch wir haben den Kampf gegen die Reaktion zu führen. Wir stehen erst vor dem Kampf um das Vereinsrecht der Frauen. Wir wissen uns ja zu helfen in unserem „schwarzen Winkel“, in einer Zusammenfassung von schwarzen Winkeln. (Heiterkeit.) Wir erobern eine schwarze Burg nach der anderen im Kampf gegen Verdummung und Materialismus. Bei uns lastet leider dieser noch auf der Masse der Frauen und wir haben die schwere Aufgabe, die Saat der Kindheit wieder zu vernichten. Aber wenn man sieht, daß die Zahl der Kämpfer immer größer wird, so kommt die Siegesgewißheit. Nur Einigkeit und Zusammenhalten ist not-

wendig. Die Frage der Frauenkonferenzen ist auch für uns sehr brennend. Wenn wir auch noch so sehr für Gleichheit zwischen Mann und Frau sind, so kommen wir doch nicht darüber hinweg, daß die Verhältnisse für die Frauen doch so ganz verschieden, daß sie andere Mittel brauchen als der Mann zur Aufklärung. Auch unsere letzte Frauenkonferenz im Frühjahr, die zu unserer Freude auch Genossin Zettlin besucht hat, und an der sie sich eifrig und überaus erfolgreich beteiligte, hat uns neue Wege gewiesen, die uns vorwärts bringen werden in unserer Agitation. Bei uns ist ganz ausgeschlossen, daß die Frauen in die Vereinskassen der Männer gehen. Sie haben keine Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen für ihre Kinder. Wenn die Frau des Arbeiters, die arbeitende Frau in die Versammlung geht, dann kann der Mann ein paar Stunden die Kinder warten, während die Frau sich Aufklärung verschafft, damit sie ihren Kindern eine aufgeklärte und unterrichtete und wissende Mutter sein kann. (Beifall.) Deshalb gebeten wir unsere Frauenkonferenzen, die wir alle zwei Jahre abhalten wollen vor dem Parteitag, nicht aufzugeben. Was der Genosse aus Bremen über die brutale Faltung der Bürgerhaft gegen die Forderung des Frauenwahlrechts sagte, ist ein Lied, das auch wir singen können. Als in unserem niederösterreichischen Landtag unser einziger Vertreter auch für die Frauen das Wahlrecht forderte, da brach die ganze reaktionäre Horde in ein Geheul aus: Unsere Frauen brauchen das nicht, sie wollen es nicht, sie verzichten! Nun, wenn die bestehenden Klassen es nicht brauchen, die Arbeiterfrauen sagen: Wir tragen die Last der Arbeit, wir tragen die Last der Teuerung, wir tragen die Last der Steigerung der direkten und indirekten Steuern mit unseren Männern gemeinsam, wir wollen auch das politische Recht und auch das Wahlrecht mit unseren Männern teilen. Und mögen jene es auch für überflüssig oder auch für unweiblich und unziemlich für das weibliche Geschlecht halten, wir, die wir das schwere Los der Arbeiterfrau kennen, die Bürde und das schwere Joch, das die Arbeiterin in der Fabrik, die Heimarbeiterin und die Frau des Proletariats zu tragen hat, wir wollen die politischen Rechte, damit sie sich dies Joch erleichtern können, mit aller Begeisterung, mit aller Leidenschaftlichkeit, deren sie fähig sind, ihre Stellung zu verbessern, nicht als Gnadengeschenk, das man hinnimmt, sondern als das Recht, das uns gebührt. (Beifall.) Ihre Beschlüsse jetzt werden auch uns wieder einen Schritt vorwärtsbringen, damit unsere sozialistische Arbeiterbewegung groß und stark wird und immer weitere Massen entrechteter, gedrückter und ausgebeuteter Frauen ergreift. Ihre Beschlüsse werden von neuem zeigen, wie wichtig und notwendig es ist, daß wir deutschen und österreichischen Genossinnen, so oft wir Gelegenheit haben, zusammenkommen, um Gefühle der Sympathie auszutauschen und um gemeinsam zu lernen, wie wir dem Ziel immer näher kommen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Vollenber-Leipzig: Ich glaube, die Österreicher sind viel leichter zu begeistern, als wir Deutsche. Wenigstens muß man zu diesem Schluß kommen, wenn man sieht, welch großen Anteil die Jugend und vor allem auch die Studenten an den Freiheitslämpfen dort nehmen.

Wie bereits gestern erwähnt wurde, ist bei uns in Leipzig der neue Organisationsvorschlag seit Jahren bereits praktisch eingeführt, und zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß die Leipziger Genossen uns im weitestem Maße entgegengekommen sind. So bekommen wir die „Gleichheit“ unentgeltlich geliefert. Widerspruch bei den Genossen findet nur die Bestimmung der neuen Organisationsform, daß die weiblichen Mitglieder im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten sein müssen. Die Genossen wendeten ein, daß besonders in den ländlichen Kreisen sich gar nicht so viele Genossinnen finden, die ein Vorstandsamt ausüben könnten. Wenn das der Fall sein sollte,

so liegt die Schuld daran einzig und allein bei den Genossen selbst, die es verabfümt haben, die Frauen heranzubilden. (Sehr richtig!)

Genossin Greifenberg-Augsburg: Auch ich kann Ihnen nur empfehlen, die neue Organisationsform hier anzunehmen. Wir in Augsburg sind bereits in der glücklichen Lage, von den Genossen Sitz und Stimme im Ausschuß eingeräumt erhalten zu haben. Auch ist eine Frau als Sektionsleiter gewählt worden. Bezeichnend ist, daß von einem leitenden Genossen in Augsburg nach dieser Wahl erklärt wurde: Seid Ihr denn schon so weit gekommen, daß Ihr ein Frauenzimmer dazu nehmen müßt. (Hört! hört! Anruhe.) Habt Ihr denn keine Männer, die diese Posten ausfüllen können. (Zuruf: Das ist doch stark!) Wir verlangen kein Entgegenkommen und keine Geschenke, sondern wir verlangen von den Genossen unser Recht. Und unser Recht besteht darin, daß man Genossinnen, die befähigt sind, in den Vorstand beruft. Öffentlich findet unser Organisationsplan auf dem Parteitag Annahme. Wie die Vorrednerinnen meine auch ich, daß wir auf zwei Plätze im Parteivorstand Anspruch haben. Unsere Frauenkonferenzen müssen beibehalten werden. Unsere gestrigen und heutigen Debatten beweisen, daß diese Fragen im Rahmen des Parteitages gar nicht erledigt werden können. Leider findet die Frauenbewegung auch bei vielen Parteigenossen nicht das Maß der Sympathie, das sie finden müßte. Auf dem Münchener Parteitag erwiderte mir auf diese Feststellung hin Genosse Timm, wir sollten doch Vertrauen zu den Genossen haben. Wie angebracht unser Mißtrauen ist, beweist die Haltung wiederum eines leitenden Augsburger Genossen, der den Genossen Segitz deswegen rektifizierte, weil er mir als Gast des bayerischen Landesparteitages bei der Frage der Frauenorganisation das Wort erteilt hatte. (Hört! hört!) Dieser Genosse behauptete ferner, ich sei noch nicht einmal politisch organisiert. Da er wußte, daß wir Frauen bis zum 1. Juli die freiwilligen Beiträge an die Parteikasse abführten, hat er damit offensichtlich etwas Unwahres gesagt. (Sehr richtig!)

Genossin Kaphner-Magdeburg: Ich möchte auch wünschen, daß wir die Organisation im ganzen Deutschen Reich möglichst einheitlich vornehmen. Wir haben auf einer Konferenz in Halberstadt zum 1. Oktober die Auflösung der Frauen- und Mädchenbildungsvereine beschlossen, und speziell in Magdeburg sind fast alle Mitglieder des Vereins in die politische Partei übertreten. Wir sollten Schulter an Schulter mit den Männern für unsere Sache kämpfen. Wenn wir auch selbst nichts mehr davon haben, so kommt es doch unseren Kindern zugute. (Bravo!)

Genossin Schlumer-Lübeck: Der niedrigere Beitrag für die Frauen ist durch die Verhältnisse begründet. Höchstens könnte man daran denken, von den alleinstehenden Frauen einen etwas höheren Beitrag zu verlangen. Aber wir wissen ja, daß diese, soweit sie im Erwerb tätig sind, sehr viel weniger verdienen, so daß auch für sie der niedrigere Beitrag gerechtfertigt ist. Besondere Frauenversammlungen sind dringend notwendig. Vor drei Jahren waren in Lübeck neben 2000 männlichen Genossen nur 20 Frauen Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins. Man beschloß, regelmäßige Sonderversammlungen für diese kleine Mitgliedschaft einzurichten. Es kamen bei dem ersten Versuche nur 8 Frauen, als wir aber zwei Monate hindurch diese Besprechungen regelmäßig fortführten, kamen ohne besondere Agitation von Woche zu Woche neue Mitglieder hinzu, und jetzt beträgt die Zahl der organisierten Frauen 230. Auch durch die Dienstbotenbewegung haben wir den Frauen ein Arbeitsfeld gegeben, wo sie sich selbständig betätigen können. Ich möchte weiter vorschlagen, überall ohne Rücksicht auf die Zahl der weiblichen Organisierten ein weibliches Mitglied in den Vorstand zu senden. Nicht

fertigen läßt sich das überall einfach daraus, daß den Sonderaufgaben der Agitation unter den Frauen ein Mittelpunkt gegeben werden muß, und das ist am besten eine Frau. Gerade weil wir noch so wenige sind, müssen wir eine Frau im Vorstand haben, die das nachholt, was bisher auf dem Gebiete der Frauenagitation veräußt worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Nur in den kleinen Orten, wo vielleicht drei, fünf, vielleicht noch gar keine Frauen organisiert sind, sollte man einem männlichen Mitgliede des Vorstandes die Agitation unter den Frauen als besondere Aufgabe stellen. Diesem Manne müßte eine Frauenkommission beigegeben werden, in der den Frauen Gelegenheit gegeben wird, sich zu leitenden Persönlichkeiten auszubilden. Es kann uns nichts daran liegen, daß in solchen Orten womöglich eine ungeschickte oder unreife Frau in den Vorstand hineinkommt, und wir müssen damit rechnen, daß wir bei den Genossen nicht überall für unsere Bestrebungen volles Verständnis finden, sondern vielfach auf Gleichgültigkeit und Ueberhebung stoßen. Wenn nicht ein absoluter, so wird doch meist ein passiver Widerstand der Genossen zu überwinden sein, und dazu sind nicht alle Frauen geeignet. Ich bitte Sie daher, meinem Vorschlage zuzustimmen. Für selbstverständlich halte ich es, daß mit dem Augenblick, wo so große neue Aufgaben an unseren Spezialzentralvorstand herantreten, wir zwei Frauen im Parteivorstand verlangen müssen. Vor allem müssen wir wünschen, an dieser Stelle jemand zu sehen, der vollkommen diesen schwierigen Posten ausfüllt, und es gibt wohl keinen Winkel in Deutschland, wo unter den Frauen der Name der Genossin Riez nicht genannt würde. Ich empfehle Ihnen, mit aller Kraft und Begeisterung dafür einzutreten, daß diejenige Frau in den Parteivorstand hineingewählt wird, die unser Vertrauen besitzt und die befähigt ist, in großzügiger Weise die Agitation unter den Frauen zu leiten. (Bravo!)

Genossin Baumann-Altona: Wer die Schwierigkeit der Frauenagitation aus langjähriger Arbeit kennt, kann den Vorschlägen der Genossin Riez und der anderen Befürworter der Organisationsvorschläge nur zustimmen. Wir haben ja nicht erst auf die Gewährung des politischen Vereinsrechts gewartet, wir haben in der Agitation Erfahrungen gesammelt, und die dürfen wir doch jetzt, wo wir größeren Spielraum haben, nicht ohne weiteres zurücksetzen. Die Gegner der besonderen Frauenagitation kennen offenbar die Verhältnisse nicht. (Sehr richtig!) Es ist von größter Wichtigkeit, persönliche Anknüpfungspunkte bei der Agitation zu suchen, um die Frauen für uns zu gewinnen. Es ist ja nicht in unseren Vorschlägen gesagt, daß an jedem einzigen Orte eine Vertrauensperson vorhanden sein muß. Aber über diese Schwierigkeiten kommen wir hinweg, da wir ja die Kreisorganisation haben. Die Zentralvertrauensperson soll dort die Anregungen geben, wo am Orte keine geeignete Person vorhanden ist. Bei uns in Schleswig-Holstein ist das sehr gut geregelt. Wir haben ja im vorigen Jahre schon den Versuch gemacht, wenigstens an drei Stellen in Deutschland besondere Agitationsbezirke zu schaffen. Diese Erfahrungen sollen wir nicht über Bord werfen, bloß deshalb, weil wir jetzt die Möglichkeit haben, uns mit den Männern gemeinsam zu organisieren. Gleichberechtigung soll nicht in Gleichheitsfanatismus ausarten. Der Vorschlag der Genossin Baaber, zwei Frauen in das Vorstandsbureau zu schicken, ist eine absolute Notwendigkeit. Es werden immer mehr Anregungen von den Frauen kommen, und die Arbeit der Zentralstelle wird weit ausgiebiger werden müssen.

Genosse Haberland-Warmen: Die Klagen über die Genossen, daß sie den Bestrebungen der Frauen nicht genügend gerecht werden, richten sich auch gegen Kreise, bei denen man es am wenigsten erwarten sollte. Wir am Niederrhein sind jedenfalls bessere Menschen. (Weiterkeit.) Wenn die Genossen vielfach

der Agitation der Frauen zweifelnd gegenüberstehen, so ist das nicht böser Wille, sondern sie sagen sich, wo es schon schwer fällt, die Männer zu organisieren, wird bei den Frauen noch weniger zu machen sein. Aber in den großen Kreisen sind die Genossen nicht dagegen, wie ja auch unsere Vorschläge zeigen. Wir fordern „mindestens“ eine Frau im Vorstand. Wir wollen, daß die Gleichberechtigung nicht schematisch ist, aber wir halten es nicht nur für das Recht, sondern für die Pflicht der Frau, so viel wie möglich an den Veranstaltungen der Männer teilzunehmen. (Beifall.) Aber wir sagen, es wird vorläufig noch nicht genügen, sondern es muß den Genossinnen das Recht gewahrt werden, nicht nur öffentliche Versammlungen zum Zwecke der Organisation abzuhalten, sondern auch spezielle Mitgliederversammlungen. (Sehr richtig!) Natürlich nach vorhergehender Verständigung mit der Parteiorganisation. Man hat eingewendet, daß da, wo wir noch keine eingearbeitete Agitation haben, sich diese Frauenversammlungen zu Klatschfränzchen ausbilden könnten; aber dem kann dadurch vorgebeugt werden, daß dort überall ein oder ein paar Genossen aus dem Vorstande delegiert werden. (Beifall.) Was den Mangel an fähigen Genossinnen anlangt, nun, bisher ist auch noch nicht das Problem gelöst, nur absolut fähige Genossen in den Vorstand zu wählen. (Weiterkeit und Zustimmung.) Wir sind ja nicht egal geseit, aber diesen etwaigen Mangel — und das haben wir in unseren Vorschlägen zum Ausdruck gebracht — kann man dadurch abhelfen, daß auch die Genossinnen ihre Bezirksführerinnen haben, die vollständig gleichberechtigt mit den Bezirksführern und auch verpflichtet sind, den Bezirksführerinnen beizuwohnen mit gleichen Rechten und Pflichten. (Beifall.) Geschieht das überall, so werden sich in kurzer Zeit die Kräfte heranzubilden, die wir zur Organisation der Genossinnen notwendig brauchen. Wir sind der Meinung, daß diese Organisationsvorschläge im großen ganzen angenommen werden können. Aber gegen die Anträge Berlin und Ludwigshafen in bezug auf den weiteren Fortbestand von Frauenbildungsvereinen habe ich doch ein Bedenken: für Kaiserschnitte bin auch ich nicht, aber es ist die Gefahr von Neugründungen vorhanden. (Sehr richtig!), und da ist der Vorschlag am sympathischsten, die Vereine können weiterbestehen, aber sie haben sich als Sektionen der Partei anzuschließen. Neugründungen müssen aber auf jeden Fall ausgeschlossen sein. Sie würden zur Kräftezersplitterung führen, zu einer Sammlung separatistischer Bestrebungen von Genossinnen, die mit ihren Spezialideen in der Gesamtpartei nicht durchdringen können. Da ist die größte Vorsicht nötig. Im übrigen aber fordere ich die Genossinnen auf, der Organisation der Genossinnen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, und es kann gar nicht schaden, wenn die Genossinnen ein wenig Feuer dahinter machen. (Sehr gut!) Wir müssen damit rechnen, daß die herrschenden Klassen dazu übergehen, die Frauen als Sturmbaum gegen die moderne Arbeiterbewegung mobilzumachen. (Sehr richtig!) Daher müssen wir so schnell wie möglich organisieren. Auf der anderen Seite erwarte ich aber, daß je stärker die Genossinnen zu uns stoßen, um so mehr Forsche und Schneid in unsere politische Bewegung kommt, mehr Enthusiasmus, mehr Idealismus, den heute die Genossen hier und da vermessen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Jettin: Wir müssen hier unsere Debatte unterbrechen, denn zu unserer, wie ich wohl sagen darf, allseitigen Freude ist im Auftrage des Parteivorstandes der Genosse Singer in unserer Mitte erschienen, der einige Worte an die Versammlung zu richten wünscht.

Genosse Singer (mit Beifall begrüßt): Ich habe zunächst um Entschuldigung zu bitten, daß ich den Auftrag des Parteivorstandes etwas verspätet ausführe. Ich wollte gestern erscheinen, aber durch unaufschiebbare Vorarbeiten

für den Parteitag bin ich daran gehindert worden. Wenn auch verspätet, so nicht minder herzlich kommt der Gruß, den ich namens des Parteivorstandes der Frauenkonferenz überbringe. Wir im Parteivorstand wissen die Arbeit unserer Genossinnen sehr wohl zu schätzen. Wir sind seit Jahren Zeugen des immer wachsenden Eifers, der immer wachsenden Tätigkeit und der immer wachsenden Erfolge, die die Frauenbewegung in Deutschland zu verzeichnen hat. Und wir sind stolz darauf, daß wir in Deutschland eine Frauenbewegung haben, die, im größten Teil Deutschlands bisher politisch rechtslos, aus reinem Enthusiasmus für die große Sache des Proletariats so wirkungsvoll, arbeitsfreudig und erfolgreich tätig gewesen ist. (Lebhafter Beifall.) Wir im Parteivorstand wissen es genau zu würdigen, welche Unsumme von Arbeit und Eifer unsere Genossinnen in der Agitation aufgewendet haben. Schulter an Schulter mit den Parteigenossen haben sie gekämpft, und es war ihr eifrigstes Bestreben, durch die Verteilung von Flugblättern und die Veranstaltung von Versammlungen die Aufmerksamkeit in die breiten Massen des Proletariats zu tragen und zu wirken für die Durchbringung des weiblichen Proletariats mit den großen Ideen der Sozialdemokratie. (Beifall.) Sie haben durch ihre Teilnahme an der Wahlbewegung uns außerordentlich genützt. Ich kann dreist sagen, daß unsere Genossinnen an selbstloser Hingabe und an Opferfreudigkeit mit unseren Genossen durchaus konkurrieren können, ja, daß sie teilweise die Genossen an Aktionskraft und Eifer übertreffen haben. (Lebhafter Beifall.) Wir sind erfreut, daß jetzt die Möglichkeit gegeben ist, die Organisation der Frauen in festere Formen an die Partei anzuschließen. Die Gegner werden vielleicht das, was ich jetzt sagen werde, gegen die Faltung ausschlagen, die die Sozialdemokratie zum Reichsvereinsgesetz eingenommen hat. Aber wir werden nie solche Narren und Esel sein, die Vorteile, die ein innerhalb der heutigen Gesellschaft bestehendes Gesetz uns heute bietet, deshalb nicht auszunutzen, weil das Gesetz an sich nach wie vor von uns als völlfeindlich bezeichnet werden muß. Unsere Opposition gegen das Vereinsgesetz besteht nach wie vor. Wir müssen feststellen, daß dieses Gesetz trotz einiger Erleichterungen im großen und ganzen ein Machwerk finsterner Reaktion ist, ein Gesetz, welches die Rechte der in unseren Grenzen wohnenden Ausländer in einer solchen Weise beeinträchtigt, daß wir es als eine Schande für einen Kulturstaat betrachten müssen. (Sehr richtig!) Wir wissen auch, daß die Arbeiterbewegung, namentlich die Gewerkschaftsbewegung, durch die Bestimmungen des neuen Gesetzes schwer beeinträchtigt wird, und es kann in keinem Fall davon die Rede sein, daß dies Gesetz durch die geringen Verbesserungen, die es bringt, etwa gerechtfertigt werden könnte. Aber wir werden die Fortschritte, die das Vereinsgesetz bringt — nicht der schönen Augen des Proletariats willen sind sie gegeben —, für uns ausnützen. Wir werden uns nicht einreden, daß innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung auch nur ein einziges Gesetz ausschließlich zugunsten der Arbeiterklasse gemacht wird. (Sehr richtig!) Die Erleichterungen, die das Gesetz bringt, sind im Interesse der bürgerlichen Parteien erlassen worden. (Sehr richtig!) Weil die bürgerlichen Parteien ihre Frauenorganisationen haben, weil sie diese Frauenorganisationen für ihre politischen und wirtschaftlichen Zwecke ausnützen wollen, deshalb haben sie diese Verbesserungen geschaffen. Glücklicherweise ist die deutsche Sozialdemokratie schon so stark, daß nicht Gesetze gemacht werden können, die den bürgerlichen Frauen diese Erleichterungen geben, sie den proletarischen Frauen aber vorbehalten. Wir müssen nun diese Erleichterungen ausnützen, um die Ziele der Sozialdemokratie auch unter den Frauen nachdrücklich und kräftig zu propagieren. Daß Sie dazu entschlossen sind, dafür bürgt die Arbeit, die Sie bisher unter noch schwierigeren

Verhältnissen geleistet haben. Deshalb dürfen wir mit Stolz und Freude sagen, daß die Frauenbewegung in Deutschland immer tiefer in die Proletariatsmassen eindringen wird. Sie sind im Begriff, Ihre Organisation den neuen Verhältnissen anzupassen. Zu dieser Arbeit wünscht Ihnen der Parteivorstand volles Gedeihen und vollen Erfolg. Die Sozialdemokratie in Deutschland kann und muß jede Mitarbeit jedes Genossen und jeder Genossin aufs höchste schätzen, denn sie ist dieser Mitarbeit noch bedürftig. Wir haben in Deutschland noch viel zu tun, noch viel zu arbeiten, um selbst unter den bestehenden Gegebenheiten die Rechte der Arbeiter nach allen Richtungen hin zu wahren. (Sehr richtig!)

Was wir im Parteivorstand als das erfreulichste Moment in der Frauenbewegung ansehen, ist die prinzipielle Festigkeit, die gerade unter den organisierten Frauen herrscht und die deutlich zeigt, daß sie durchdrungen sind von der Ueberzeugung, daß das letzte Ziel, die Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft, die Hauptaufgabe Ihrer Organisation ist. (Lebhafter Beifall.) Was wir innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesellschaftsordnung den herrschenden Klassen abringen, sind nur Abschlagszahlungen, Zehrgelder auf dem weiteren Vormarsch zu unserem Endziel, zu der Befreiung des Proletariats aus dem Doppelschloß politischer Rechtlosigkeit und ökonomischer Unterdrückung. (Lebhafter Beifall.) Das ist das Ziel der Sozialdemokratie, zu dessen Erreichung wir praktisch arbeiten, das wir aber immer im Auge behalten müssen, wie es die Frauen getan haben. Ich habe die feste Zuversicht, daß Sie auch in der neuen Organisation, die Sie sich jetzt geben werden, den gleichen Eifer und die gleiche Freudigkeit zur Erreichung dieses Zieles an den Tag legen werden. Was innerhalb der bestehenden Verhältnisse an Vorteilen für das Proletariat erreicht wird, wird und soll nur benutzt werden, um unserm Endziel immer näher zu kommen, das unser Programm uns vorschreibt, die Befreiung des Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

In diesem Sinne begrüße ich Sie und wünsche Ihnen Arbeiten den allerbesten Erfolg. Ich habe die Hoffnung, daß Ihre Vorschläge sich in dem Rahmen halten werden, in dem der Parteitag sie zu sanktionieren in der Lage ist. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß in Ihnen allen die Meinung wach ist, daß die organisierten Frauen gemeinsam mit den politisch organisierten Männern für die Interessen der Arbeiterklasse zu arbeiten haben. (Stürmischer Beifall.)

Genossin Bettin: Ich glaube, im Sinn und Auftrag der Konferenz zu handeln, wenn ich den Genossen Singer bitte, den Parteivorstand und der gesamten Partei unseren herzlichsten Dank zu sagen für die Anteilnahme und Sympathie an unseren Arbeiten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich darf wohl die Versicherung hinzufügen, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung auch in Zukunft bleiben wird, was sie bis jetzt war: ein wertvolles Glied im allgemeinen Emanzipationskampf des Proletariats. (Beifall.) Wir haben danach zu trachten, ausgerüstet zu sein mit allen Rechten und Kenntnissen, mit aller Begeisterung, Opferfreudigkeit und Energie, um wie in der Vergangenheit, so in der Zukunft mit der Sozialdemokratie eins zu sein in dem Willen und in dem Handeln, diese verfallende und vermorrende Gesellschaftsordnung möglichst bald dem Ortus zu überliefern. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Müller-Berlin: Gestatten Sie mir auch einige Worte zu dem Referat der Genossin Biez. Ich kann mich kurz fassen, weil die Genossin Biez die gemeinsamen Vorschläge des Parteivorstandes und der Parteierinnen der Genossinnen Deutschlands ganz in unserem Sinne begründet hat, und weil auch in der Debatte wesentliche Einwände gegen diese Vereinbarungen nicht erhoben worden sind. Die Genossin Schlomer aus Lübeck meinte, daß dort, wo Genossinnen nicht vorhanden seien, die in den Vorstand delegiert

werden könnten, ein männliches Mitglied beauftragt werden sollte, sich speziell mit der Frauenagitation zu beschäftigen. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, eine derartige Bestimmung in die Vereinbarung aufzunehmen. (Sehr richtig!) Hier handelt es sich nur darum, den Grundsatz festzulegen, daß dort, wo es irgend angeht, eine Frau im Vorstande sein soll. In den anderen Fällen ist es selbstverständlich, daß nicht nur ein Genosse, sondern der ganze Vorstand die Frauenagitation betreibt und dafür sorgt, daß er sobald als möglich durch ein weibliches Mitglied vervollständigt wird. —

Nun möchte ich noch eingehen auf die beiden Punkte, die in den Vereinbarungen nicht erwähnt sind. Ich kann hier nur für meine Person sprechen, weil der Vorstand zu diesen Vorschlägen noch keine Stellung genommen hat. Daß auch in Zukunft Frauenkonferenzen stattfinden, halte ich für ganz selbstverständlich. Es wäre ganz unverständlich, wenn man den Parteitag, der an und für sich meist eine überreiche Tagesordnung hat, noch mit all den Fragen belasten wollte, die die spezielle Frauenagitation betreffen. Wir haben bereits Sekretärkonferenzen und Reaktorenkonferenzen gehabt, und es ist selbstverständlich, daß mindestens ebenso wichtig, wenn nicht noch viel wichtiger, die Frauenkonferenzen sind. (Bravo!) Natürlich können diese Frauenkonferenzen dann nicht irgendwie bindende Beschlüsse für die weiblichen Vertrauenspersonen fassen, die ja als solche nicht mehr vorhanden sind, sondern es kann sich nur darum handeln, auf diesen Konferenzen zu debattieren und den Parteitag respektive dem Parteivorstand Vorschläge zu machen. (Sehr richtig!) Weiter ist gestern davon gesprochen worden, daß es notwendig sein werde, nicht nur eine Genossin, sondern zwei mit gleichen Rechten in dem Zentralbureau zu haben, und es ist dafür pläbiert worden, daß diese beiden Genossinnen dem Parteivorstande angegliedert werden sollen. Die Genossin Waader hat ja heute bereits erklärt, daß es unter Umständen auch genüge, wenn nur eine von den beiden Genossinnen in den Parteivorstand gewählt werde. Ich weiß ja nicht, wie der Parteitag über diese Frage entscheiden wird. Manche Gründe, die dafür geltend gemacht worden sind, lassen sich gewiß hören, aber ich weiß auch, daß selbst unter den Frauen eine Strömung vorhanden ist, welche diese Gründe nicht gelten lassen will. Der Grund der Genossin Waader, die auf die vermehrte Verantwortlichkeit hinweist, scheint mir nicht stichhaltig. Der gesamte Parteivorstand wird diese Verantwortlichkeit für die Frauenagitation in Zukunft mitzutragen haben. Jedenfalls müssen wir damit rechnen, daß vielleicht die Majorität des Parteitages sich auf den Standpunkt der Vereinbarungen stellt und sich dahin entscheidet, den Parteivorstand nur um ein weibliches Mitglied zu vermehren. Daher muß meiner Meinung nach auch hier für diesen Eventualfall Vorsorge getroffen werden. Ich weiß nicht, ob es gut war, die sachliche Frage mit der Personenfrage zu verquicken. (Sehr richtig!) Auf Parteitagen war das bisher nicht üblich. Nachdem es hier einmal geschehen ist, halte ich es für meine Pflicht, auch dazu Stellung zu nehmen, weil sonst der ganz unbegründete Verdacht erweckt werden könnte, daß der Parteivorstand gegen eine der vorgeschlagenen Genossinnen irgend etwas hätte. Es sind bisher nur die Genossinnen Waader und Biez vorgeschlagen. Beide Genossinnen sind uns auf Grund unseres Zusammenarbeitens gleich ans Herz gewachsen. Wir haben mit der Genossin Waader die ganzen Jahre hindurch stetige Fühlung gehabt, und wir wissen die Kräfte, die sie besonders für die Frauenbewegung aufgewandt hat, zu schätzen. Es könnte uns also nur angenehm sein, wenn sie dem Parteivorstand angegliedert werden sollte. Ebenso lieb ist uns selbstverständlich die Genossin Biez, für die ja insbesondere geltend gemacht worden ist, daß sie eine reiche Erfahrung auf dem Gebiete der Agitation

hat. Sie wissen ja alle, daß die Genossin Zieg durch ihre vielen Agitationsreisen im Interesse der Partei, man kann wohl sagen, in ganz Deutschland bekannt ist. Ich weiß nicht, ob es viele Männer gibt, die so mit den Parteiverhältnissen an den einzelnen Orten vertraut sind wie die Genossin Zieg. dem ist die Genossin Zieg auch theoretisch durchgebildet, es sind also bei ihr all die Voraussetzungen für die Bekleidung eines derartigen Postens vorhanden. Wenn also der Parteitag beschließen sollte, daß die Genossin Zieg in den Parteivorstand eintritt, so wäre auch das uns nur recht, wir würden sie gewiß alle mit offenen Armen empfangen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Feuer-Hamburg: Der zweite Kreis Hamburg steht auf dem Standpunkt, daß die Frauen gemeinsam mit den Männern zu organisieren sind. Ich halte es aber für notwendig, daß wir doch innerhalb der Partei für die Frauen noch besondere Bildungsbestrebungen veranstalten müssen.

Im einzelnen ist die Art der Verbreitung von Bildungsorganisationen Sache der Lokalorganisation. In Hamburg ist man uns bei den Genossen durchaus nicht gegenwärtig gesinnt.

Genosse v. Elm: Ich habe zum Organisationsentwurf den Antrag gestellt, die beiden Schlusssätze von Punkt 1, Punkt 2 ganz, und Punkt 6 bis auf den Schlusssatz zu streichen. Er wird Ihre Zustimmung nicht finden, darüber bin ich mir klar. Vielleicht sehen einige Genossinnen einen verkappten Weiberfeind in mir, der die Frauenbewegung nicht hochkommen lassen will. Ich komme aus einem Wahlkreis, in dem die Frauen wahrscheinlich am allerbesten organisiert sind, dem sechsten schleswig-holsteinischen: 7481 männliche, 1287 weibliche organisierte Parteigenossen, in einem rein ländlichen Wahlkreise; aber das ist nur erreicht durch die gemeinsame Arbeit von männlichen und weiblichen Genossen. Wir haben ja auch im Wahlkreise den einen oder anderen „männlichen Esel“, rückständige Genossen, die noch auf einem urkomischen Standpunkt in bezug auf die Frauen stehen; die werden wahrscheinlich aussterben müssen. (Heiterkeit.) Aber der ganze Organisationsentwurf geht von dem Grundgedanken aus, daß die Mehrzahl der Männer Esel sind; das ist ein nach den Erfahrungen durchaus nicht berechtigtes Mißtrauen. Solange die Frauen sonderorganisiert sind, wird ein Teil der Männer die Verantwortung den Frauen überlassen. Auch ich könnte Zeugen vorführen, die mir gesagt haben: wir wollen sie gar nicht haben, die Weiber, mögen sie unter sich bleiben, viel besser! Was ich will, ist, daß die Männer die volle Verantwortung auch für die Entwicklung der Frauenbewegung fühlen.

Sie wollen die Entscheidung über das Fortbestehen der Frauenbildungsvereine den Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte überlassen. Wozu wollen Sie das noch besonders bestimmen? Wo die Genossen und Genossinnen uneins sind, haben die Genossen die Mehrheit. Die Genossin Zieg sagt ja, die Frauenbewegung muß in der Gesamtbewegung des Proletariats aufgehen; nun, dann soll man jetzt, wo die Möglichkeit besteht, nach dem neuen Vereinsgesetz die Frauen der Partei anzugliedern, das auch konsequent durchzuführen und nicht Hintertüren aufmachen. Sie als Sektionen der Partei anzugliedern, wie Haberland empfiehlt, ist ganz undurchführbar. Was würde das für einen Wirrwarr geben. Es sollen abendliche Veranstaltungen eingerichtet werden, wiederum eine Vorwärts! Die Männer sollen mit den Frauen gemeinsame Veranstaltungen besuchen, sie sollen die Frauen aufklären, unsere Frauenbewegung würde ja viel weiter sein, wenn unsere Männer nicht so maukfaul wären (lebhafteste Zustimmung), wenn sie die Frauen unterrichten würden, statt zu sagen: Was geht denn die das an, ich tue ja meine Schuldigkeit. Wir in unserem Wahlkreis haben es für die moralische Pflicht der Männer erklärt, dafür zu sorgen, daß ihre Frauen Parteimitglieder werden. Das mindestens

eine Genossin im Vorstand sein soll, wird nicht immer durchführbar und auch nicht immer zu empfehlen sein. Sie gehen hier immer von dem Gedanken aus, die Förderung der Frauenbewegung beruhe nur die Frau. Gewiß können unter Umständen besondere Frauenversammlungen notwendig sein, aber man soll das nicht vorschreiben. Gewiß wird wahrscheinlich die Beibehaltung von Frauenkonferenzen notwendig sein, aber man überlasse doch die Entscheidung dem Parteivorstand, in dem Sie ja auch vertreten sein werden. Dann verlangen Sie mindestens zwei Vertreter im Vorstand. Man hat wahrhaftig den Eindruck, als wenn Sie der Meinung sind, die Frauenbewegung habe doch eigentlich über der Gesamtbewegung zu stehen. Sogar eine bestimmte Person verlangt man! Frau Zieg im Vorstand würde ihre Agitation ganz erheblich einschränken müssen, oder es würde ein Vorstand auf Reisen sein. Zum mindesten freizeiten Sie den Punkt über die Delegationen zum Parteitag. Sie motivieren das damit, die Frauen können dort etwas lernen, haben also den Standpunkt, daß unsere Parteitage Schulen sind. Nun gerade in der letzten Zeit hat man doch immer betont, die Parteitage sollen der Ausdruck des Gesamtwillens der Partei sein, urteilsfähige Leute müssen wir hinschicken! Aber ich meine, die Frauen sind in vielen Fällen nicht urteilsfähig genug. Man muß auch mit den Verhältnissen der Wahlkreise rechnen. Wir senden beispielsweise nicht immer drei Delegierte auf den Parteitag, weil wir unser Geld notwendig für die Agitation brauchen. Auch wenn es nicht festgelegt ist, können Sie dahin wirken, daß eine Frau gewählt wird. Sie brauchen sich nur vorher zu verständigen, für wen Sie stimmen wollen. Aber um das Mandat reihen sich fünf oder sechs Frauen, und da ist es selbstverständlich, daß keine gewählt wird. (Zuruf: Die Männer tun es auch!) Nun gerade dann sollten Sie sich erst recht nicht zerplittern, dann setzen Sie die Frau durch. Lassen Sie also die Vorwärtigen, heben Sie den Zwang auf und anerkennen Sie, daß auch wir Männer ein Urteil über die Frauenbewegung haben, daß wir bereit sind, mitzuwirken und allen möglichen Gründen Gehör schenken.

Genossin Wengels: Was den Berliner Antrag anlangt, so liegt die Sache so, daß wir die kleinen Frauenbildungsvereine in den Vororten von Berlin sämtlich schließen wollen. Wir wünschen nur, daß der große Berliner Frauen- und Mädchenbildungsverein so lange bestehen bleibt, bis ein anderes Institut von den Wahlkreisen geschaffen ist, das seine Arbeit dann übernimmt. Wenn sich Genosse v. Elm gegen den zweiten Passus wendet, weil darin ein Zwang für die Bildung von besonderen Frauensammlungen ausgesprochen werde, so könnte die Fassung dieses Passus dadurch gemildert werden, daß man statt „sind zu bilden“, „können gebildet werden“ sagt. (Sehr richtig!) Ich bin ja auch der Meinung, daß die Männer ebenso der theoretischen Schulung bedürfen wie die Frauen (Sehr wahr!); die Diskussionsabende sollen auch nicht für die Frauen geschaffen werden, die Männer sollen zugelassen werden, aber in den meisten Fällen wird doch immer nur der Mann oder die Frau hingehen können, weil nicht beide zugleich von Hause abkömmlich sind. Ueber die Wahl von Frauen in den Vorstand werden sich schon die männlichen und weiblichen Genossen in den einzelnen Orten verständigen, wenn von beiden Seiten vernünftige Leute zusammenkommen. Genossin Greifenberg brauchte sich gar nicht so zu ereifern, wenn da mal ein scharfes Wort gegen die Frauen gefallen ist. Solche Ausführungen gehören nicht auf die Frauenkonferenz. Wenn wir alles erzählen würden, was uns in Berlin gesagt wurde, so würden sie staunen. (Heiterkeit.) Darüber geht man zur Tagesordnung über. Natürlich dürfen wir keine Frauen in den Vorstand bringen, die nichts verstehen, sondern wir dürfen nur die Tüchtigsten und Besten vorschlagen. (Sehr richtig!) Für die

Streichung des Passus 6 im ersten Absatz bin ich auch. Wir wollen nicht so rückständig sein, etwas zu beantragen, was nicht mehr zu halten ist. Diese Bestimmung ist nicht mehr haltbar, weil nach dem Anschluß der Frauen an die Wahlvereine gar keine Geldmittel mehr vorhanden sind, damit die Frauen besondere Delegierte schicken können. Auch hierüber müssen wir uns mit den Männern verständigen können. Für ganz unmöglich halte ich den Vorschlag des Genossen Haberland, die Frauenbildungsvereine als Filialen den Wahlvereinen anzuschließen. Wir wollen gleiches Recht und haben daher auch die gleiche Pflicht, als Einzelmitglieder der Wahlvereinen anzugehören. Dagegen, daß zwei Frauen in den Parteivorstand kommen, werden wir gewiß nichts haben. Aber ich möchte wünschen, daß in Zukunft die Frauen insofern von den Männern lernen, als in solchen Fällen, wie es auf den Parteitagen üblich ist, erst der sachliche Vorschlag beraten und über die Personenfrage nachher diskutiert wird. (Sehr richtig!)

Genossin Reite-Dremerhaven: Die Frauendiskussionsabende sollten gewiß möglichst überall eingerichtet werden, aber vielfach wird es uns an den nötigen Kräften zur Leitung solcher Abende fehlen. Die in der Agitation tätigen Genossinnen sind schon heute außerordentlich in Anspruch genommen. Das Wichtigste ist, daß die allgemeinen Parteiveranstaltungen besser von den Frauen besucht werden. Dort erhalten sie die nötige praktische und theoretische Schulung. Bisher sind die Unterrichtskurse von 638 Genossen und nur 12 Genossinnen und die Vortragskurse von 324 Genossen und 127 Genossinnen besucht worden. Also die Teilnahme der Frauen an den allgemeinen Parteiveranstaltungen muß eine bessere werden! (Bravo!)

Genossin Grünberg-Nürnberg: Es ist in der Debatte behauptet worden, die Dienstbotenorganisationen ständen unter sozialdemokratischer Leitung. Ich lege Wert darauf, zu betonen, daß das nicht der Fall ist, die Dienstbotenvereine arbeiten im rein gewerkschaftlichen Sinne. Weiter ist der bayerische Parteitag angegriffen worden, weil er sich dagegen ausgesprochen haben soll, daß weibliche Vorstandsmitglieder in die Verwaltungen gewählt werden. Auch das ist nicht ganz richtig. Man hat sich nur dagegen gewandt, daß in dem Vorschlag steht, es müsse unbedingt ein weibliches Vorstandsmitglied gewählt werden. Man war der Meinung, daß es Orte gibt, wo eventuell sich keine Frau findet, die fähig ist, einen solchen Posten einzunehmen. Wir arbeiten in München und Nürnberg mit den Parteigenossen sehr harmonisch zusammen, und ich möchte nicht, daß es in die Welt hinausgeht, daß ganz Bayern gegen die Frauenorganisation ist. In den 103 Bezirken in Nürnberg sollen den Vertrauensmännern Frauen zur Seite gegeben werden, die die Agitationsarbeit mit zu betreiben haben. Die Leseabende, die wir bisher für die Frauen gehabt haben, sollen weiterbestehen. Was die Frauenbildungsvereine anbelangt, so bin ich auch dafür, daß dort, wo große derartige Vereine seit längerer Zeit bestehen, sie nicht ohne weiteres aufgelöst werden. Natürlich enthebt die Mitgliedschaft im Frauenbildungsverein keine Genossin der Pflicht, Mitglied des Wahlvereins zu sein. (Sehr richtig!) Daß wir zwei weibliche Mitglieder im Parteivorstand bekommen, halte ich für durchaus angemessen. Die Frauenkonferenzen werden hoffentlich bestehen bleiben.

Genossin Köhler-Düsseldorf: Wir im niederrheinischen Agitationsbezirk haben bereits seit einem Jahre die Angliederung der Frauenagitation an die Gesamtbewegung durchgeführt und großartig mit dem Agitationskomitee zusammengearbeitet, deshalb erfüllt mich der Organisationsentwurf mit großer Freude. In der Theorie ist der Standpunkt Elms wunderschön; wäre er verbreitet (Große Heiterkeit) und hätte das Haus voll Kinder, dann würde er anders darüber denken. Ueber Gegnerschaft der Männer haben wir in unserem

Agitationsbezirk nicht den geringsten Grund zu klagen. (Zuruf: Na also!) Was die Frauenbildungsvereine anbelangt, so sollte man den Mittelweg finden, daß die gutgeleiteten bis zur nächsten Frauenkonferenz sich überlegen und entscheiden sollen, ob sie fortbestehen bleiben oder nicht. Was die zwei Frauen im Vorstand anlangt, so kann uns die Erklärung des Genossen Müller durchaus genügen. Hoffentlich wird der Parteitag mit wohlwollenden Genossen beschied sein, die sich unserer Sache annehmen. (Weisfall.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Referentin Genossin Zieg (Schlußwort): Es ist ein Irrtum der Genossin Grünberg, daß ich gestern davon gesprochen hätte, unsere Dienstbotenvereine ständen unter politischer Leitung und hätten politischen Charakter. Ich habe gesagt, aus unseren Diskussionsabenden heraus seien die Personen gekommen, die die Agitation für die Dienstboten in die Wege geleitet und auch die Verwaltung übernommen haben. Und so wird es auch überall sein. (Sehr richtig!) Wenn das heißen sollte, unsere Dienstbotenbewegung hat einen politischen Charakter, dann müßte das auch für die ganze Gewerkschaftsbewegung gelten. Denn an ihrer Spitze stehen überzeugte Sozialdemokraten, und ich wünschte nichts sehnlicher, als daß auch alle Mitglieder das wären. (Sehr gut!)

Es hat ja nur Genosse v. Elm Widerspruch gegen die Vorschläge erhoben. Ich weiß nicht, wie er zu der Anschauung kommt, der Grundgedanke des Organisationsentwurfs sei, daß alle Männer Esel seien. Wir wollen Arbeits- teilung, und frühere Geminnisse beseitigen, das ist der Grundgedanke. Die Vertreter des Parteivorstandes hatten ja am Entwurf mitgearbeitet; da müssen sie sich ja auch für Esel gehalten haben. (Sehr gut!) Darin stimme ich Elm aber vollkommen zu, daß die Genossen die Pflicht haben, ihre Frauen der Partei zuzuführen. Ich werde sogar nachher einen Antrag dahin einbringen und hoffe, daß der Parteitag ihm zustimmen wird, daß jeder Parteigenosse verpflichtet ist, seine weiblichen Angehörigen der Parteiorganisation zuzuführen, gerade so, wie das der Gewerkschaftskongreß für die Gewerkschaften beschlossen hat. Aber zwischen Pflichtgebot und Ausführung ist ein himmelweiter Unterschied, das hat sich gerade bei den Gewerkschaften gezeigt; auf dem Hamburger Kongreß haben gerade die speziellen Verfassungen Elms bittere Klage geführt. Die politische Organisation der Frauen gibt noch ein viel größeres Rekrutierungsgebiet, als die Gewerkschaften, bei denen doch nur die erwerbstätigen Frauen in Betracht kommen. Genosse Elm, wir wollen uns einmal nach ein paar Jahren wieder sprechen. Haben wir denn die Macht, die Genossen zu zwingen? Wir können nur eine moralische Verpflichtung aussprechen, aber das enthebt uns nicht der Verpflichtung, daneben auch eine besondere Frauenagitation einzurichten. Bei den großen wirtschaftlichen Kämpfen rufen wir ja die Frauen, da müssen wir sie vorher schulen, um sie im gegebenen Moment als überzeugte Genossinnen auf dem Plan zu haben. (Weisfall.) Wir müssen die Möglichkeiten benutzen, die sich uns jetzt neu erschlossen haben, auf allen Gebieten zu organisieren. Früher konnten wir in vielen Bundesstaaten über öffentliche Angelegenheiten nicht reden. Ist es mir doch in Braunschweig passiert, daß ich, um die angemeldete Versammlung nicht auseinandergehen zu lassen, einen Vortrag über die Raubfärbung im Herbst hielt und das, was ich sagen wollte, dann in das gefärbte Raub einwickelte. (Große Heiterkeit.) Aber kam man wieder, dann war auch die Polizei feindlicher geworden. (Heiterkeit.) Ja, sagte Genosse Elm, bei den Zusammenkünften könnte Kritik geübt werden. Du liebe Zeit, wir sind doch Kämpfer, da können wir auch unter uns einmal kämpfen. Ich bin gar nicht so empfindlich über den Ton, oder über jedes Wort, das sind Kinderkrankheiten, die werden auch über-

wunden werden. Aber wenn wir die Genossinnen immer abhalten, sich zu üben und über ihre Angelegenheiten zu diskutieren, dann werden sie diese Kinderkrankheiten nie überwinden. (Sehr richtig!) Und wenn Elm meint, es werden persönliche Sachen vorgebracht werden und Privatangelegenheiten — ach, das haben die Männer ja auch oft genug gemacht. (Heiterkeit und Zustimmung.) Genosse Elm weiß aus eigener Erfahrung aus der letzten Zeit, daß Genossen, die an der Spitze der Bewegung stehen und sogar Reichstagsabgeordnete gewesen sind, solche persönliche Zänkereien machen. (Sehr gut!) Die Genossin Reiche hat es gut sagen, die Frauen sollen in die allgemeinen Abende gehen. Sie ist nicht erwerbstätig, und sie hat keine Kinder. Aber deswegen den anderen, die in anderen wirtschaftlichen und familiären Verhältnissen sind, die Möglichkeit eigener Veranstaltungen zu nehmen, das ist Egoismus, und der darf in unserer Partei nicht Platz greifen. (Sehr richtig!)

Was den Passus über die Bildungsvereine anlangt, der übrigens kein Wort von der Neugründung von solchen Vereinen enthält, so handelt es sich, soviel ich weiß, überhaupt nur um den Berliner Frauen- und Mädchenbildungsverein. Ueber das Schicksal dieses Vereins werden sich die Berliner Genossen und Genossinnen schon verständigen, der Passus könnte also schließlich wegfallen. Zur Frage der Delegation kam ich Ihnen keinen positiven Vorschlag machen, ich habe aber nichts dagegen, wenn die Bestimmungen über die Delegation aus dem Entwurf gestrichen werden und den Genossen an den einzelnen Orten empfohlen wird, nach Möglichkeit bei der Delegation auch die Genossinnen zu berücksichtigen. — Sie werden es mir nachempfinden, daß ich zu der Frage, ob in dem Bureau und im Parteivorstand zwei vollwertige Genossinnen sitzen sollen, nachdem mein Name genannt ist, kein Wort sage. — Wir haben alle Ursache, mit ganzer Kraft, Männer und Frauen, für die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu wirken, und der Parteitag hat alle Ursache, nicht Beschlüsse zu fassen, die in ihrer Konsequenz zu Fesseln werden würden für die Frauenbewegung.

Es müssen alle Quellen erschlossen werden, die der Aufklärung der Frauen dienen können. Werden die Beschlüsse in diesem Sinne gefaßt, dann haben wir nachher dahin zu wirken, daß sie auch in diesem Sinne ausgeführt werden, zum Nutzen der Frauen, der Ausgebildeten und Entrechteten, die vom Bildungshunger erfüllt sind, zu Ruß und Frommen der gesamten Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die Abstimmung.

Ueber die Änderungsanträge von Elm wird getrennt abgestimmt. Der erste Vorschlag, die beiden Schlüssätze im § 1 des Organisationsentwurfs zu streichen, wird mit 33 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Der zweite Antrag, Ziffer 2 des Organisationsentwurfs zu streichen, wird gegen 4 Stimmen abgelehnt. Ebenso wird der letzte Vorschlag, Ziffer 6 im Organisationsentwurf zu streichen, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dagegen wird der Antrag Waaber, daß, falls der Parteitag es sanktioniert, daß das Frauenbureau weiterbesteht, zwei Genossinnen mit gleichen Rechten darin tätig sein sollen, mit großer Majorität (gegen 6 Stimmen) angenommen.

Die Vorsitzende, Frau Zeitlin, bemerkt ausdrücklich, daß die Konferenz mit diesem Beschluß nur ein Gutachten abgibt und daß die letzte Entscheidung dem Parteitag zusteht. Der im Organisationsentwurf enthaltene Vorschlag der Vertretung der Frauen im Parteivorstand wird dadurch nicht berührt.

Der Organisationsentwurf wird dann in der Gesamtabstimmung gegen drei Stimmen en bloc angenommen.

Gleichfalls angenommen wird die Resolution der Berliner Genossinnen auf Bestehenbleiben des Frauenbildungsvereins.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Persönlich erklärt die Genossin Greifenberg auf die Bemerkung der Genossin Grünberg, es läge nur an ihr, wenn die Augsburg Genossen so gegen die Frauenbewegung seien. Wie meine Arbeit in Augsburg eingeschätzt wird, geht daraus hervor, daß ich von diesem Wahlkreis nicht nur ein Mandat für die Frauenkonferenz, sondern auch für den Parteitag erhalten habe. (Bravo!) Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Sozialistische Erziehung im Hause.

Referentin Genossin Duacker-Stuttgart: Genossinnen und Genossen! Durch die Referate, die Genosse Schulz und Genossin Zeitlin vor zwei Jahren in Mannheim gehalten haben, sind meiner heutigen Aufgabe von vornherein gewisse Grenzen gezogen. Diese Abgrenzung ist ja einezeitlich schon durch das Thema gegeben, das mir speziell die häusliche Erziehung zuweist, während Genosse Schulz hauptsächlich die Schulerziehung und Genossin Zeitlin neben der Familienerziehung auch die Volkserziehung zu behandeln hatte. Aber auch aus meinem engeren Thema will ich eine Reihe Fragen ausschalten, die zwar genau genommen dazu gehören, die jedoch Genossin Zeitlin bereits erschöpfend beantwortet hat. Zunächst die Frage, ob die Familie bei der Umformung, die sie durch die Wandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse erlitten hat und weiter erleiden wird, überhaupt noch als wichtiger Erziehungsfaktor betrachtet werden kann. Diese Frage bejahe auch ich unbedingt. — Auch eine zweite Frage, wie weit die Proletarierfamilie unter den obwaltenden sozialen Verhältnissen, lange Arbeitszeit der Eltern, Wohnungsmisere usw., den Anforderungen, die eine Kindererziehung in unserem Sinne stellt, gerecht werden kann, lasse ich hier unerörtert, so wichtig sie auch ist. Wir scheitern doch auch sonst nicht davor zurück, zu sagen, was sein sollte, auch wenn wir sehr gut wissen, daß es nicht gleich so werden kann. Ist doch die Bekämpfung der „verdammten Bedürfnislosigkeit“ — nicht nur den nackten Naturbedürfnissen, sondern auch den Kulturbedürfnissen gegenüber — eine unserer Hauptaufgaben. Der Nachweis, daß wir Sozialisten unseren Kindern mehr schuldig sind, als sie ordentlich zu nähren und zu kleiden, sie in die Schule zu schicken und sie schließlich irgendeinen Beruf erlernen zu lassen; dieser Nachweis soll ein Stadium mehr sein, der auch den relativ besser gelohnten und dauernder beschäftigten Arbeiter davor bewahrt, sich im Gegenwartsstaat allzu heimisch zu fühlen. — Außer diesen beiden Grundfragen will ich aber auch die Behandlung einiger Einzelfragen — so die Aufgabe der geschlechtlichen Aufklärung sowie der Auswahl geeigneter Lektüre — aus meinen Betrachtungen ausschalten, einmal um nicht bereits ausführlich Erörtertes zu wiederholen, ferner um Zeit zu gewinnen für anderes. Denn das Gebiet der häuslichen Erziehung ist so außerordentlich groß, daß es ohnehin in einem Referat nicht möglich ist, es erschöpfend zu behandeln.

Was heißt Erziehung? Rein schulmäßig und formal lautet die Antwort: Erziehung ist die planmäßige Einwirkung Erwachsener auf die Entwicklung Heranwachsender. Ehe wir auf Art und Ziel dieser Einwirkung näher eingehen, wollen wir uns erst eine andere Frage vorlegen: Was kann

eigentlich die Erziehung, wie weit geht der Bereich ihrer Wirksamkeit? Ist das neugeborene Menschenkind weicher Ton, dem man jede beliebige Gestalt geben kann? Eine unbeschriebene Tafel, auf die die Erziehung schreiben kann, was sie will? Jeder Vater, jede Mutter, jeder Lehrer weiß genau, daß dem nicht so ist. Alles was ein Mensch in letzter Linie im Guten wie im Schleimten werden kann, ist schon bei der Geburt im Keime vorhanden. Die Erziehung und später das Leben können die angeborenen Anlagen und Kräfte nur hemmen und fördern, lenken und modifizieren, nicht aber schaffen oder böslich ausröten. Wie die Kinder körperlich meist ihren Eltern, zuweilen auch weiter zurückliegenden Vorfahren ähneln — im Schnitt des Gesichts, in der Farbe der Augen und Haare, im Gang, im Ton der Stimme usw., so vererben sich auch geistige Anlagen, Verstand, Temperament, künstlerische Begabung usw. Keine Erziehung der Welt ist imstande, aus einem phantastisch beanlagten Kind einen scharfen Verstand, aus einem phlegmatischen oder sanguinischen einen starken Charakter, aus einem unmusikalischen ein musikalisches Talent zu machen. Wohl aber können bescheidene Anlagen durch eine sorgfältige Erziehung wesentlich gesteigert werden, ausgezeichnet dagegen durch Mangel an Erziehung und sonstige ungünstige Verhältnisse unentwickelt bleiben. Kurz: „Erziehung“ — sagt Lessing — „gibt dem Menschen nichts, was er nicht aus sich selbst holen könnte; sie gibt ihm das, was er aus sich selbst holen könnte, nur geschwinde und leichter.“

An der Veranlagung, die unsere Kinder mit zur Welt bringen, findet also die Erziehung gewisse Grenzen. Aber haben wir nicht vielleicht die Tatsachen der Vererbung selbst mehr oder weniger in unserer Hand? Das könnte natürlich nur der Fall sein, soweit wir selbst, d. h. die Eltern, die Träger der Vererbung sind. Es kommt jedoch häufig vor, daß körperliche oder geistige Eigenschaften entfernter Vorfahren in unseren Kindern ihre Auferstehung feiern. Aber auch soweit unsere eigenen körperlichen oder geistigen Anlagen sich in unseren Kindern wiederholen, ist es zweifelhaft, wie weit eine Einwirkung unsererseits möglich ist. Die Frage, ob während des Lebens erworbene Eigenschaften, d. h. in unserem Falle, Eigenschaften, die wir uns durch Selbsterziehung anzueignen, vererbt werden können, ist zurzeit immer noch nicht geklärt. Nur eins ist in dieser Hinsicht bis jetzt wissenschaftlich festgestellt, nämlich daß gewisse körperliche und geistige Entartungserscheinungen, die durch geschlechtliche Ausschweifungen oder durch Alkoholgenuß von beiden Eltern oder auch nur einem von beiden erworben worden sind, sowie ferner die körperliche und geistige Verfassung der Eltern im Augenblick der Zeugung, sowie der Mutter in der Zeit der Schwangerschaft von sehr verhängnisvollen Folgen für die Nachkommenschaft werden können. Die Kenntnis dieser Tatsachen legt uns Pflichten auf, Pflichten, die um so zwingender werden, je mehr wir sozialistische Weltanschauung und sozialistische Ethik uns zu eigen gemacht haben. Wir wissen, die Gesellschaft steht über dem einzelnen, und auch die Erzeugung von Kindern ist nicht mehr absolute Privatangelegenheit der Eltern, sondern diese sind der Gesellschaft für die Qualität ihrer Nachkommen verantwortlich, wie sie auch ihren Kindern verantwortlich sind für die Qualität des Lebens, das sie ihnen schenken. Und so gibt es vor den Gesetzen einer feineren Moral auch Verbrechen gegen das künftige Leben, die nicht im Strafgesetzbuch verzeichnet sind.

Auf die Gefahren der Geschlechtskrankheiten der Eltern für die Kinder einzugehen, ist hier nicht der Ort. Nur so viel will ich sagen,

daß neben einem hohen Prozentsatz von Tot- und Fehlgeburten auch sehr häufig allgemeine Körperschwäche, Augen-, Knochen- und Nervenkrankungen, Rückenmarks- und Gehirnerkrankungen, sowie die Blindheit fast sämtlicher sogenannter Blindgeborener auf Konto geschlechtlicher Erkrankungen der Eltern zu setzen sind.

Etwas länger muß ich bei den Gefahren verweilen, die der Alkohol auf das werdende Geschlecht hat. Kinder von Trinkern werden außerordentlich häufig Epileptiker, Schwachköpfige und Idioten, ja die amerikanische Statistik, die Ribot in seinem Werke über die Vererbung zitiert, hat nachgewiesen, daß sich bei Nachkommen von Alkoholikern die Neigung zu Vergehen und Verbrechen zehnmal häufiger findet, als bei anderen Menschen. — Und nicht nur übermäßiger und gewohnheitsmäßiger Alkoholgenuß hat so unheilvolle Folgen. Auch die in einmaligem Raufschuß gezeugten Kinder werden oft Epileptiker und Schwachköpfige. Bezgola rechnete für die 9000 Idioten, die bei der Schweizer Volkszählung im Dezember 1900 festgestellt worden waren, die Zeit ihrer Zeugung aus. Er fand dabei zwei Zeugungshöhepunkte heraus, zur Fastnacht und zur Weilesezeit, Perioden, die dagegen für die Gesamtbevölkerung die niedrigsten Zeugungszahlen aufweisen. Ein einbringlicher Beweis für die Gefährdung der sogenannten Raufschinder. — Auch häufiger Alkoholgenuß der Mutter während der Schwangerschaft kann für die körperliche und geistige Gesundheit des Kindes schwere Folgen nach sich ziehen.

Wenn so das alte Wort von den Sünden der Väter, die an den Kindern heimgesucht werden, von der modernen Wissenschaft einstimmig bestätigt findet, so scheint mir die erste Forderung, die eine soziale Moral an die Eltern zu stellen hat, die zu sein, alles zu meiden, was die psychische und physische Gesundheit des werdenden Geschlechts von vornherein in Frage stellen kann. Und es ist daher notwendig, allen denen, die Eltern sind oder es werden wollen, in dieser Hinsicht das Gewissen zu schärfen.

Die vererbten Anlagen und Kräfte sind es aber nicht allein, die der Wirksamkeit der Erziehung gewisse Schranken setzen. Die häusliche Erziehung, der Familienkreis, bildet ja nur einen Teil der Einwirkungssphäre, des sogenannten Milieus, in dem das junge Menschenkind sich entwickelt und von dem es beeinflusst wird. Der Verkehr mit Nachbarkindern und Schulkameraden, Eindrücke, die in anderen Familien, auf dem Hofe, auf der Straße, in der Schule auf das Kind einwirken, entziehen sich meist dem Einfluß, ja selbst oft der Kenntnis der Eltern.

Die Erziehung ist also nicht der einzige, wenn auch ein sehr wichtiger Entwicklungsfaktor im Leben unserer Kinder. Ich betone das, nicht um etwa zu entmutigen, sondern vielmehr, um darauf aufmerksam zu machen, daß wir bei der Erziehung mit dem Angeborenen rechnen müssen, daß wir deshalb unsere Kinder studieren und beobachten müssen, um ihrer Eigenart gerecht werden zu können. (Sehr richtig!)

Wenn die Erziehung wirklich eine planmäßige Beeinflussung unserer Kinder sein soll und nicht ein planloses Durcheinander von Verhaltensmaßregeln, Ermahnungen und Strafen, dann muß sie sich ein bestimmtes Ziel setzen. Dieses Ziel wird sie der Ethik oder Sittenlehre entlehnen. Nun wissen wir aber, daß die Ethik nichts absolut Feststehendes, ewig Unveränderliches ist. Und sie wandelt sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen. Es gibt keine allgemeine menschliche Moral, es gibt nur Klassenmoral, und zwar ist die jeweils geltende Moral frei

die der jeweils herrschenden Klasse. Wie das aufstrebende Bürgertum in der zwanglosen Betätigung des Individuums, in dem freien Spiel der Kräfte sein wirtschaftliches Ideal sah, so war auch das Ziel, das die besten Geister dieses aufstrebenden Bürgertums der Jugendberziehung steckten, ein rein individualistisches. Ob sie nun wie Herder und Lessing die „Humanität“, wie Pestalozzi die „harmonische Entwicklung der menschlichen Anlagen und Kräfte“, wie Jean Paul „das Freimachen des Idealmenschen“ oder wie Herbart „die sittlichen Charaktere“ zum Ziel der Erziehung erhoben.

Das aufstrebende Proletariat hat andere sittliche Ideale als das Bürgertum. Ihm steht die Gesamtheit über dem Individuum; es sieht sein Ziel im gemeinsamen Emporkommen aller; die Forderungen seiner Klassenmoral lauten: soziales Empfinden, gegenseitige Hilfe, Solidarität! Gewiß müssen auch wir eine möglichst hohe Entwicklung aller individuellen Anlagen und Kräfte erstreben, aber nicht um des Individuums, sondern um der Gesamtheit willen. Wir fragen: Was für Menschen braucht unser Kampf? Was für Menschen braucht die Gesellschaft, die wir erstreben?

Wir brauchen Menschen mit klarem, folgerichtigem, klassenbewußtem Denken, mit starkem Gerechtigkeitsgefühl und sozialem Empfinden, mit festem Willen und solidarischem Handeln.

Solche Menschen heranzubilden, das ist das Ziel der sozialistischen Erziehung. (Beifall.)

Die intellektuelle Erziehung, die Gestaltung der Gedankenwelt wird gewöhnlich, und zwar auch von Genossen, als das ur-eigenste Tätigkeitsgebiet der Schüler angesehen. Das ist aber nicht richtig, weder von allgemeinen psychologischen Gesichtspunkten, noch von unserem besonderen sozialistischen Standpunkte aus. Die Vorbedingung aller geistigen Entwicklung ist eine möglichst gute Ausbildung der Sinnesorgane. Die muß schon beim kleinen Kinde beginnen. Und ein großer Teil der Vorstellungen, mit denen der Geist später arbeitet, werden im vorschulpflichtigen Alter gebildet. Ein bekannter Psychologe sagt, ein Kind nehme in den ersten drei Lebensjahren mehr Vorstellungen in sein Hirn auf, als ein Student in den drei akademischen. Deshalb fällt der Mutter im vorschulpflichtigen Alter bereits die wichtige Aufgabe zu, die Sinnesstätigkeit der Kinder anzuregen, ihre zahllosen Fragen zu beantworten usw. (Sehr wahr!) Von unserem sozialistischen Standpunkte aus aber ist es doppelt und dreifach falsch, der Schule allein die Gestaltung des kindlichen Gedankenkreises überlassen zu wollen. Unsere heutige Volksschule tut alles andere, als daß sie die Kinder zu klarem, folgerichtigem Denken erzieht. (Sehr wahr!) Die Hauptschuld daran trägt natürlich der Religionsunterricht. Er fällt auf Schritt und Tritt, sowohl in der biblischen Geschichte, als auch im Katechismusunterricht das natürliche Verhältnis von Grund und Folge. Kein Naturgesetz, das nicht durch Wunder durchbrochen werden könnte! Und dazu die grausamsten Mißhandlungen aller gesunden Logik! Gott ist allwissend, aber er muß doch erst prüfen, ob Abraham ihm gehorcht wird. Er ist allgütig, aber eines Tages übermannt ihn der Zorn und er erkauft „all sündhaft Vieh und Menschenkinds“. Ein Gott, aber drei Personen usw. Der gesunde Wirklichkeitsinn unserer Kinder wird vergiftet durch derartigen Unterricht. (Lebhafte Zustimmung.) Wo irgend möglich (wie z. B. in Württemberg und in Sachsen) sollten deshalb die Eltern unter allen Umständen ihre Kinder vom Religionsunterricht dispensieren lassen. Wa-

das unmöglich ist, sollten sie den offenen Kampf gegen diese systematische Verwundung aufnehmen, in dem sie konsequent und sachlich ihre Weltanschauung der in der Schule gelehrtent entgegensetzen. Warum sollen wir die Autorität der Schule schonender behandeln, als diese die Autorität des Elternhauses behandelt? (Sehr richtig!)

Aber wir wollen nicht nur rein formal unsere Kinder zu klarem und folgerichtigem, der Wirklichkeit entsprechendem Denken erziehen. Wir wollen auch den Inhalt ihres Denkens in unserem Sinne beeinflussen. Wir wollen sie zu sozialem, zu klassenbewußtem Denken erziehen. „Oho“, sagen da manche und nicht nur Gegner, auch Genossen, „sollen die Kinder vielleicht das sozialdemokratische Parteiprogramm auswändig lernen? Sollen ihre jungen Seelen mit Neid und Klassenhaß vergiftet werden?“ Sie so denken und reden, vergessen, daß der Sozialismus nicht nur ein politisches Programm, sondern eine Weltanschauung ist. (Sehr wahr!) Und zwar ist er eine so klare, so in allen ihren Teilen einheitliche und so sicher auf den Errungenschaften der modernen Wissenschaft aufgebaute Weltanschauung, daß keine frühere ihm an Größe und Geschlossenheit gleichkommt. In diese Weltanschauung können wir auch schon unsere Kinder einführen, vorausgesetzt natürlich, daß wir sie uns erst selbst zu eigen gemacht haben. (Geisterzeit und Zustimmung.) Aber damit liegt es freilich noch sehr im argen. (Zuruf: Leider!) Nur ein paar Beispiele dafür. Ein Grundpfeiler unserer sozialistischen Weltanschauung ist doch gewiß das Bewußtsein von dem hohen Wert der menschlichen Arbeit. Aus diesem Bewußtsein wächst der Stolz und die Würde des Arbeiters. Aber wo bleibt dieser Arbeiterstolz, wenn z. B. eine Genossin mir vor den Ohren ihrer Kinder erklärt, sie wolle alles daran setzen, daß ihre Kinder nicht „auch nur Arbeiter“ würden. (Sehr gut!) Ich habe es nie verstehen können, wie Genossen, die oft ihr Leben lang treu in Partei und Gewerkschaft mitgearbeitet hatten, keine Opfer und keine Entbehrungen scheuten, um ihre Kinder „etwas Besseres werden zu lassen!“ (Sehr wahr!) Um sie in Verufe hineinzubringen, wo ihnen nicht nur der Zusammenhang mit ihrer Klasse verloren geht, sondern wo sie sich womöglich noch ihrer Abkunft schämen. (Sehr richtig!) Wir wollen doch in unseren Kindern Mitkämpfer erziehen. Gewiß ist es gut, sie etwas Tüchtiges lernen zu lassen, aber doch nur, damit sie es für ihre Klasse verwenden, nicht in andere Klassen abzuwenden.

Wenn ich sagte, wir sollten unsere Kinder zum Klassenbewußtsein erziehen, so sehe ich den Inhalt des Klassenbewußtseins nicht in Klassenhaß oder Neid gegenüber den Angehörigen der anderen Klassen, sondern in Stolz auf die eigene. (Sehr gut!) Kleinlich persönlicher Haß und Neid scheinen mir ebenso zu den Lasten der Unterdrückten zu gehören, die nach dem bekannten Lassalle'schen Wort den Arbeitern nicht mehr geziemen, wie Unterwürfigkeit und Speichelleckerei. Wohl gemerkt, die Empörung gegen die Ausbeutung des Arbeiters, gegen die Strupplosigkeit, mit der man mit seinem Leben und seiner Gesundheit umgeht, gegen die ungerechte Behandlung, die er vor Gericht usw. erfährt, diese Empörung können wir nicht entbehren, und es schadet nichts, wenn sie auch in unseren Kindern rege wird. Aber wir müssen vor allem unsere Kinder zu mehr Arbeiterstolz und Arbeiterwürde erziehen. Lehrt sie den Wert der Arbeit für die menschliche Kultur kennen. Erzählt ihnen von den Kämpfen, die die Arbeiterschaft schon ausgeschlagen zur Hebung ihrer Lage, von den Verfolgungen und Opfern

des Sozialistengesetzes, von der Energie und dem Mut, mit denen man trotz des Gesetzes weitergearbeitet hat. Erzählt ihnen von den Freiheitskämpfen früherer Zeiten, von der Märzrevolution, der Kommune usw. Laßt sie teilnehmen an Eueren Sorgen, wenn ein Streik ist. Erweckt in ihnen den Wunsch, auch einmal Kämpfer für die Befreiung der Arbeit zu werden. Laßt ihnen hier und da einmal ein schönes Freiheitsgedicht vor, singt mit ihnen unsere Arbeiterlieder. Entwerft ihnen eine Schilderung des gesellschaftlichen Zustandes, den wir anstreben, in großen Zügen und ganz kindlich. Kurz: begeistert die Kinder für unsere großen Ziele. (Beifall.) Wir gehören nicht zu denen, die die Romantik und die Begeisterung in den Köpfen und Herzen unserer Jugend verdammen, wenn sie sich auch mal in großen Worten und unreifen Reden äußern sollten. Sondern wir halten es mit St. Simon, der wenige Augenblicke vor seinem Tode zu seinem Lieblingsjünger die Worte sagte: „Erinnere Dich; daß man begeistert sein muß, um große Dinge zu vollbringen.“

Der Grundpfeiler der proletarischen Klassenmoral ist das Solidaritätsgefühl. Dieses Gefühl in den Herzen unserer Kinder zu erwecken, ist eine Hauptaufgabe der sozialistischen Erziehung. Und die Familie, als engste soziale Einheit, ist die beste Pflegstätte dafür, vorausgesetzt natürlich, daß Einigkeit und Harmonie in ihr herrschen. (Sehr wahr!) Denn wenn auch bei der Gestaltung der kindlichen Gedankenwelt der mündlichen Belehrung ein breiter Raum zufällt — bei der Beeinflussung der Gefühle- und Willenssphäre können wir das Wort so hoch unmöglich schätzen. Es heißt auch hier: im Anfang war die Tat, d. h. das Beispiel, die Übung. (Zustimmung.)

Besonders wichtig für die Pflege des Solidaritätsgefühls ist das Verhältnis der Geschwister zueinander. Schätze, innige Geschwisterliebe ist aber eine sehr garte Pflanze, die vorzüglich behandelt werden will. Hier sündigen viele Eltern schwer, wenn auch zugestanden werden mag, daß es nicht leicht ist, immer das Rechte zu treffen. Vor allem sei man peinlich gerecht. Kinder haben in dieser Hinsicht ein sehr feines Gefühl und empfinden die leiseste Bevorzugung des einen vor dem anderen als schweres Unrecht.

Ein Verbrechen an der Geschwistersolidarität begehen die Eltern, die ihre Kinder einander zu Aufspäthern setzen und so ein häßliches Denunziantentum großziehen. (Sehr wahr!) Man soll im Gegenteil das Verklagen und Klatschen soviel als möglich zurückweisen, nicht nur im Interesse des geschwisterlichen Verhältnisses, sondern vor allem auch im Interesse der kleinen Kläger selber. (Sehr richtig!) Nichts macht ein Kind bei Geschwister und Kameraden unbeliebter, setzt es so sicher allgemeiner Verachtung aus, als wenn es in den Ruf einer „Peke“ gerät.

Ein Stein des Anstoßes für die Geschwistersolidarität ist auch die Frage des Eigentums, denn, wie schon der alte Gottfried von Straßburg sagt:

Zwei schlimme Wörtchen „Mein“ und „Dein“,
Die schaffen schlimme Wunden auf der Erde.

Manche Eltern sind denn auch aus mißverstandenen Kommunismus heraus der Ansicht, daß alles Spielzeug der Kinder gemeinsames Eigentum sein soll. Nach meinen persönlichen Erfahrungen ist das falsch. Bei dem Spielzeug, das jedes meiner Kinder als persönliches Eigentum besitzt, hat sich ein friedliches Besitz- und Austauschverhältnis entwickelt, während es

um einige größere Gegenstände, die ihnen gemeinsam gehören, manchen Streit gibt. (Weiterkeit.)

Neben dem Verhältnis zu den Kindern ist das Spiel mit gleichaltrigen Kameraden eine Pflegstätte des Solidaritätsgefühls. Auch hier sollen die Eltern fördern, nicht hemmend eingreifen. Gewiß ist in den großen Städten, wo man oft nicht mal weiß, wer mit einem unter demselben Dach wohnt, eine gewisse Vorsicht im Verkehr notwendig. Aber wenn man seine Kinder an Reinlichkeit gewöhnt hat und sich ihr unbedingtes Vertrauen zu wahren weiß, dann ist die Gefahr körperlicher oder moralischer Ansteckung nicht so groß. Und schließlich gefährden ein paar häßliche Ausdrücke, die unsere Kinder von anderen auslesen könnten, den Charakter auf die Dauer nicht so sehr, als der Egoismus und die Selbstüberhebung, die entsteht, wenn man ihnen immer einschärft: mit diesem und jenem darfst du nicht umgehen. (Sehr richtig!) Jedenfalls dulde man kein hämisches, schadenfrohes Gerede der Kinder über andere. Wo freilich die Eltern sich selbst nicht scheuen, vor den Ohren ihrer Kinder unfreundlich oder gehässig über andere zu sprechen, Klatschgeschichten zu erzählen oder vergleichen, da werden Ermahnungen nicht gutmachen, was das Beispiel verdarb.

Es scheint mir übrigens noch notwendig, zu betonen, daß das Verhältnis, das zwischen den Familienmitgliedern herrscht, wohl wichtig, aber nicht ausschlaggebend für die Entwicklung des Solidaritätsgefühls ist. Familiengefühl ist noch kein Solidaritätsgefühl in unserem Sinne. Es kommen sogar im späteren Leben nicht selten Fälle vor, wo beide miteinander in heftigen Konflikt geraten. Das ist es ja gerade, was die Psychologie des Proletariats von heute von der des mittelalterlichen Handwerkers, des Kleinbürgers, des Bauern unterscheidet. Für diese galten und gelten nur die Bande der Blutsverwandtschaft und der Nachbarschaft, die anderen sind zerrieben. Für das moderne Fabrikproletariat jedoch sind jene Bande längst zerfallen. Die moderne kapitalistische Entwicklung würfelt die Arbeiter durcheinander wie Flugsand. Aber der Mensch ist ein soziales Wesen, angewiesen auf gegenseitige Hilfe. Wo Blutsverwandtschaft und Heimatgemeinschaft nicht mehr binden, da bindet nur das gemeinsame Schicksal, die Klassenlage. Aus dem harten Erdreich der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse erwächst die Blüte einer neuen sittlichen Forderung, der Forderung der Solidarität. (Beifall.) Und diese Forderung klingt nicht nur aus in den Schlachtruf: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Sie durchdringt auch allmählich, besonders in den großen Industrieorten, das tägliche Leben der Arbeiterschaft. Wie hilft man sich aus in den großen Mietshäusern in Krankheits- und Wadenbettafällen, so ganz selbstverständlich, so ohne Aufheben davon zu machen! Wie springt man füreinander ein in Fällen der Not! Wie versteht man Opfer zu bringen! Ich will nur an die Weihnachtsspeicherungen für die Hamburger Hafnarbeiter und die Crimmitschauer Textilarbeiter erinnern, an die Bereitwilligkeit, mit der die Arbeiter in Rennes und Paris seinerzeit die Kinder der in Fougères ausgesperrten Schuhmacher bei sich aufnahmen. Gewiß, nicht überall ist das Gefühl der Solidarität schon so weit entwickelt. Überall da, wo es noch eine starke bodenständige Arbeiterschaft gibt, da ist es erst im Keime vorhanden — die Bande des Blutes und der Heimat herrschen noch vor. Hier gilt es eben der wirtschaftlichen Entwicklung mit bewußtem Willen nachzuhelfen, vor allem bei der Kindererziehung. Denn wenn Kautsky in seiner Schrift über Ethik und materialistische Geschichtsauffassung ausführt, daß das sittliche

Ideal zwat nicht ein Ziel, wohl aber eine Kraft, eine Waffe im gesellschaftlichen Kampfe ums Dasein sei, so gilt das ganz besonders vom Solidaritätsgefühl: es ist eine mächtige Triebkraft im proletarischen Klassenkampf.

Es ist aber nicht nur Aufgabe einer sozialistischen Erziehung, das Denken und Fühlen unserer Kinder in unserem Sinne zu beeinflussen, wir müssen auch ihren Willen so erziehen, damit sie dann das, was sie denken und fühlen, auch in die Tat umsetzen. Die Stärke des kindlichen Willens offenbart sich in dem sogenannten Eigenfinn. Der Eigenfinn wird von vielen Eltern als eine ganz besonders unangenehme Ungezogenheit des Kindes aufgefaßt, gegen die man ohne weiteres ankämpfen müsse. Das ist grundfalsch. (Sehr richtig!) In einem Kinde, das Eigenfinn, d. h. eigenen Sinn zeigt, steckt mehr Material zu einem tüchtigen Charakter, als in einem schmiegsamen und süßsamen, sog. „guten“ Kinde, wenn dieses vielleicht zu nächst auch leicht zu erziehen ist. (Lebhaftes Sehr richtig!) Die richtige Behandlung des Eigenfinns ist wohl eine der schwierigsten Aufgaben der Erziehung. Gerade hier werden nach beiden Seiten hin die größten Fehler begangen. Vielfach kann man ja gerade von Genossen die Ansicht äußern hören: „Meine Kinder sollen frei aufwachsen, die sollen keinen Zwang erleiden!“ Was dabei herauskommt, haben Sie vielleicht alle schon einmal erlebt. Da wird dem Kinde von klein auf jeder Wille getan. Schreit es, dann wird es herumgeschleppt. Will es etwas haben, dann bekommt's das. Und es dauert gar nicht lange, da hat man sich einen kleinen launenhaften Tyrannen erzogen, sich selbst aber zum Sklaven gemacht. Und das nennt man dann: zur Freiheit erziehen. (Sehr gut!) Nein, wir wollen doch Freiheit nicht mit Willkür verwechseln, wir wollen doch nicht Menschen erziehen, deren Freiheit darin besteht, anderen die Freiheit zu verkümmern. Die Freiheit des einen hat ihre Grenze in der gleichberechtigten Freiheit des anderen. Wir erziehen die Kinder doch nicht für Robinsons Insel, sondern für die soziale Gemeinschaft, in der der einzelne sich zu fügen hat. (Weisfall.)

Aber ebenso falsch wie es ist, einem Kinde ohne jede Einschränkung aller Willen zu lassen, ebenso falsch ist auch das Gegenteil, nämlich die Unterdrückung des Eigenfinns durch barbarische Strenge, durch ewige Reglementiererei. Eltern, die hier nicht den richtigen Weg zu finden wissen, verderben den Charakter ihrer Kinder und schaffen aus Menschen, die zu willensstarken, taktfähigen Naturen veranlagt waren, feige, verlogene, hinterlistige Kreaturen.

Sehr verbreitet, besonders bei den Müttern, ist die Viel-Kommandiererei, wobei es ihnen gar nicht einfällt, etwa bestimmte Prinzipien zu verfolgen, sondern sie befehlen und verbieten gerade, wie es ihnen einfällt. Jean Paul vergleicht einmal die Durchschnittsmutter mit einem Harlekin, der mit einem Aktienbündel unter jedem Arm auf die Bühne trat und auf die Frage, was er unter dem rechten Arm trage, antwortete „Befehle“ und auf die, was er unter dem linken trage, versetzte, „Gegenbefehle“ (Heiterkeit), nur daß die Mutter wie der Riese Briaricus hundert Arme hätte und unter jedem ein solches Patet.

Jeder sollte es sich zur Regel machen, nur dann zu befehlen oder zu verbieten, wenn es unbedingt notwendig ist, d. h. wenn es gilt, das Kind von etwas zurückzuhalten, was es entweder selbst gefährdet oder wodurch es die Freiheit oder das Recht anderer verletzt. Wenn man aber wirklich

meint, befehlen oder verbieten zu müssen, dann sei man unnachsichtlich und konsequent und dann verlange man auch, daß der Befehl absolut befolgt wird.

Damit kommen wir zur Frage des Gehorsams. Auch wir könnten den Gehorsam in der Kindererziehung nicht entbehren. Verlangen wir doch auch von dem Erwachsenen, daß er sich der Gesamtheit füge, Disziplin übe. Aber uns ist der Gehorsam, die Unterordnung in der Erziehung nicht Zweck, wie bei der Volksschule und dem Heerwesen, sondern nur Mittel zum Zweck. Und wir verlangen nicht blinden Gehorsam, der ohne Grundbange schlecht hin sich unterwirft, sondern freien Gehorsam, der durch Einsicht in die Gründe hervorgerufen wird. Sowie es der Fassungskraft der Kinder einigermaßen angepaßt ist, dann erkläre man ihnen, weshalb man irgend etwas von ihnen verlangt. Man höre auch ihre Einwände ruhig und freundlich an und widerlege sie dann sachlich. Aber man vermeide es, seine Verbote durch Begründungen zu unterstützen, die nicht in der Sache selbst liegen, etwa durch Drohungen mit figurierten Folgen. Auch hierin wird nur allzuviel gesündigt, vor allem wieder durch die Mütter. Wie oft kann man hören: Tu das nicht, sonst kommt der Schutzmann und steckt dich ein. Oder, was im Grunde auf dasselbe herauskommt: Der liebe Gott sieht's und straft. Diese Schutzmannsmoral ist sehr wenig dauerhaft. (Sehr richtig!) Was man nur aus Furcht vor dem Schutzmann nicht tut, das tut man dann getrost, wenn man sicher weiß, daß keiner in der Nähe ist. (Sehr richtig!) Und wenn der Schulglaube von dem lieben Gott, der sich um alle Kleinigkeiten kümmert und früher oder später straft, im Leben später verlorengeht, dann ist auch alle Moral, die allein auf der Furcht vor der Allwissenheit und der Strafe Gottes gegründet war, mit verlorengegangen. (Lebhaftes Zustimmung.) Man suche die Gründe für seine Verbote vielmehr da, wo sie wirklich zu finden sind, nämlich in sozialen Momenten. Wenn mein Kind in öffentlichen Anlagen Blumen pflücken will, dann sage ich ihm nicht: „Tu das nicht. Es ist verboten, und wenn es ein Schutzmann sieht, dann wirst du bestraft.“ Sondern ich sage ihm: „Denk mal, wenn all die vielen Leute, die hier spazieren gehen, Blumen abreißen wollten, dann wäre bald kein einziges Blümchen mehr da, über das wir uns freuen könnten.“ (Sehr gut!)

Eine sozial verankerte Moral ist nicht der Gefahr ausgesetzt, im Leben draußen in die Brüche zu gehen, wie die religiös begründete Moral. Wie steht's denn aber, wenn das Kind trotz aller Belehrungen das Gebot übertritt? Dann bleibt natürlich — immer vorausgesetzt, daß man nur aus guten Gründen befohlen hat — nichts anderes übrig, als daß der Erzieher sich Gehorsam erzwingt resp. die Übertretung straft. Es stehen da eine reiche Auswahl der Mittel zur Verfügung. Die Durchschnittsketters kennen freilich nur zwei: Schelten und Schlagen. Und gewöhnlich steht die Strenge der Strafe im umgekehrten Verhältnis zur Schwere des kindlichen Vergehens. Wenn ein Kind etwas verliert, zerreißt oder beschmutzt — was meistens doch nicht aus bösem Willen geschieht —, dann steht's gleich Prügel. Roheiten gegen jüngere Kinder oder Tiere oder dergleichen werden dagegen meist recht leicht genommen. Gewiß, ein verlorener Groschen, eine zerrißene Hose bedeuten für den Proletarierbeutel einen Verlust, für die kurze Zeit der vielgeplagten Mutter eine neue Belastung. Aber das darf uns doch nicht vergessen lassen, daß wir mit der Strafe erzieherisch wirken, das heißt den Willen beeinflussen wollen, daß wir deshalb ein ungewolltes Vergehen milde beurteilen müssen. (Sehr richtig!) Das Kind soll gewiß auch zu Ordnung, Sauberkeit und sorgfältiger Behandlung

feiner Sachen erzogen werden. Aber gibt's da nicht wirksamere Mittel als Krügel? Laßt doch die Kinder die Folgen ihrer Handlungen tragen. Gewöhnt sie früh daran, das, was sie verderben an ihrer Kleidung, selber zu reinigen oder auszubessern. Sagt: Da du dich so schmutzig gemacht hast, mußt du zu Haus bleiben, so kann ich dich nicht mitnehmen oder dergleichen. Man versuche es überhaupt damit, auf die Kinder die natürlichen Folgen der Handlungen wirken zu lassen, resp. sie nachzuahmen. Es lassen sich natürlich nicht für alle Fälle Recepte geben. Kinder reagieren auch sehr verschieden auf Strafen. Es gibt solche, die so feinfühlig sind, daß die verminderte Zärtlichkeit der Eltern, ein Wort, ein Blick schon genügt, um sie wieder auf den rechten Weg zu bringen; es gibt andere, denen derartige Folgen ganz gleichgültig sind. Und nicht immer ist im zweiten Falle die Abstumpfung durch Strenge daran schuld, daß zartere Mittel nicht anschlagbar. Ein überaus wichtiges Mittel der Willenserziehung ist richtige Beschäftigung der Kinder. Und zwar nicht nur als Ablenngungsmittel im Sinne des Wortes: „Müßiggang ist aller Laster Anfang“, sondern vor allem im Sinne des schönen Wortes von Amos Comenius: „Durch Tun allein gelangt der Mensch zum wahrhaftigen Sein“, das heißt in der Betätigung entwickelt der Mensch seine Anlagen und Kräfte zu dem, was sie sein können und sollen. Die Beschäftigung der Kinder kann als Spiel und als Arbeit aufreten. Ich muß es mir versagen, hier näher auf das Spiel einzugehen, so wichtig es auch ist. Ich möchte aber noch ein paar Worte über die Arbeit als Erziehungsmittel sagen. „Ja, sollen denn unsere Kinder überhaupt arbeiten?“ fragte mich vor zirka zwei Jahren mal ein Genosse sehr erstaunt, „wir treten doch mit allem Nachdruck gegen die Kinderarbeit auf!“ Es war ihm nicht eingefallen, daß eine Partei, die ihr zukünftiges Gesellschaftsideal auf die allgemeine Arbeitspflicht im Dienste der Gesamtheit aufbaut, doch unmöglich die Arbeit als solche aus der Kindererziehung verdrängen kann. Was wir bekämpfen, ist die Ausbeutung der Kinder durch die kapitalistische Lohnarbeit, die in ihrer Intensität und Einseitigkeit Geist und Körper der Kinder schädigt. (Sehr richtig!) Aber arbeiten sollen unsere Kinder lernen, sie sollen in der Arbeit die Pflicht und die Ehre des Menschen erkennen. Solange in den Schulen noch nicht ein obligatorischer Handfertigkeitsunterricht eingeführt ist, solange ist die Familie die einzige Stätte, wo die Arbeit dem jungen Menschen als soziale Pflicht zum Bewußtsein kommt. Die Erwerbsarbeit, wie sie dann später im Leben an ihn herantritt, hat jeden Reiz, jedes erzieherische Moment verloren. Weshalb arbeitet die Mehrzahl der Menschen heutzutage? Nicht aus Freude am Schaffen! Wer empfindet bei der Intensität, Dauer und Einformigkeit, die der produktiven Tätigkeit in ihrer kapitalistischen Gestalt eignet, wohl noch Freude und Befriedigung an seinem Werke? Auch nicht aus Pflichtgefühl — wer hält es wohl für seine Pflicht, mit seinem Fleiß einem anderen, der ihn ausbeutet, die Taschen zu füllen? Auch nicht aus Ehrgefühl, denn er hat ja auch für die geringste Arbeit keine Anerkennung zu erwarten. Nein, die meisten arbeiten nur, weil das Damoklesschwert des Hungers über ihnen und ihrer Familie schwebt. Die Gesellschaftsordnung, die wir erstreben, setzt aber die Arbeitsfreudigkeit, das Pflichtgefühl, das Ehrgefühl des einzelnen voraus. Und Aufgabe der sozialistischen Erziehung ist es, diese Gefühle in den Kindern zu erwecken. (Lebhafter Beifall.) Jede Mutter sollte deshalb ihren Kindern gewisse kleine Pflichten übertragen, die sie regelmäßig zu erfüllen haben, gemeinsam oder abwechselnd. Sie soll

Ihr Ehrgefühl anregen, alles möglichst pünktlich und sorgfältig zu verrichten. Vor allem soll sie die Kinder gewöhnen, frühzeitig sich selbst zu helfen. Ueberhaupt sollte man die Kinder so früh wie möglich zur Selbständigkeit erziehen, ihnen nicht alle Mühen und Schwierigkeiten aus dem Wege räumen. Auch nicht allzu ängstlich sein vor Gefahren, die etwa drohen könnten. „Man muß die Knaben wagen, wenn sie Männer werden sollen.“ sagt Herbart.

Ich weiß wohl, daß ich noch längst nicht alles erschöpft habe, was zu dem Thema der sozialistischen Erziehung zu sagen ist. Es könnte ja auch nur darauf ankommen, die Grundlinien einer solchen Erziehung zu ziehen und an Beispielen zu erläutern. Im Grunde wird es uns ja allen klar sein, daß dort, wo wirklich sozialistischer Geist in einer Familie herrscht, uns auch um die sozialistische Erziehung nicht bange zu sein braucht. Aber leider sind solche Familien fast noch zu zählen. Gar mancher Genosse, der in Partei und Genossenschaft ganz tüchtig seinen Mann stellt, läßt vor der Tür seiner Wohnung der Sozialdemokraten draußen. Innerhalb seiner vier Wände, da ist sein Denken und Handeln noch absolut kleinbürgerlich, patriarchalisch. (Sehr wahr!) Die Frau ist dazu da, ihm daheim das Leben möglichst angenehm zu machen und sich sonst um nichts zu kümmern, die Kinder haben zu parieren — das ist sein Familienideal. In solchen Familien sind alle Worte über sozialistische Erziehung verschwendet. Die deutsche Sozialdemokratie geht bereits in ihr zweites Menschenalter — was für eine stattliche Schar tüchtiger junger Rekruten sollten wir da bereits haben! Statt dessen sieht man vielfach, daß die Söhne und Töchter tätiger Genossen abschweifen oder wenigstens gleichgültig beiseite stehen, bestenfalls erst dann zu uns kommen, wenn sie von der Not des Lebens gedrängt werden. — Hier muß Wandel geschaffen werden, Wandel bei uns selbst. Wenn es uns wirklich ernst ist mit der sozialistischen Erziehung der Jugend, dann müssen wir bei der Selbsterziehung den Anfang machen, dann müssen wir daran arbeiten, daß sozialistischer Geist nicht nur Eingang in unsere Köpfe, sondern auch in unsere Herzen finde, daß er unsere ganze Lebensführung durchdringe. Dann werden wir im proletarischen Heim eine Pflanzstätte geschaffen haben, in der bestgeeignete Rekruten für unser Freiheitsheer emporwachsen, junge Kämpfer, die den Kampf, den wir begonnen haben, nicht nur ebenso gut, sondern noch besser, noch energischer weiterführen, dem Sieg entgegen! (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Genossin **Baumaun-Altona**: Wir alle, soweit wir Eltern sind, haben gewiß den sehnlichsten Wunsch, daß unsere Kinder das Bestreben fortsetzen mögen, an dem wir gearbeitet haben. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Vorbedingung, das auszuführen, was die Genossin Dunder uns vorgetragen hat. Wenn die Schulen in die Kinder einen uns fremden Geist hineinpflanzen, dann müssen wir ihm unsere Weltanschauung entgegensetzen. Das hat mit der Autorität der Lehrer gar nichts zu tun. Leider sind wir für unseren Beruf als Erzieherinnen so schlecht vorbereitet, und leider sind die meisten Mütter trotz des besten Willens nicht in der Lage, ihren Kindern das beizubringen, was notwendig ist. Um meisten können wir auf die Kinder durch das Beispiel wirken. Die Kinder werden doch auch in die patriotischen Veranstaltungen mitgenommen, und ich sehe nicht ein, weshalb wir da unsere Kinder nicht zu unseren Pflichten ebenfalls mitnehmen sollten. Wenn das geschieht, dann werden die Kinder auch nach Verlassen der Schule ganz von

selbst in die Versammlungen ihrer Kameraden gehen. Das Solidaritätsgefühl, das in unserem Kampfe eine so große Rolle spielt, muß schon in die Seele der Kinder hineingepflanzt werden. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Einstimmig wird beschlossen, das Referat der Genossin Dunder in Broschürenform herauszugeben.

Ueber den zweiten Teil dieses Punktes der Tagesordnung:

„Die Jugendorganisation“

referiert:

Genossin Zeitlin. Sie unterbreitet der Konferenz folgende Leitsätze und folgende Resolution:

A. Leitsätze.

I. Die sozialistische Jugendbewegung entsteht notwendig in allen Ländern mit kapitalistischer Wirtschaft. Sie ist das Ergebnis einerseits der durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugten wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen in ihrer Rückwirkung auf die materielle und geistige Lage, sowie auf das Familienleben des Proletariats, damit auf seine Fähigkeit zum Unterhalt und zur Erziehung des Nachwuchses, wie auch andererseits der Rückwirkung dieser Umstände zusammen auf die Revolutionierung der Stellung und des Bewußtseins der proletarischen Jugend selbst.

II. Begünstigt durch die Not des Proletariats und die technischen Fortschritte der Produktion verwandelt das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals die jugendlichen Proletarier aus Schutz- und erziehungsbedürftigen Angehörigen der Familie in selbständig erwerbende Lohnarbeiter in der Gesellschaft. Damit wird die Basis ihrer wirtschaftlichen Existenz aus der Familie in die Gesellschaft verlegt und das alte Verhältnis zwischen Eltern und Kindern von Grund aus umgewälzt, das auf dem absoluten Befehlsrecht der ersteren als wirtschaftlich Erhaltenden und ebenso der absoluten Gehorsamspflicht der Letzteren als wirtschaftlich Erhaltener beruht. Die frühe wirtschaftliche Selbstständigkeit der jugendlichen Proletarier hat ihre frühe geistige, moralische und soziale Selbstständigkeit zur Folge. Die Pflicht, ja der Zwang zur Selbsterhaltung zieht das Recht der Selbstbestimmung nach sich, das seinerseits die Möglichkeit zur freier, gesunder Entfaltung aller körperlichen und geistigen Kräfte des einzelnen in sich begreifen sollte.

III. Im Triebwerk der kapitalistischen Produktion, der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen, losgelöst von der alten sozialen Gemeinschaft der Familie, lernen sich die jungen Proletarier als eigenverantwortliche und eigenberechtigte Persönlichkeiten erkennen. Im Triebwerk der Produktion, der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen, werden sie aber auch gleichzeitig der neuen sozialen Gemeinschaft ihrer Klasse fest eingegliedert und begreifen sich als Gleiche unter Gleichen, als Lohnarbeiter unter der Masse der Lohnarbeiter, den gleichen sozialen Gesetzen der Lebensentwicklung und Lebensbestätigung unterworfen wie diese. Das Bedürfnis der jugendlichen Persönlichkeiten nach Schutz und Erziehung als Voraussetzungen für die Entwicklung der sich regenden leiblichen und seelischen Kräfte stößt an die sozialen Schranken der proletarischen Klassenlage und kann von dem bürgerlichen Klassenstaat, als dem politischen Herrschaftsorgan der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, nicht befriedigt werden. Es enthüllt sich den jugendlichen Proletariern als das Recht ihrer Klasse auf jene vollmenschlische Entwicklungs- und Wirkungsmöglichkeit, welche dem Stande der heutigen Kultur entspricht. Dieses Recht wurzelt in der ökonomischen und sozialen Bedeutung des Proletariats, muß sich gegen die ausbeutende Minderheit und ihren Staat im bewußt geführten

proletarischen Klassenkampfe langsam durchsetzen und findet erst mit der Ueberwindung der kapitalistischen Ordnung und der Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft freier, gleichberechtigter Arbeiter seine volle Anerkennung und Verwirklichungsmöglichkeit.

Für die jugendlichen Proletarier fällt daher das Lebensinteresse ihrer Jugend mit dem Lebensinteresse ihrer Klasse zusammen und führt sie mit zwingender Logik zum Sozialismus.

IV. Die Erziehung der jugendlichen Proletariermassen im Geiste des Sozialismus und für die Ziele des Sozialismus ist daher die Aufgabe der sozialistischen Jugendbewegung. Diese Aufgabe sucht sie auf dem Wege der proletarischen Selbsthilfe zu lösen, und zwar dadurch, daß sie erstens planmäßig der Verkümmern und Vernichtung körperlichen und geistig-sittlichen Lebens entgegenwirkt, welche der proletarischen Jugend als Folge der kapitalistischen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, der Mängel ihrer Erziehung in der Kindheit durch Haus und Schule und bestimmter verwahrlosender Einflüsse der kapitalistischen Gesellschaft droht; zweitens ebenso planmäßig die normale Entwicklung dieses Lebens durch die Vermittlung materieller und ideeller Bildungselemente fördert. Die Durchdringung der proletarischen Jugendmassen mit der sozialistischen Erkenntnis als der Vorstufe zum Wollen und Handeln, welche die sozialistische Jugendbewegung erstrebt, muß das Schlussergebnis eines normalen geistig-sittlichen Entwicklungsprozesses sein. Zu diesem Zwecke muß sich die sozialistische Jugendbewegung vor allem die wissenschaftliche Erkenntnis der eigengesetzlichen Entwicklung der Natur und Gesellschaft nutzbar machen, wie auch der persönlich lebenden Bildungselemente des Natur- und Kunstgenusses. Zu diesem Zwecke muß sie aber auch bei Vermittlung des Bildungsstoffes wie der Prägung ihres gesamten inneren und äußeren Lebens berücksichtigen, was die moderne Pädagogik betreffs der gesunden Entwicklung der leiblichen und geistigen Kräfte festgestellt hat.

V. Die sozialistische Jugendbewegung kann die ihr gestellte Aufgabe nur erfüllen als spezifisches Organ, beziehungsweise Glied des allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfes, von dem sie Ziel und Inhalt empfängt. Sie muß daher in engstem, geistigem und, soweit das möglich ist, auch organisatorischem Zusammenhang mit den reifen Trägern dieses Kampfes bleiben, auf deren Unterstützung durch Rat und Tat sie als eine Bewegung reiferer Kräfte angewiesen ist. Gleichzeitig bedarf sie aber zur erfolgreichen Erfüllung ihrer spezifischen Aufgabe der eigenen Organisation. Diese muß entsprechend dem Ziel — der Erziehung der proletarischen Jugend zum bewußten und organisierten Handeln als Masse im modernen Klassenkampf — volles Selbstbestimmungsrecht besitzen. Die Schranke ihres Selbstbestimmungsrechts bildet nicht die Autorität der Organisationen Erwachsener, welche das alte Familienverhältnis zwischen Eltern und Kindern sozial reproduzieren würde, sondern lediglich das Interesse der Gesamtbewegung.

VI. Die sozialistische Jugendbewegung bedeutet eine der wichtigsten geschichtlichen Lebensäußerungen, deren Tendenz darauf hinausgeht, den von der kapitalistischen Produktionsweise erzeugten, von der bürgerlichen Ordnung entwickelten Individualismus als Prinzip der persönlichen Entwicklung und gesellschaftlicher Betätigung des Menschen bereits im Rahmen der bestehenden Ordnung bewußt zu überwinden und damit geschichtlich der sozialistischen Gesellschaft vorzuarbeiten, die nicht bloß in politischer und ökonomischer, sondern auch in geistig-sittlicher Beziehung eine neue einheitliche Weltanschauung verwirklichen wird. Praktisch stellt sich die sozialistische Jugendbewegung dar als ein Teil des allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfes, und zwar als einen solchen Teil, der mit dem Fort-

Schritt der kapitalistischen Produktion, der Verschärfung der Klassegegensätze und der Zuspitzung der Klassenkämpfe an Bedeutung gewinnt. Die reise, kämpfende Generation des Klassenbewußten Proletariats darf nicht tatenlos zusehen, daß dessen jugendliche Glieder in dem kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb zu Lohnrüdnern und Streikbrechern, in der Kaserne zu Werkzeugen der brutalen Gewalt herabgewürdigt werden, welche die kapitalistische Klassenherrschaft schützen und bereuigen sollen; daß bürgerliche Bewegungen Geiß und Herz der proletarischen Jugend ihrer eigenen Klasse und deren historischen Aufgaben entfremden und mit bürgerlicher Ideologie vergiften. Sie muß, je mehr ihr zielbewußter Kampf das Gebiet ihrer Betätigung erweitert und die vorliegenden Aufgaben spezialisiert, um so eifriger darauf bedacht sein, Träger der proletarischen Emanzipationsbestrebungen zu erziehen, die eine gründliche und feste theoretische Erkenntnis mit praktischer Wirkungsfähigkeit und tatkräftigem, zukunftsrohem Idealismus verbinden. Sie bedarf der vorwärtsstrebenden, geistigen und sittlichen Vorzüge der Jugend als eines wesentlichen Faktors, der ihre eigene Bewegung jugendfrisch und jugendkräftig erhält. Sie ist im Hinblick auf das Endziel des Proletariats verpflichtet, für das Heranwachsen eines Geschlechts zu sorgen, das ihr eigenes Werk im besten geschichtlichen Sinne weiterführt, d. h. überflügelt. Das gesamte kämpfende Proletariat muß daher Mitträger der sozialistischen Jugendbewegung sein.

VII. Um in diesem Sinne seinen Verpflichtungen gerecht zu werden, muß es der sozialistischen Jugendbewegung die Bewegungsfreiheit sichern, deren sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf. Es muß ihr gleichzeitig moralisch und materiell alle Weisheit gewähren, die zur Erreichung ihrer Ziele erforderlich ist und den großen grundsätzlichen Richtlinien des sozialdemokratischen Bildungsprogramms entspricht. (Siehe Resolution zum Mannheimer Parteitag.) Als Aufgabe des gesamten Proletariats erkannt und vom gesamten kämpfenden Proletariat getragen, wird die sozialistische Jugendbewegung zum gewaltigsten Stück sozialpädagogischer Praxis, das die Geschichte kennt.

B. Resolution.

Die Konferenz sozialdemokratischer Frauen zu Nürnberg stimmt den ihr vorliegenden Leitsätzen zur Frage der sozialistischen Jugendorganisation und den sich aus ihnen ergebenden praktischen Konsequenzen zu.

Sie begrüßt aufs freudigste die internationale sozialistische Jugendbewegung als ein wichtiges, ja unentbehrliches Glied der proletarischen Emanzipationsbestrebungen.

Dem Ziel und dem Wesen der sozialistischen Jugendbewegung entsprechend, können ihre Aufgaben am erfolgreichsten in besonderen Jugendorganisationen erfüllt werden, welche die schulentlassenen jugendlichen Proletarier beider Geschlechter aufnehmen und volles Recht der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung besitzen, deren Leitungen jedoch Vertreter des gewerkschaftlich und politisch organisierten Proletariats mit beratender Stimme zur Seite stehen.

Wo die Gründung solcher Organisationen nicht möglich ist, sind zweckentsprechende Jugendbildungscommissionen zu konstituieren.

Die Vereine und Kommissionen haben in engster innerer Fühlung und, wo es das Gesetz erlaubt, auch in organisatorischer Verbindung mit den übrigen Organisationen des Proletariats zu stehen. Ihre Hauptaufgabe ist, im Geiste der Resolution über die Bildung der arbeitenden Jugend, welche die internationale sozialistische Jugendkonferenz zu Stuttgart angenommen hat, die körperliche und geistig-sittliche Entwicklung der jungen Proletarier zu fördern. Sie sind daher organisch besonders mit den Bildungsinstitutionen zu verbunden, welche das Klassenbewußte Proletariat in immer größerer Zahl und

Vollkommenheit zu schaffen beginnt. Inwieweit sie sich neben dem herborgehobenen Hauptziel im Interesse der proletarischen Jugend oder des gesamten Proletariats der Erfüllung von Sonderaufgaben zuwenden (Schutz der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz, Verbreitung von Aufklärung über das Wesen des Militarismus usw.), können sie nicht allein entscheiden, sondern nur gemeinsam mit den in Betracht kommenden Organisationen des Proletariats.

Wo es die Verhältnisse irgendwie gestatten, sind die Institutionen zur Jugendbildung in zwei Sektionen zu gliedern, von denen die eine für die jungen Proletarier bis zum Alter von 16 Jahren, die andere für die über 16 Jahre bestimmt ist.

Die Bestrebungen zur sozialistischen Erziehung der Jugend erhalten einen festen geistigen Mittelpunkt durch ein eigenes periodisches Organ, das methodisch in die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus einführt und neben der allgemeinen geistigen Entwicklung die Charakterbildung fördert.

Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats sind verpflichtet, die sozialistische Jugendbewegung moralisch und materiell in weitgehender Weise zu unterstützen.

Neben der direkten Förderung, die sie ihr zuteil werden lassen müssen, können sie ihren Bestrebungen im besonderen noch förderlich sein durch die Errichtung von Bibliotheken und Lesezimmern, durch die Beschaffung von Lokalitäten ohne Trinkschwang, von Gärten und Spielplätzen, durch eine zweckentsprechende Gestaltung ihrer Feste und Ausflüge und auf andere geeignete Weise.

Es ist des weiteren ihre Pflicht, ihre Mitglieder unablässig daran zu erinnern, was sie als Eltern, Arbeitskameraden und Freunde den jungen Proletariern schuldig sind: Das Beispiel eines Lebens, welches die geistig und sittlich hebbende Macht der sozialistischen Ideen verkörpert; ein Verhalten, das von jener Achtung und Sympathie durchdrungen ist, auf welches die Leidensgenossen von heute, die herantretenden, gleichverpflichteten und gleichberechtigten Kampfesgenossen von morgen ein Recht haben; das ernsthafte Bemühen, der sozialistischen Jugendbewegung neue Mitglieder zu werben und ihr Wirken zu unterstützen.

Die Konferenz sozialistischer Frauen zu Nürnberg beauftragt ihr Bureau, ihre Beschlüsse wie die vorliegenden Leitsätze dem sozialdemokratischen Parteitag zu überweisen und vor ihm vertreten zu lassen. Sie verpflichtet alle Genossinnen, mit regstem Eifer für die praktische Durchführung der gefassten Beschlüsse zu wirken.

Genossin Jettin: Die Frage der Jugendorganisation steht im innigsten logischen und sachlichen Zusammenhange mit der Frage der sozialistischen Erziehung im Hause. Sie ist geeignet, im höchsten Maße das Interesse der Proletarierinnen, insbesondere aber der proletarischen Mütter zu erregen, ihren Willen, ihre Energie, ihre Arbeitsfreudigkeit wachzurufen. Mittelfst des Verständnisses, der Tatkraft, die wir Genossinnen entfalten, um die sozialistische Jugendbewegung zu dem zu machen, was sie ihrem Wesen nach sein muß, vollenden wir nur, was wir im Hause als Mütter zu beginnen haben. Unser Wirken im Dienste der Jugendbewegung bildet ein Mittelglied zwischen unserem Willen als Mütter daheim und unserer Betätigung draußen im öffentlichen Leben als Glieder der Gesellschaft, als kämpfende Proletarierinnen. Aber wollen wir die proletarische Jugendbewegung im Interesse unseres Nachwuchses und unseres Endziels fördern, so müssen wir sie als das aufbauen, was sie meiner Ueberzeugung nach ihrem tiefsten Wesen nach ist: ein Stück, und ich sage unter Hinweis auf das geschichtliche Leben unserer

Lage, das bedeutendste Stück der Volksbildung. In der Tat: sie bezweckt die Erziehung des schulentlassenen proletarischen Nachwuchses, also der ungeheuren Mehrzahl des heranwachsenden Geschlechts. Und sie will diese Erziehung, soweit dies im Rahmen der heutigen sozialen Ordnung möglich ist, auf gesellschaftlichem Wege sichern, indem sie sie der sozialen Macht überträgt, die dank ihrer historischen Mission und ihres Endziels, ihrem Ideal in der Gesellschaft der Klassengegensätze sowohl im Betreff der Gestaltung der Gegenwart wie vor allem im Betreff der Gestaltung der Zukunft das weitestreichende, das allgemeine Gesellschaftsinteresse repräsentiert. Diese soziale Macht ist das kämpfende, das organisierte Proletariat. Nur wenn man die proletarische Jugendbewegung so auffaßt, wie hier kurz skizziert ist, so kann sie zu ihrem Recht kommen. Stellen wir uns aber auf den Boden der Auffassung, daß sie Volksbildung im weitesten und höchsten Sinne des Wortes ist, so dürfen wir die Bedingungen für die Entwicklung der sozialistischen Jugendbewegung nicht ausschneiden nach dem, was den Virtuosen des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes jeweilig im Hinblick auf ihre Forderungen und die Formen ihrer eigenen Betätigung als zweckmäßig erscheint. Gewiß: es ist eine banale Selbstverständlichkeit, daß die proletarische Jugendbewegung auch der praktischen Zweckmäßigkeit ihr Recht werden lassen muß. Dazu wird sie schon durch die realen Umstände gezwungen, durch das lebendige Leben mit seinen Machtgeboten. Es ist ebenso selbstverständlich, daß die proletarische Jugendbewegung die schulentlassenen jungen Proletarier ohne Unterschied des Geschlechts auf ihre bewußte Betätigung im Klassenkampf, also in Sozialdemokratie und Gewerkschaft, vorbereiten soll. Eine Vorschule, eine Rekrutenschule für das politische, für das gewerkschaftlich kämpfende Proletariat ist sie genannt worden. Aber wenn man dieses Ziel so eng faßt, wie es in dem heiß und leidenschaftlich entbrannten Streit um die Frage der selbständigen Jugendorganisation sowohl von deren Befürwortern, wie auch von ihren Gegnern gefaßt worden ist, so erschöpft man keineswegs, was der Inhalt des Lebens und Strebens der proletarischen Jugendbewegung sein muß. Ja noch mehr: das Ziel, proletarische Befreiungskämpfer zu schulen, kann die proletarische Jugendbewegung in möglichst vollkommener Weise nur erreichen, wenn sie mehr ist als eine bloße Vorschule der politischen und gewerkschaftlichen Organisation. Sie muß sich darüber hinaus erweitern und ein wichtiges, unentbehrliches Glied in der Kette der Einrichtungen zu einer planmäßigen Volksbildung werden, wie wir sie unserem sozialdemokratischen Bildungsprogramm entsprechend fordern. Fassen wir in diesem Sinne die proletarische Jugendbewegung auf und an, so ist es nur das normale Ergebnis eines inneren Entwicklungsprozesses, daß die jugendlichen Proletarier ihrerseits eines Tages als gereifte Mitträger des proletarischen und gewerkschaftlichen Kampfes in die Arena treten.

Wollen wir die proletarische Jugendbewegung verstehen und fördern, so müssen wir uns zunächst klar darüber werden, welches die geschichtlich treibenden Kräfte sind, die hinter ihr stehen. Eine klare Antwort auf die Frage nach diesen läßt uns auch Ziel, Aufgaben, Inhalt und Charakter der sozialistischen Jugendbewegung erkennen, sie lehrt uns, diese Bewegung selbst als ein bedeutendes Stück der geschichtlichen Entwicklung auffassen. Die letzte treibende Kraft der sozialistischen Jugendbewegung ist die kapitalistische Produktionsweise. Die kapitalistische Produktion und die auf ihr beruhende bürgerliche Gesellschaft schaffen die Erziehungsbedürftigkeit der proletarischen schulentlassenen Jugend. Das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals, das von den Fortschritten der Technik und der Produktionsverfahren angereizt wird, dem die Notlage des Proletariats als Klasse ebenso entgegenkommt, wie die Emanzi-

fikation der Frau vom Haushalt, wägt das proletarische Familienleben gründlich um. So eignet der kapitalistischen Produktion die Tendenz, die proletarische Familie gleichsam in ihre Atome aufzulösen und alle Glieder derselben als unmittelbare Ausbeutungsobjekte der kapitalistischen Mehrwertpresserei zu überantworten: Nach dem Manne das Weib, nach dem Weib die Kinder. Das allein schon bedeutet eine Einengung, ja in Zehntausenden von Fällen die Aufhebung der Möglichkeit für die proletarische Familie, ihren Nachwuchs bis zur Reife zu erziehen. Die proletarische Klassenlage als Ganzes, nicht zum mindesten auch die geistige Armut und Not, die ihr Erbteil ist, tut das Ihrige, um die Voraussetzungen für ein erspriechliches erzieherisches Walten der proletarischen Eltern herabzumindern. Für unsere Frage kommt an erster Stelle die Rückwirkung der revolutionierten Verhältnisse auf die schulentlassene Jugend in Betracht. Dank der herabgehobenen Umstände wächst stetig und rasch die Zahl der jungen Proletarier, die als Erwerbstätige den Kampf ums Dasein aufnehmen müssen, lange ehe eine sorgfältige Pflege und Erziehung ihre körperlichen und geistig-ittlichen Kräfte zu einem gewissen Grad der Kraft und Reife hätte führen können. Die Berufs- und Gewerbezahlungen, die Berichte der Fabrikinspektoren spiegeln diesen Tatbestand in Ziffern wider, sie bestätigen überdies, daß er einem Vorgang entspricht, welcher sich international in allen Ländern vollzieht, wo die kapitalistische Produktion ihre Herrschaft ausbreitet. Die Zahl der jugendlichen Arbeitskräfte steigt überall in weit stärkerem Verhältnis als die Zahl der erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Aber die kapitalistische Produktion kann mit den alten Formen des Wirtschaftslebens nicht aufräumen, ohne auch die überkommenen Formen der sozialen Beziehungen zwischen den Menschen zu zerbrechen und umzugestalten. Das ausbeutende Kapital kann die jugendlichen Proletarier nicht als selbständige „freie Lohnarbeiter“ auf den Arbeitsmarkt schleppen und treiben, ohne daß sich auch eine tiefgreifende Umwälzung in ihrer Stellung zur Familie und in ihrem Bewußtsein vollzieht. Die Erwerbstätigkeit emancipiert die jugendlichen Proletarier und Proletarierinnen wirtschaftlich von der Familie und verleiht ihnen ihr gegenüber Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Ähnlich wie durch die Berufsarbeit die Frau wirtschaftlich von der Familie losgelöst und selbstständig wird und einen neuen Bewußtseinsinhalt bekommt, so wird durch die Erwerbsarbeit die Lage und die Psyche der jugendlichen Proletarier revolutioniert. Die Familie hört auf, für sie eine Stätte des Schutzes und der Erziehung zu sein, an die ihre wirtschaftliche Existenzmöglichkeit geknüpft ist. Sie „essen ihr eigenes Brot“. Die Eltern sind nicht länger die Erhalter ihres Nachwuchses. Damit setzt eine Umwälzung des alten Verhältnisses zwischen Eltern und Kindern ein. Es bewahrheitet sich, was das kommunistische Manifest sagt, daß das Verhältnis des Proletariats zu Weib und Kind nichts mehr gemein hat mit dem alten bürgerlichen Familienverhältnis. Dem gesellschaftlichen Wirtschaftsleben eingegliedert, erwachen Weib und Kind im Proletariat zu dem Bewußtsein ihrer eigenen Persönlichkeit. Das alte Familienverhältnis baute sich auf auf dem absoluten Befehlsrechte der Eltern als der wirtschaftlich Erhaltenden und auf der ebenso absoluten Gehorsamspflicht der Kinder als wirtschaftlich Erhaltenen. In dem Maße aber, als die schulentlassenen jungen Proletarier im Kampfe um die Existenz selbständig ihren Unterhalt suchen müssen, wird dies rohe, brutale Machtverhältnis revolutioniert. Soweit die Autorität der Eltern über die Kinder sich nur auf den Deutel, den Brotkorb stützt, geht sie in die Brüche. Nicht mehr als Ausfluß wirtschaftlicher Macht, nur noch als Ausdruck geistiger und sittlicher Überlegenheit vermag sie sich zu behaupten. Das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern steht nicht mehr

besten des offiziellen Fortbildungsunterrichtes abzuhelfen, zweekt es zum anderen Teil bewußt darauf ab, jene sogenannte „Arbeiterbildung“ zu fördern, welche im Interesse des Profits und der Herrschaft der bestehenden Klassen liegt, weil sie das berufliche, das technische Können der jungen Proletarier erhöht und ihnen eine bürgerliche Auffassung der Geschichte, der Gesellschaft einimpft. (Sehr richtig!) In unseren Tagen spricht aber die Logik der Tatsachen nicht mehr allein zu den jugendlichen Proletariern von diesem Stand der Dinge. Die geistige Atmosphäre, in der ihre Klasse lebt, atmet, ist erfüllt von den sozialistischen Ideen. Sie offenbart sich schon der proletarischen Jugend, daß ihr Recht auf Bildung und Erziehung nur das Recht ihrer ganzen Klasse ist auf soziale Zustände, welche jedem einzelnen Glied der Gesellschaft in ihrem ureigensten Interesse die Möglichkeit verbürgen, alle körperlichen und geistigen Fähigkeiten zu hoher Vollenbung zu entfalten, alle sich ergebenden reifenden und reifen Kräfte zur inneren Befriedigung, zum Wohle der Allgemeinheit zu betätigen. Dieses Recht ist nicht im Sinne jenes Naturrechts zu verstehen, auf das sich die wissenschaftlichen Vorläufer der politischen Emanzipation der Bourgeoisie beriefen. Nein, es ist ein soziales Recht, das in der wirtschaftlichen und sozialen Rolle fest verankert liegt, welche dem Proletariat in der heutigen Gesellschaft zugefallen ist. Sie erschöpft sich keineswegs in dem, was dieses im Produktionsprozeß leistet. So ungeheuer wertvoll das ist, es wird ergänzt und überpflügt durch die historische Bedeutung des Klassenkampfes, den die Ausgebeuteten gegen die Barbarei der kapitalistischen Gesellschaft in der Gegenwart, für die Aufhebung und Ueberwindung dieser Gesellschaft in der Zukunft führen. In unseren Tagen ist das Klassenbewußt kämpfende Proletariat das geschichtliche Subjekt der sozialen Erde, es ist der mächtigste Faktor, der die gesellschaftliche Entwicklung bewußt vorwärtstreibt. Dem sozial festgewurzelten Recht der Arbeiterklasse auf Bildungs- und Betätigungsmöglichkeit steht jedoch das Vorrecht der bestehenden und ausbeutenden Klassen entgegen. Nur im Kampfe gegen diese vermag es sich daher durchzusetzen und nur durch die Niederzwingung der Gesellschaft der Klassegegensätze und der Massenausbeutung kann es ganz triumphieren. Das Proletariat bedarf für seinen Emanzipationskampf des Wissens, der Erkenntnis, aber erst sein Sieg über die ausbeutenden Klassen, erst die sozialistische Ordnung freier, gleichberechtigter Arbeiter wird ihm, wird allen Gliedern der Gesellschaft Bildungs- und Wirkungsfreiheit sichern, die alle schlummernden Kräfte zum Leben erweckt, zur Blüte bringt und in sozialer Gesinnung Früchte tragen läßt. Angesichts des aufgegebenen Zusammenhangs der Dinge fällt für die jugendlichen Proletarier das Lebensinteresse ihrer Jugend mit dem Lebensinteresse ihrer Klasse zusammen. Sie lernen den Klassenkampf als die Macht würdigen, welche Bahn für ihre Entwicklung schafft. Sie werden der Erkenntnis voll, daß auch für ihr insofern Menschentum des Sozialismus allein der große Befreier ist. Sie wissen, ihre Zukunft ist unlösbar verknüpft mit dem geschichtlichen Lebensinteresse des gesamten Proletariats. (Weifall.)

In diesem Punkte muß meiner Ansicht nach die sozialistische Jugendbewegung einsehen. Die sozialistische Jugendbewegung ist ein Stück jener proletarischen praktischen Selbsthilfe, zu der das Proletariat durch seine Klassenlage gedrängt wird und die sich als Klassenkampf durchsetzt. Es entspricht nur dem Wesen der proletarischen Emanzipationsbewegung, daß die proletarische Jugend im Geiste des Sozialismus und für den Sozialismus erzogen werden muß. Die Lösung dieser Aufgabe muß aber in hohem Maße das Werk der Jugend selbst sein. Das politische, gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierte Proletariat, das von der Ueberzeugung der Gleichberechtigung der Geschlechter tief

durchdrungen ist, ruft die Frauen zur Mitarbeit in seine Reihen, damit sie sich lernend, arbeitend zu selbständigen Persönlichkeiten, zu Mitträgerinnen der Bewegung entwickeln, durch ihre Betätigung ihre Gleichwertigkeit erweisen und mit eigenen Kräften für ihre Befreiung wirken. Gerade so muß das jugendliche Proletariat durch Selbsterziehung vorwärts und aufwärts bringen. Die sozialistische Jugendbewegung ist der Weg dazu. In ihr muß daher der Initiative, der Betätigung der Jugend selbst der größte Spielraum gelassen werden. Es entspricht dies nur unserem Grundsatz von der Gleichberechtigung aller Menschen, demzufolge wir in den jugendlichen Proletariern die werdenden Glieder der Gesellschaft, die künftigen Träger des proletarischen Befreiungskampfes sehen. Es entspricht das dem Prinzip der Selbstbetätigung, das im Sozialismus lebendig ist, der die Emanzipation der Arbeiterklasse als Werk der Arbeiterklasse selbst erstrebt, also ganz auf die Erweckung des Willens zur eigenen Tat gestellt ist. Durch richtige Erkenntnis diesen Willen schon in den jugendlichen Proletariern zu wecken, zu stärken und auf das eine Ziel zu richten: das ist es, was die sozialistische Jugendbewegung erstrebt. Sie muß sich an die Massen des jugendlichen Proletariats wenden, muß sie mit dem lebendigen Geiste des Sozialismus durchdringen und der Fähigkeit reifen Handelns entgegenführen. Ihr Ziel ist nicht etwa, einzelne frühreife Persönlichkeiten mit Formeln auszurüsten, die es ihnen ermöglichen, abzugucken, wie die Wissenschaft sich räuspert und wie sie spuckt, und für die auch der Sozialismus zu solcher Formel zusammenschrumpt. Die proletarische Jugendbewegung soll im lebendigen Geiste des Sozialismus das Wollen vorbereiten und mit dem Wollen zugleich zur Tat bereitmachen. Von einer Erkenntnis durchdrungen, von einem Wollen befeuert, werden die Massen der jugendlichen Proletarier, wenn ihre Kräfte aus reifenden zu reifen geworden sind, zukunftsfröh und begeistert im Interesse ihrer Klasse handeln. (Lebhafter Beifall.)

Wenn die sozialistische Jugendbewegung im Dienste dieses Zieles wirken will, so muß sie zunächst dem körperlichen, geistigen und sittlichen Verfall entgegenarbeiten, welcher der proletarischen Jugend infolge der kapitalistischen Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte droht. Körper und Geist sind eine Einheit. Ruin der körperlichen Gesundheit und Kraft bedeutet in der Regel auch eine Abnahme der geistigen Kräfte, eine Schwächung der sittlichen Stärke. Es ist ein Wahnsinn, gepaart mit einem Verbrehen, daß unsere Gesetgebung den jugendlichen Arbeiter und die jugendliche Arbeiterin im Alter von 16 Jahren als erwachsen erklärt, als reif für die fast schrankenlose kapitalistische Ausbeutung. (Lebhaft Zustimmung.) Sie alle, die Sie durch die Fälle dieser Ausbeutung gegangen sind, oder die erleben mußten, daß junge Angehörige und Freunde in ihr litten, wissen, welche Leiden, welche schwere Schädigungen der Leiblichen und geistigen Kräfte die skrupellose kapitalistische Ausbeutung über die arbeitende Jugend verhängt. Die sozialistische Jugendbewegung muß den Kampf dagegen mit aller Energie aufnehmen. Das kann sie dadurch tun, daß sie vor allem unter den Massen der jungen Proletarier selbst die Erkenntnis des blutigen Unrechts verbreitet, daß ihr geschieht. Sie muß hier, anknüpfend an die kapitalistische Ausbeutung der kindlichen und jugendlichen Arbeitskräfte, Aufklärung verbreiten über das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung selbst, wie über ihre Ordnung und ihren Staat. Sie muß den jugendlichen die Gefahren für Leib und Seele zum Bewußtsein bringen, denen diese Ausbeutung sie preisgibt, muß durch Sammlung von Material darüber eine Epoche ihrer Leiden, eine Anregerin von Besserungen in ihrer Lage, eine Kämpferin im Kampfe für Reformen zu ihren Gunsten sein. Ihr fällt gleichzeitig die Aufgabe zu, durch Verbreitung von Wissen über die

Forderungen, welche die Hygiene, die Wissenschaft überhaupt im Interesse gesunder körperlicher und geistig-sittlicher Entwicklung erhebt, den jugendlichen Proletariern sowohl zu zeigen, was das Kapital und die bürgerliche Ordnung an ihnen verbrochen, wie sie zu befähigen, soweit der Enge Rahmen der Klassenlage es gestattet, den verwüstenenden Einflüssen der Erwerbsarbeit bewußt entgegenzuwirken. Es liegt auf der Hand, daß die Jugendbewegung diesen Komplex von Aufgaben nicht allein, sondern nur zusammen mit dem reifen, politisch und gewerkschaftlich kämpfenden Proletariat in Angriff nehmen kann. Des weiteren ist es Ziel der proletarischen Jugendbewegung, nach Möglichkeit gutzumachen, was die Volksschule, was die anderen Bildungsinstitute des Klassenstaates an der proletarischen Jugend sündigen. Nicht bloß gegen ihren Geist, nein, auch gegen ihre Sittlichkeit. Die bürgerliche Gesellschaft ist bestrebt, wie die geistigen, so auch die sittlichen Ideale der Massen zu verkäufeln. Ihr Ideal für die Bildung der Massen ist nicht die Freiheit, sondern Unterwerfung und Knechtschaft. In der proletarischen Familie fehlen jedoch oft genug die materiellen und kulturellen Vorbedingungen, um dem allen entgegenzuarbeiten. War sie in der Folge schon ohnmächtig, dem Anrecht der Kindheit auf Erziehung zu genügen, so kann sie erst recht nicht den vorliegenden Bedürfnissen der heranreifenden Jugend gerecht werden. Damit nicht genug: An die proletarische Jugend treten verschiedene verwerfliche und verderbende Einflüsse heran, welche Produkte der kapitalistischen Gesellschaft sind. In erster Linie der Alkoholismus. Die Alkoholverbreitung, ist für bestimmte Kreise der bestehenden Klassen ein Geschäft, und zwar ein sehr einträgliches Geschäft. (Sehr richtig!) Ebenso entsprechend dem Grundsatz der kapitalistischen Welt: non olet — Geld stinkt nicht — die Verführung der Massen, der jugendlichen Massen insbesondere, mit Schundliteratur, wie mit allen Werken und Ausprägungen jener Ksterkunst, die an die schlechtesten Instinkte appelliert. Die kapitalistische Gesellschaft erzeugt die Produzenten und Konsumenten solcher Ksterkunst, sie erzeugt vor allem Unternehmer, die beide gründlich ausbeuten und aus ihrem sittlichen Ruin Gold münzen. Die pornographischen Reproduktionen, die mit Kunst nichts gemein haben, die Ringeltangel, Varietés usw. sind Mittel der kapitalistischen Plasmacherei auf Kosten der leiblichen und seelischen Volksgesundheit. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Jugendbewegung, diesen verwahrlosten, verrohenen, Körper und Geist verderbenden Einflüssen entgegenzutreten.

Aber sie hat nicht nur eine negative, sondern auch eine positive Aufgabe. Sie darf nicht nur abwehren, sie muß auch aufbauen, planmäßig dafür sorgen, daß an die jugendlichen Proletarier Bildungselemente körperlicher, geistiger und sittlicher Art herantreten, die geeignet sind, eine harmonische vollendete Entfaltung der jungen Proletarier zu fördern. Die Richtlinien für diese Wirksamkeit hat in vorzüglicher Weise Genosin Roland-Holtz auf der Internationalen Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen in Stuttgart aufgezeigt. Lesen Sie den Bericht. Er orientiert lichtvoll darüber, welcher Art die Bildungselemente sein sollen, die die sozialistische Jugendbewegung dem proletarischen Nachwuchs vermittelt. Zugleich läßt er erkennen, was die sozialistische Jugendbewegung ist und was sie will. Niemand wird sich dem Eindruck entziehen können, daß sie von den höchsten sittlichen, sozialen Idealen unserer Zeit getragen wird — sittlich selbstverständlich im sozialistischen Sinne — und daß sie nicht auf Kleinliche Vereinsmeierei ausgeht. Nur kurz sei auf positive erzieherische Aufgaben hingewiesen, welche die sozialistische Jugendbewegung erfüllen soll. Weil nur in einem gesunden Körper eine gesunde Seele wohnen kann, muß sie zunächst den Schädigungen entgegen-

wirken, welche der normalen, kraftvollen körperlichen Entwicklung der jungen Proletarier drohen. In erster Linie als Ausbeutungsobjekt, dann aber auch sonst reichlich genug in der kapitalistischen Gesellschaft. Es sei nur daran erinnert, daß durch die Erwerbsarbeit im kapitalistischen Betrieb bestimmte Gruppen von Muskeln und Nerven entarten müssen, weil die einen einseitig in Tätigkeit gesetzt und überanstrengt werden, während andere zur Untätigkeit verdammt sind. Turnen, Wärfche, Sport, Ausflüge, kurz systematisch betriebene Leibesübungen aller Art sind Mittel, das physische Verkümmern der proletarischen Jugend aufzuhalten. Solche Übungen sollen auch den Zweck haben, den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die Freude an der Kraft, an der Gesundheit und Schönheit des menschlichen Körpers wiederzugeben. Die kapitalistisch ausgebeutete Arbeit raubt ihnen diese Freude. Für sie kommt Körper und Geist vielfach nur noch als Hand in Betracht. Der englische Unternehmer spricht beziehend genug von den Arbeitern nur als von Händen. Auch die christlich-spiritualistische Auffassung, daß der Körper etwas Niedrigeres als die Seele, daß er ein „Gefäß der Sünde“ sei, hat die Freude am Leibe genommen, hat diesen gleichsam beschmutzt und entwürdigt. Hygienisch und ästhetisch gerichtete Körperübungen können in den jugendlichen Proletariern das Bewußtsein der Würde, der Schönheit, der Kraft des Körpers vermitteln. Sie sind dazu angetan, diese auch in innigen Zusammenhang mit der Natur zu bringen und mit dem Verständnis für sie die Freude an ihr, die gesteigerte Fähigkeit zum Genuß ihrer Herrlichkeiten zu entwickeln. Selbstverständlich dürfen körperliche Übungen in der sozialistischen Jugendbewegung nicht übertüchern, nicht Selbstzweck werden. Unserer Auffassung entsprechend, daß Körper und Geist untrennbar zu einem verbunden sind, müssen sie stets auch als grundlegend für die normale Entwicklung geistiger und sittlicher Eigenschaften betrachtet werden. Dabei kommen gerade Geistes- und Charakterzüge in Betracht, die der reife, kämpfende Proletarier später betätigen muß.

Ohne einer leeren, gedankenlosen Vielwifferei Vorschub zu leisten, muß ferner die sozialistische Jugendbewegung auch — wie schon in anderem Zusammenhang erwähnt — hygienisches Wissen verbreiten. Unter dem, was sie in dieser Hinsicht zu leisten hat, sei an erster Stelle an die Aufklärung über den Alkoholismus und über sexuelle Fragen erinnert. Eine vernünftige, streng wissenschaftliche und dabei zartfühlende taktvolle Belehrung über die Fragen des sexuellen Lebens ist das beste Mittel, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern auf eine gesunde sittliche Basis zu stellen. Gerade in dieser Hinsicht hat die sozialistische Jugendbewegung ein ungeheures Wirkungsfeld vor sich. Was das proletarische Heim nicht leisten kann oder vernachlässigt, was die Schule heute noch nicht gibt, das kann sie dem proletarischen Nachwuchs ohne Unterchied des Geschlechts vermitteln: die Einsicht in die natürlichen Gesetze und Bedingungen, welche das Wachsen des mächtigsten, des stärksten Naturtriebes neben dem Hunger, des Geschlechtstriebes, regeln; die Würdigung der Tatsache, daß seine Befriedigung über dem physisch-psychischen Gefühl der Individuen hinaus der Erhaltung der Art dient, die nicht bloß existieren, die vervollkommenet werden soll; das Bewußtsein der ungeheuren Verantwortlichkeit, die daher dem geschlechtlichen Leben jedes einzelnen aufkommt. Die jungen Proletarier müssen dazu erzogen werden, das rohe, blinde sexuelle Triebleben geistig und sittlich zu zügeln, es mit dem Gehalt unserer Kultur zu durchdringen, zu vergeistigen.

Die hygienische Aufklärung leitet hinüber zu einem Bildungsgebiet, dem die Jugendbewegung besonders hervorragende Aufmerksamkeit zuwenden muß. Sie hat die Aufgabe, die jungen Proletarier in die Naturwissenschaften ein-

zuführen, sie mit ihren wichtigsten Ergebnissen bekanntzumachen, ihrem Verständnis das Naturganze, das Weltall, den Kosmos zu erschließen. Selbstverständlich kann es sich dabei nicht um die Anhäufung von Einzeltatsachen handeln. Nicht verwirrende Vielwifferei, sondern geistige klare Beherrschung des Bekannten und Gelernten, Anregung zum selbständigen Beobachten und Denken muß die Parole sein. Worauf es ankommt, ist, den jungen Proletariern die gesetzmäßige Einheit alles natürlichen Seins zum Bewußtsein zu bringen, ihnen die großen, inneren Zusammenhänge zwischen seinen verschiedenen Formen und Erscheinungen aufzuzeigen, wie seinen unaufhörlichen eigengefährlichen Entwicklungsprozeß. So lernen sie das Weltall in seiner reichen Mannigfaltigkeit wie in seiner Einheit begreifen, in seinem Wandel wie in seiner Gesetzmäßigkeit und empfinden sich selbst als eins seiner Teilchen. In der gleichen Weise muß das Bildungsgebiet behandelt werden, das meines Erachtens die Achse, den Zentralpunkt der Bildungsabstrebungen darstellt, deren Trägerin die sozialistische Jugendbewegung ist. Es ist das Gebiet der sozialen Wissenschaften. Auch hier darf das Schwergewicht nicht auf das Ansammeln einer Ueberfülle geschichtlicher und sozialer Daten gelegt werden. Das vermittelte Wissen muß vielmehr vor allem zu klarer Erkenntnis der eigengefährlichen Entwicklung der Gesellschaft führen. Es muß die Kriekräfte des geschichtlichen, des gesellschaftlichen Werdens und Vergehens aufzeigen, die ehernen Gesetze, welche es regieren; es muß einen klaren Einblick in den Mechanismus der kapitalistischen Produktion und die auf ihr beruhende bürgerliche Gesellschaftsordnung geben und in die treibenden Faktoren, welche in ihr wirksam sind. Geschieht das, so wurzelt in den jungen Proletariern die Ueberzeugung fest, daß die geschichtliche Entwicklung mit Naturnotwendigkeit, unabwendbar und unaufhaltbar zur sozialistischen Gesellschaft führt. Sie lernen die Kräfte kennen, welche die kapitalistische Ordnung revolutionieren, die sozialistische vorbereiten, und so erwachsen sie zum Bewußtsein der gewaltigen Rolle, welche der zickflare Wille des Proletariats in der geschichtlichen Entwicklung unserer Zeit spielt, und der ungeheuren Verantwortlichkeit, welche in der Folge allen seinen Gliedern auferlegt wird. Erkenntnis der eigengefährlichen Entwicklung der Natur und der Gesellschaft ist das wirksamste Gegengift gegen den religiösen Aberglauben und Mystizismus, der nur zu oft auch zum sozialen Mystizismus führt, d. h. im letzten Grunde zum Abbanden vor der kraftvollen Tat, zum Verzicht auf das bewußte Eingreifen in den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung. Es versteht sich, daß die gepflegte Erkenntnis zur fruchtbaren Wurzel der Charakterbildung werden muß. Die sozialistische Jugendbewegung muß bewußt alle Eigenschaften, alle Tugenden fördern, deren der reife Proletarier für den Emanzipationskampf seiner Klasse bedarf, sie muß eine Pflanzschule sozialistischer Charaktere sein.

Das gebrängt Skizzierte über die Bildungsaufgaben der sozialistischen Jugendbewegung weist mit greifbarer Deutlichkeit darauf hin, daß den jungen Söhnen und Töchtern des Proletariats das nötige erzieherische Wissen nicht mit den Methoden und nach der Art der politischen und gewerkschaftlichen Massenagitation übermitteln kann. Nicht der Agitator und Organisator hat dabei das entscheidende Wort zu sprechen, sondern der Erzieher, was allerdings keineswegs gleichbedeutend ist mit Schulmeister in der laudäufigen bürgerlichen Bedeutung des Worts. Die reiche Fülle der Bildungselemente, deren Vermittlerin die sozialistische Jugendbewegung sein soll, so zu gestalten und sie den jugendlichen Proletariern in der Weise nahe zu bringen, wie es den Gesetzen der leiblichen und geistigen Entwicklung entspricht: das ist Sache einer Pädagogin, die ihrem Wesen nach selbst von der

Theoretisch wohl befähigten und geklärten sozialistischen Erkenntnis durchdrungen sein, die ihrer Form und ihrem Gebaren nach frei von jeder beschränkten fachgelehrten Zünftelei bleiben muß. Wirkt die sozialistische Jugendbewegung als Bildungs-, als Erziehungsbewegung im Sinne der angebotenen Richtlinien, so führt sie zu einer festen, klaren sozialistischen Erkenntnis, die der Schlüsselpunkt einer natürlichen geistigen und sittlichen Entwicklungsreihe und Entwicklungsreihe ist. Darauf aber kommt es an. Es kann nicht ihre Aufgabe sein, als eine Art Schnellbleiche oder „Presse“ für einzelne besonders begabte proletarische Persönlichkeiten zu funktionieren, welche ihrer Eigenart nach für eine frühzeitige öffentliche Betätigung disponiert sind. Sie muß die breitesten Massen der proletarischen Jugend erfassen und im sozialistischen Sinne erziehen, so daß ihre selbstgewurzelte, unausrottbare sozialistische Ueberzeugung der Abschluß eines normalen inneren Werdeganges ist. Ist das der Fall, so wird der Sozialismus im persönlichen Leben der einzelnen zu einer lebendigen, einer wirksamen Kraft. Er verfeinert nie zu einer toten Formel, er macht nie vor der Schwelle des Privatlebens halt. Zwischen Theorie und Praxis, zwischen Bekenntnis und Handeln wird sich dann nicht — wie heute leider so oft — ein klaffender Gegensatz zeigen. Erfährt man nicht gelegentlich, daß die bravsten Genossen, die besten Gewerkschaftler in ihrem Privatleben noch tief in bürgerlichen Ideen stecken, eine durch und durch bürgerliche Weltanschauung betätigen? Unsere Jugendbewegung muß ein Innenleben schaffen, welches von der sozialistischen Weltanschauung durchdrungen, welches in ihr so fest verankert und verwurzelt ist, daß kein Gesetzesparagrah und keine Bajonette, daß kein persönlicher Vorteil den einzelnen davon abzuhalten vermag, sozialistisch zu handeln. Sie muß Befenner des Sozialismus erziehen, die in ihrer Ueberzeugung leben, weben und sind. (Zustimmung.)

Die sozialistische Jugendbewegung wendet sich an den Nachwuchs der ausgebeuteten Massen und bemüht sich, ihn für die spätere bewußte, zukunftsreudige Betätigung im Dienste seiner Klasse vorzubereiten. Sie übernimmt damit eine ganz spezifische Aufgabe innerhalb der allgemeinen proletarischen Emanzipationsbewegung, eine Aufgabe, die unseres Dafürhaltens weder die politische noch die gewerkschaftliche Organisation allein zu erfüllen vermag, weil beide reife Proletarier zum Kampfe mit bestimmten Lösungen sammeln und nicht reisende Kräfte erziehen wollen, soviel bedeutsame Erziehungsarbeit sie auch an den Erwachsenen leisten. Wenngleich die sozialistische Jugendbewegung ihr Ziel und ihren Inhalt von dem allgemeinen Befreiungskampf des Proletariats erhält, so ist sie doch ihrem Wesen, ihrem Pflichtkreis nach ein besonderer, ein eigener Sproß der modernen Arbeiterbewegung. In dieser ihrer Eigenschaft bedarf sie aber auch eigener, selbständiger Organe, bedarf sie der Organisation. Ohne Organisation werden ihre Versuche, ihren Inhalt in die Tat umzusetzen, mangelhaft bleiben. Soweit die sozialistische Jugendbewegung Bildungsbewegung, Erziehungsbewegung ist — also durchaus unpolitisch und das nicht bloß der Auffassung des Gesetzes, sondern ihrem ganzen inneren Wesen nach — kann sie der eigenen, selbständigen Organisation nicht entraten. Was sie in dieser Hinsicht erstreben muß, das kann weder im Rahmen der gewerkschaftlichen noch der politischen Organisation geleistet werden. (Sehr richtig!) Ich sage das wahrhaftig ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des neuen Reichsbereinsgesetzes, dieser Spottgeburt von konterbativem Feuer und liberalem Dred. (Sehr gut! und lebhafter Beifall.) Die Aufgaben der sozialistischen Jugendbewegung als einer Erziehungsbewegung sind so speziell, so reich, heißen eine so eigene Behandlung, daß sie die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der reifen Träger des proletarischen Klassenkampfes gar nicht erfüllen können. Diese haben ihr eigenes,

weitestmögliches, scharf umgrenztes Pflichtgebiet, das sie vollaus in Anspruch nimmt, sie können ihrem Wesen nach nicht mit dem komplizierten neuen Wirkungskreis belastet werden, den die Jugendbewegung eröffnet. Die energische Vertretung wirtschaftlicher Berufsinteressen einer bestimmten Arbeiterkategorie, wie sie Pflicht jeder Gewerkschaft ist, die treue Erfüllung der politischen Tagesarbeiten, die den Wahl- und Kreisorganisationen zufallen, ziehen dem Wirken für die Entfaltung sozialistischen Geistes in den proletarischen Jugendmassen bestimmte Schranken. In den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung diente bei uns in Deutschland ein und die nämliche Organisation den verschiedensten Aufgaben, sie war der Rahmen für die politische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche Betätigung, für die Bildungsbestrebungen, die Unterstützungs-einrichtungen des Proletariats. Sie war gleichsam die Schale, die im Kern alle Institutionen umschloß, die sich die Arbeiter aus eigener Kraft zur Hilfe des Leidenden, zur Wehrfähigkeit des kämpfenden Proletariats schaffen mußten. Aber die Erfolge des proletarischen Klassenkampfes selbst haben die Abgrenzung der Wirkungsgebiete und damit die Spezialisierung der Betätigung seitens der Organisation notwendig gemacht. Und je weiter sich das Tätigkeits-reich dehnt, das jeder einzelnen Art der proletarischen Organisation zufällt, je abstrahierender, verantwortungsreicher die Zwecke sind, denen eine jede dient, um so weniger kann sie sich im Nebenamt der methodischen — ich betone das Wort — der planmäßigen Arbeit widmen, um die proletarische Jugend mit der sozialistischen Gedankenwelt zu erfüllen. Die Gründung von Bildungs-ausschüssen, Bildungskomitees usw. seitens der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist in dieser Beziehung lehrreich. Sie ist der Nachweis dafür, daß die Spezialisierung der Arbeitsgebiete des proletarischen Emanzipationskampfes soweit fortgeschritten ist, daß Gewerkschaften und Wahl-vereine von ihren Sonderpflichten derart in Anspruch genommen sind, daß die grundlegende Aufgabe der theoretischen Schulung und Vertiefung eigenen Organen überwiesen werden muß. Jedoch Bildungsinstitutionen für die reifen Träger des Klassenkampfes und für die erst reifenden ist zweierlei. Geht es besteht zwischen beiden ein innerer logischer Zusammenhang, aber trotzdem können die allgemeinen Bildungsorgane des Massenbewußten Proletariats nicht ohne weiteres die Erziehungsaufgaben der sozialistischen Jugendbewegung übernehmen. Immerhin sind sie es, an die sich die aus der eigenen Initiative der proletarischen Jugend hervorgehenden Bildungsvereine anlehnen, mit denen sie sich unter Umständen verbinden können. Das ist auch insofern empfehlenswert, als in den Institutionen zur theoretischen Schulung der Proletarier das geistige Leben der Gewerkschaften und der Parteiorganisationen zu einem Strom zusammenfließt.

Aber ich gehe einen Schritt weiter. Die sozialistische Jugendbewegung bedarf als Erziehungsbewegung nicht bloß eigener Organisationen. Die Bildungsvereine der proletarischen Jugend müssen auch Selbstbestimmungsrecht und Selbstverwaltungsrecht haben. Es versteht sich von selbst, daß die sozialistische Jugendbewegung in ihrer Gesamtheit sich in engerer innerer Fühlung mit dem politisch und gewerkschaftlich kämpfenden, dem genossenschaftlich wirkenden Proletariat halten muß. Wo es die realen Bedingungen erlauben, einen organisatorischen Zusammenhang zwischen ihr und jenen zu schaffen, sollte er geschaffen werden. Es ist ebenso selbstverständlich, daß die sozialistische Jugendbewegung in allen ihren Betätigungsformen nicht bloß der Unterstützung, sondern auch des Rats der reifen Träger des Klassenkampfes im weitesten Umfange bedarf. Das besagt jedoch keineswegs, daß sie unter der getragenen Vormundschaft und Oberhoheit der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stehen darf. Die unpolitischen, nichtgewerkschaft-

lichen Bildungsvereine, welche die proletarische Jugend sich selbst schafft, müssen auch von dieser selbst verwaltet und geleitet werden. Ein Abhängigkeitsverhältnis ihrerseits, das sich eventuell auf gewährte materielle Unterstützung beriefe, würde nur sozial dem alten Machtverhältnis der Eltern über die Kinder entsprechen, es verträgt sich nicht mit dem revolutionierten Bewußtsein der jungen Proletarier, das bereits eingangs charakterisiert worden ist. Doch nicht bloß das. Selbständigkeit, Selbstbestimmungs- und Selbstentscheidungsrecht sind pädagogische Faktoren von höchster Bedeutung. Genossem Dunder hat in ihren vortrefflichen Ausführungen mit vollem Recht besonders darauf hingewiesen, wie wichtig es für die Entwicklung von Geist und Charakter ist, daß in der Familie schon das kleine Kind eine bestimmte, weitgehende Bewegungsfreiheit erhält, zur Selbstentscheidung und Selbständigkeit gewöhnt wird. Was in dieser Beziehung die Familie beginnt, muß die selbständige Jugendorganisation fortsetzen.

Alle moderne Pädagogik, die Anspruch auf Wissenschaftlichkeit macht, stellt die Selbständigkeit des Urteils und der Betätigung in den Mittelpunkt der Erziehung. Sie ist Sonne und Regen, kräftigender Wind und liebe Wärme, unter deren fruchtbareren Einflüssen die Gaben des Geistes und Charakters erblühen. Durch die Freiheit muß für die Freiheit erzogen werden! Gewöhnung zur Selbständigkeit im Denken und Entscheiden bereitet bewußtes, kraftvolles Tun vor. Selbständigkeit heißt auch Selbstbestimmung, Selbstsucht, Selbstbeziehung und Selbstverantwortlichkeit. Das Recht zur Selbstentscheidung hat die Pflicht zu höchster Selbstbetätigung, zu opferwilligster Hingabe zur Voraussetzung. Gerade die Selbständigkeit der Leitung und Verwaltung, welche in den Bildungsvereinen der Jugend selbst zufallen muß, macht diese Organisation zur Schule der Bürgergebenden, welche die reifen Proletarier im Klassenkampf zu betätigen haben. Indem sie die jungen Proletarier vor die Notwendigkeit stellt, selbst zu prüfen, zu wählen, sachlich zu erwägen, fleißig zu arbeiten und begeistert zu opfern, entwickelt sie Einfeld, Konzentration des Willens, Tatkraft und jenen reinen Idealismus, der zum Einsatz der ganzen Persönlichkeit in den Dienst der erkorenen Sache treibt. Daneben fördert sie nicht minder die praktische Arbeitsfähigkeit. Des weitern wird die selbständige Betätigung der Jugend in ihren Vereinen den größten Eifer, den höchsten Ehrgeiz — im besten Sinne des Wortes — die unermülichste Arbeitsfreudigkeit auslösen. Vor allem aber wird durch die selbständige Betätigung der Jugend in ihren eigenen Organisationen jenes ernste, besonnene Verantwortlichkeitsgefühl der Gemeinschaft gegenüber entwickelt, welches die Wurzel reuester sozialer Pflichterfüllung ist. Kurz, die Pflicht der Selbstbetätigung und das Recht der Selbstentscheidung sind wichtige pädagogische Voraussetzungen dafür, daß die proletarische Jugend zum bewußten und organisierten Handeln als Masse im Klassenkampf heranwächst, das eines Tages ihre geschichtliche Aufgabe ist. (Weißall.)

Den hohen erzieherischen Wert der Selbständigkeit und Selbstbetätigung erkennen z. B. sogar die Leiter der katholischen Jugendorganisationen an, wie streng sie auch diese sonst — wie ja die Vereine der erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen auch — unter ihrer geistigen Vormundschaft halten. G. Heßdorffer-M. Glabbach, der die Frage der inneren Organisation der katholischen Jugendvereinigungen behandelt hat (siehe Dr. August Pieper, Jugendfürsorge und Jugendvereine, unter Mitwirkung des Vereinspräsidenten herausgegeben. Soziale Tagesfragen. Zwanglose Feste, herausgegeben vom Volksverein für das katholische Deutschland. 20. Heft. M.-Glabbach, Volksvereinsverlag), empfiehlt, den Mitgliedern selbst soviel wie möglich Mitarbeit und Betätigung zu überlassen. Die Mitglieder der Vereinigungen wählen ihren

Vorstand selbst, und der Vereinspräsident ist auf die eifrige Mitarbeit seines Vorstandes angewiesen, damit er nicht durch Kleinarbeit überlastet wird. Der preussische Handelsminister hat kürzlich ebenfalls einer weitgehenden Selbstbetätigung der Jugendlichen das Wort geredet. In einem Erlaß, der Fürsorgeeinrichtungen für die Fortbildungsschüler gilt, heißt es: „Ich würde kein Bedenken darin sehen, sondern es vielmehr willkommen heißen, wenn die Fürsorgeeinrichtungen sogar auf Vereine gestützt werden, die sich zum Zweck der gemeinsamen Verwaltung der zu ihrem Besten bestimmten Einrichtungen unter den Schülern bilden.“ Die pädagogische Wertung der Selbstbetätigung und Selbstentscheidung als Mittel der Selbsterziehung findet ihren Ausdruck in der Praxis der Landerziehungsheime. Diese stellen meiner Ansicht nach die reifste, höchste Frucht der bürgerlichen Pädagogik dar, zugleich aber enthalten sie bedeutsame Keime zur sozialistischen Erziehung. Keime, die allerdings in der bürgerlichen Gesellschaft nicht Wachstum, Entfaltungsmöglichkeit für all die Kraft, Schönheit und schöpferische Fruchtbarkeit finden können, die in ihnen steckt. Die gut geleiteten Landerziehungsheime haben — um diesen Ausdruck zu gebrauchen — eine demokratische Verfassung, und den Zöglingen steht von frühem Alter an und in steigendem Maße das Recht der Mitberatung und Mitbestimmung in allen Angelegenheiten zu, die sie angehen. Das ganze Leben der Landerziehungsheime untersteht mit in weitestem Umfang der Entscheidung der Zöglinge, wie auch der Unterricht vor allem auf Selbstbetätigung gestellt ist. Das kämpfende Proletariat hat das stolze Wort auf seine Fahne geschrieben: „Die Wissenschaft und die Arbeit.“ Ich glaube, es wird, es darf sich bei Anerkennung und Anwendung der wichtigsten Grundsätze wissenschaftlicher Pädagogik nicht über treffen lassen von bürgerlichen Erziehungsinstitutionen, von Leitern katholischer Jugendvereinigungen, von preussischen Handelsministern. (Sehr gut!)

Eines ist natürlich selbstverständlich und wurde auch schon nachdrücklich hervorgehoben. Die selbständigen Jugendorganisationen bedürfen in hohem Maße der Erfahrung, des Rats der reifen Träger des proletarischen Klassenkampfes. Es wäre unverantwortlich, wollte man sie sich ohne diese wertvollen Faktoren für gedeihliches Leben und Wirken entwickeln lassen. Jedoch nicht dank ihrer materiellen Mittel, gestützt auf den Zwang von Paragraphen sollen die Vertreter des erwachsenen Proletariats die Bildungsvereine der jugendlichen Proletarier bevormunden und beherrschen. Ihr Verhältnis zu diesen wird vielmehr das einsichtsvoller Eltern zu ihren Kindern sein. Kraft größeren Wissens und Könnens und reicherer Erfahrungen sind sie die berufenen und nicht zu missenden Berater, Helfer und Förderer der Jugendvereine; geistige und sittliche Ueberlegenheit wird dort ihrer Stimme ganz von selbst ein großes Gewicht, einen entscheidenden Einfluß sichern, vorausgesetzt natürlich — und das ist von ausschlaggebender Bedeutung —, daß sie geborene Erzieher sind, denen Verständnis und Sympathie für die Jugend, wie pädagogischer Takt eigen ist. Meiner Ansicht nach muß also auch den selbständigen Jugendorganisationen der beratende Einfluß Erwachsener zur Seite stehen. Eine Nebenfrage ist es, in welcher Form das der Fall ist, ob in Gestalt von erwachsenen Mitgliedern mit beratender Stimme in der Leitung, ob in Gestalt eines besonderen Beirats usw. Gewicht ist nur auf den Hauptpunkt zu legen: Die Beratung darf nicht zur Diktatur werden, um mich drastisch auszudrücken. Mit aller Entschiedenheit müssen Versuche abgewehrt werden, die Selbständigkeit der Jugendorganisationen aufzuheben, die das Werk der Jugend selbst sind. Daß die Dinge anders liegen, sobald die proletarische Jugend — wohl gemerkt die proletarische Jugend und nicht etwa die unpolitischen, nicht gewerkschaftlichen Jugendorganisationen — an Aufgaben

mitarbeiten, an Kämpfen teilnehmen will, die in der Hauptsache den reifen Proletariaten zufallen, werde ich später erörtern.

Die Jugendvereine sollten meiner Ueberzeugung nach die jungen Proletarier beider Geschlechter aufnehmen. Manche Genossinnen und Genossen sehen in der gemeinschaftlichen Organisierung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen allerhand Gefahren für die gesunde Entwicklung der einzelnen, für das Leben und die Arbeit der Bildungsvereine selbst. Ich stehe auf dem entgegengesetzten Standpunkt und erblicke in ihr eine Quelle der Förderung der Geistes- und Charakterentwicklung der Mitglieder wie des Gedeihens der Organisationen. Die Jugendvereine sind der gegebene Boden, um einen Anfang mit der Verwirklichung unserer grundsätzlichen Forderung der gemeinsamen Erziehung beider Geschlechter zu machen. Die gemeinsame Erziehung wirkt als Korrektur gegen Fehler, als Anreiz zur Entwicklung von Vorzügen ausgleichend auf beide Geschlechter. Je mehr in puncto dieser Forderung noch in den Schulen und he und da auch in der proletarischen Familie gefündigt wird, um so notwendiger ist es, daß die proletarische Jugendorganisation darauf geht, die schweren Schädigungen der getrennten Erziehung zu überwinden. Sie kann darauf hintwirken, daß der Jüngling in der Jungfrau, daß der heranwachsende Mann im Weibe mehr sieht als bloß das Geschlecht, den weiblichen Menschen, die Lebensgefährtin, die Kampfesgenossin, die Miterbauerin und Mitträgerin des gesamten Lebenswerks. Je zielbewußter die proletarische Jugendorganisation sich bemüht, die zweierlei soziale Wertung und die zweierlei Moral für das männliche und das weibliche Geschlecht zu bestegen, um so fester, reiner, sittlicher wird die Grundlage für das Zusammenwirken der beiden Geschlechter, nicht allein draußen, im proletarischen Klassenkampf, nein, auch drinnen, in der Familie. Es mag sein, daß es infolge des Zusammenfassens beider Geschlechter in einer Organisation vielleicht zu mancher kleinen Liebelei kommt. (Heiterkeit.) Aber meinen Sie, daß das, was in den Jahren, was in der Natur selbst begründet ist, nicht auch ohne Jugendorganisation geschieht? (Sehr richtig!) Ich behaupte sogar, daß Liebeleien zwischen den jungen Proletariaten und Proletarierinnen außerhalb der Jugendorganisationen meist unter weit ungesünderen, ungünstigeren Verhältnissen auftreten werden als innerhalb dieser. Im ersteren Falle werden sie nur zu oft ausschließlich auf das Sexuelle Sinnliche gestimmt sein, in dem letzteren Falle aber wirkt das Sexuelle psychische, wirken geistige und sittliche Umstände mit, weil die jungen Leute als gleichberechtigte und gleichberechtigte Kameraden zusammenarbeiten und einen gemeinsamen höheren Lebensinhalt haben. Also keine Trennung der Geschlechter, die doch später in Partei und Gewerkschaften gemeinsam organisiert werden und kameradschaftlich zusammenarbeiten sollen.

Dagegen befürworte ich eine andere Trennung. Wo es praktisch durchführbar ist, sollten meines Dafürhaltens zwei verschiedene Sektionen der Jugendvereine geschaffen werden, und zwar die eine für die Altersstufe von 12 bzw. 14—16 Jahren, die andere für die Altersstufe von 16—18 Jahren. Ich weiß, daß ich mit dieser Forderung ziemlich allein dastehe und mich mit ihr sogar im Gegensatz zu meinem Freunde Heinrich Schulz befinde, mit dessen Anschauungen — zumal auch in pädagogischen Fragen — ich sonst in der Hauptsache übereinstimme. Nichtsdestoweniger halte ich an ihr fest. Der junge Proletarier wird zur Erwerbsarbeit, zum Kampf ums Dasein hinausgestoßen. In der harten Schule der kapitalistischen Ausbeutung altert, reift er sehr rasch. Zwischen den jungen Proletariaten von 14 bzw. gar nur 12 Jahren — in Bayern endet bekanntlich die Schulpflicht mit diesem Jahre — und denen von 16 Jahren existiert daher betreffs der Geistes- und Charakter-

Entwicklung ein größerer Unterschied als zwischen dem gleichaltrigen Bourgeoisnachwuchs. (Sehr richtig!) Dieser Unterschied muß meines Erachtens bei der Wahl und Ausgestaltung des Bildungstoffes, bei den Methoden des Unterrichts usw. in den Jugendorganisationen beachtet werden. Daher meine Forderung zweier Sektionen. Selbstverständlich dürfen junge Proletarier lediglich ihrer Altersstufe halber nicht zwangsweise in der unteren Sektion festgehalten werden, wenn der Reifegrad ihrer persönlichen Entwicklung zum Uebertritt in die obere Sektion drängt. Worauf es mir ankommt, ist das Vorhandensein einer Bildungs- und Erziehungsinstitution innerhalb der Jugendbewegung, die ihrem ganzen Wesen und Inhalt nach geeignet ist, die Massen der ganz jugendlichen Proletarier aufzunehmen und ihre Bedürfnisse nach Leiblicher und geistiger Entfaltung zu befriedigen. Zur Beurteilung der strittigen Frage kann für uns der Hinweis darauf nicht maßgebend sein, daß unsere Jugendorganisationen Mitglieder von 14 und 15 Jahren haben, die es an geistiger und sittlicher Reife, an Mührigkeit, Arbeitsfähigkeit und Opferwilligkeit mit den älteren Kameraden aufnehmen, ja vielleicht sogar mit 30 Jahre alten Erwachsenen. (Weiterheit.) Nicht einzelne frühreife Persönlichkeiten geben den Maßstab für das, was es zu schaffen gilt, sondern die Entwicklung, die Bedürfnisse der proletarischen Jugendmassen. Die vorzeitige persönliche Reife, welche das Produkt — und bis zu einem gewissen Grade unstreitig ein ungesundes Produkt — der proletarischen Existenzbedingungen ist, sollte meines Dafürhaltens nicht noch durch die Jugendorganisationen gesteigert und beschleunigt werden. Für den Durchschnitt der Jugend könnte das nur auf Kosten der späteren Kraftbetätigung und Leistungsfähigkeit geschehen. Die Zusammenfassung der jugendlichen Proletarier von 13—18 Jahren in einer Organisation trägt meines Erachtens die Gefahr in sich, die halben Kinder einer gewissen künstlichen Frühreife entgegenzuführen oder aber — wenn ihre physische Eigenart gebührend berücksichtigt wird — hemmend als eine Art Bleigewicht auf den Bildungsgang der älteren Mitglieder zurückzuwirken. Dazu kommt noch eine Erwägung. Die jungen Proletarier verlassen die Schule und werden Objekte der kapitalistischen Ausbeutung, ohne daß sie in Zehntausenden von Fällen eine Kindheit im eigentlichen Sinne des Wortes gekannt haben, ihnen blieb die sorglose Freude, das Spiel, der Sonnenschein der Kinderjahre vorenthalten. Es ist eine der Aufgaben der Jugendbewegung, den halben Kindern nach Möglichkeit zu ersetzen, was sie früher daheim entbehren mußten. Daher muß in den unteren Sektionen der Vereine einem erzieherischen Spiel, der Geselligkeit und Freude, kurz Veranstaltungen ein großer Raum gewährt werden, welche die Gemüts- und Charakterbildung im sozialistischen Sinne des Wortes fördern und das geistige Leben anregen und befruchten, ohne daß sie selbst in das Gebiet des strengen wissenschaftlichen Lernens und Arbeitens fallen. Das Schwergewicht hätte meiner Meinung nach darauf zu liegen, in dem Gemütsleben der ganz jungen Proletarier das Gefühl, das Bewußtsein der proletarischen Solidarität fest, unausrottbar einzuwurzeln und die ersten geistigen Elemente zu geben, auf denen sich die sozialistische Erkenntnis aufbaut. Sache der oberen Sektion wird es sein, durch planmäßige theoretische Schulung die Gefühle und primitiven Erkenntnisse zu klarer, wissenschaftlich wohl begründeter Einsicht und Ueberzeugung zu vertiefen.

Es liegt auf der Hand, daß die sozialistische Jugendbewegung sich nicht in der Wirkamkeit der reinen Bildungs- und Erziehungsorganisationen erschöpfen kann. Ihr fallen unstreitig auch andere Aufgaben zu, Aufgaben, die auf dem Feld des politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampfes liegen.

Solche Aufgaben in Angriff zu nehmen, dazu wird die sozialistische Jugendbewegung gedrängt durch die Existenzbedingungen der jungen Proletarier, an die sie sich wendet, wie durch die Interessen des gesamten Proletariats, von dessen geschichtlichem Leben sie Ziel und Inhalt empfängt. Außerdem spricht auch dafür, daß der Kampf selbst eine der stärksten und wertvollsten erzieherischen Kräfte ist. In seiner heißen Atmosphäre reifen rasch die Einsichten, Talente, Charaktereigenschaften. Es hieße daher die Entwicklung des proletarischen Nachwuchses zu Klassenkämpfern künstlich unheilvolle Schranken setzen, wollte die sozialistische Jugendbewegung ihn von praktischen Arbeiten und Kämpfen zurückhalten. Nein, die aufgeklärten jungen Proletarier können nicht bloß, sie müssen an solchen Arbeiten und Kämpfen teilnehmen. Ich denke dabei besonders an den Kampf für den Schutz der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, für den Ausbau der Arbeiterschutzesetzgebung, der Fabrikinspektion, des Fortbildungswesens, des Bildungswesens überhaupt, an den Kampf gegen den Geist des Nordpatriotismus, gegen den Militarismus usw.

Jedoch ist in dieser Beziehung mehreres festzuhalten. Zunächst, daß die Jugendvereine ihrer Natur nach nicht Träger der einschlägigen Arbeiten und Kämpfe sein können. Die Jugendbewegung muß sich für derartige Aufgaben ihre besonderen Organe schaffen, und sie kann sich dieselben trotz der ungünstigen Rechtslage schaffen, wie das Beispiel der sozialistischen Frauenbewegung — allerdings unter etwas anderen Umständen — bewiesen hat. Nicht minder wichtig ist es, daß man sich in der sozialistischen Jugendbewegung über ein anderes klar ist: Arbeiten und Kämpfe, die auf das gewerkschaftliche und politische Gebiet hinübergreifen, können nun und nimmermehr Sache der selbständigen Entscheidung und Aktion der jungen Proletarier allein sein. Sie dürfen nur in Uebereinstimmung mit den Vertretern des gewerkschaftlich und politisch kämpfenden reifen Proletariats und unter deren Führung in Angriff genommen werden. Wie in den Jugendvereinen, welche der Initiative der jugendlichen Proletarier selbst ihre Entschien ver danken, der Jugend werden muß, was der Jugend gebührt, so muß den Gewerkschaften bleiben, was den Gewerkschaften zukommt, so muß den Parteiorganisationen gegeben werden, was der Parteiorganisation ist. Wenn die verschiedenen Formen und Organe der Jugendbewegung in einem Geiste und einem Willen wirken, so werden sie auch ohne festen organisatorischen Zusammenhang untereinander zu dem einen Ergebnis beitragen: die proletarische Jugend mit jener Einsicht und Entschlossenheit zu erfüllen, welche sie befähigt, eines Tages als bewußte und organisierte Masse im Klassenkampf zu handeln.

Vielleicht wird mancher einwenden, daß es unvorsichtig sei, offen auszusprechen, welchem Ziel die sozialistische Jugendbewegung zustrebt. Angesichts der vereinsrechtlichen Bestimmungen würde sie dadurch ans Messer geliefert. Ich teile diese Ängste nicht und habe meine Ausführungen mit dem vollen Bewußtsein ihrer Tragweite gemacht. Wie liegen die Dinge? Unsere Jugendorganisationen, die ihrem Zweck nach Bildungsvereine sein müssen, stellen sich selbstverständlich auf den Boden, der durch die vereinsrechtlichen Bestimmungen umgrenzt ist. Wir wissen jedoch, daß sie durch die strengste Beobachtung des Gesetzes noch nicht vor Auflösung und Schikanen durch die Behörden gefeit sind. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß nicht bloß entscheidet, was in dem Text des Gesetzes steht, sondern wie das Gesetz gehandhabt und der Text ausgelegt wird. Wir kennen jene Praxis der Gesetze, die im Zeichen der Goethe'schen Verse steht: „Im Auslegen seid frisch und munter, legt Ihr's nicht aus, so legt Ihr's unter!“ (Sehr gut!) Meiner Ansicht nach schützt auch die größte Vorsicht und Zagheit nicht davor, daß alle Neuerungen Klassenbewußten Lebens in den ausgebeuteten Massen ausgelegt und gedeutet

werden. (Sehr richtig!) Diesem Los werden auch die Bestrebungen der sozialistischen Jugendorganisationen nicht entgehen. Der Klassenkampf hat in Deutschland eine solche Schärfe und Bitterkeit angenommen, daß wir die besitzenden Klassen auch durch die allerzärtlichsten und nichtsagenden Erklärungen nicht über das täuschen können, was das Proletariat geschichtlich will und wollen muß. Sie wittern es, ahnen es mit dem feinen, geschärften Instinkt von Klassen, die herrschaftsgewohnt sind, sich aber in ihrer Herrschaft ernstlich bedroht fühlen. Wir können erklären, was wir wollen, sie glauben nicht an die Harmlosigkeit des emporstrebenden Proletariats. (Sehr gut!) Auch wenn wir darauf verzichten auszusprechen, was das Ziel der sozialistischen Jugendbewegung sein soll, so sind die herrschenden Klassen nicht in Ungemüchheit und Dunkel darüber, was ihr geschichtlich bedingtes Ziel sein muß. Durch unsere ausweichenden Worte machen wir uns nur den Gegnern verächtlich als Leute, die feig und verlogen sind. (Sehr wahr!) Und eine noch schlimmere Folge tritt ein. Wenn wir nicht offen sprechen, so wird in den Massen nicht die Erkenntnis geweckt von dem, was sie tun müssen. Durch Ueberänglichkeit gewinnen wir also nichts bei den Gegnern und verlieren bei den proletarischen Massen. (Sehr richtig!) Wir dürfen im Proletariat überhaupt nicht jenen Geist der Untertänigkeit und Polizeifrömmigkeit aufkommen lassen, dem aus jedem Gesetzesparagrafen, aus jeder Widelhaube gleichsam das Haupt der Medusa entgegenstarrt, und der sich bei diesem Anblick nicht mehr zu bewegen wagt. (Sehr gut!) Das Proletariat darf seine Latkraft nicht durch den Blick auf die Gewalten der kapitalistischen Ordnung: Gesetzestexte, Büttelschneidigkeit, Juristenweiseit lähmen lassen. Umgekehrt: ihr Wesen und Wirken muß uns zur Entfaltung unserer höchsten Energie, des Maximums unserer geistigen Kraft aufspitzen. Daß das vorwärts drängende proletarische Massenleben sich ungeachtet aller Gesetzesparagrafen, die wir als Ausdruck der Macht der herrschenden Klassen verachten, die wir aber nicht desto weniger als konkrete Dinge, mit denen wir rechnen müssen, zu beachten gezwungen sind, kraftvoll durchzusetzen vermag, dafür ist die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung ein Beispiel. Sie ist auch unter den alten Vereinsgesetzen ausgeblüht und gedeihen und hat einen Grad der Stärke erreicht, vor dem die Gegner die Waffen strecken mußten, weil sie das emporstehende geschichtliche Leben nicht zu erdroffeln vermochten. Die Gewährung des politischen Vereinsrechts an die Frauen ist im letzten Grunde die Kapitulation, ist der Ausdruck der Unmöglichkeit, mit dem Löschhütchen von Paragrafen und Polizeimaßregeln die hochobertende Flamme der Lebensäußerungen auszublafen, die ihre Kraft aus den revolutionierten Verhältnissen saugen. Auch die sozialistische Jugendbewegung wird allen zu erwartenden Drangsalierungen zum Trotz gedeihen, denn hinter ihr stehen — wie wir gesehen haben — treibende geschichtliche Kräfte, die mit dem ehernen Zwang von Naturgesetzen wirken.

Die kämpfende, die reife Generation des Proletariats hat aber alle Ursache, mit Mut und Tat schühend und fördernd der sozialistischen Jugendbewegung zur Seite zu stehen. Diese gehört ihrem Inhalt nach zu den bedeutungsvollsten geschichtlichen Erscheinungen. Indem sie die Massen der proletarischen Jugend ergreifen, im Geiste der sozialistischen Weltanschauung und für die Ziele des Sozialismus erziehen will, ist sie ein hervorragender Träger der Tendenz, welche darauf abzielt, bewußt den Individualismus als Prinzip der persönlichen Entwicklung und gesellschaftlichen Betätigung zu überwinden. Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt den Individualismus, die bürgerliche Ordnung entwickelt ihn, und bürgerliche Philosophen und Pädagogen — deren glänzendster Vertreter Rousseau war — haben ihn als

Lebensprinzip zum Mittelpunkt der Erziehung gemacht, noch ehe daß er sich dank der Auflösung der alten sozialen Bindungen zwischen den Menschen, insbesondere aber des Verfalls der alten Familienform in der Praxis in dem Anfange durchsetzte, wie dies später der Fall war, nachdem die Bourgeoisie ihre politische Herrschaft angetreten hatte. Der Individualismus ist das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Ihn im Fühlen und Denken der Massen zu überwinden, ist eine der wichtigsten ideellen Vorbedingungen für die Verwirklichung des sozialistischen Endziels. Indem die sozialistische Jugendbewegung dafür wirkt, indem sie jugendliche Massen durch die Gemeinschaft und für die Gemeinschaft ihrer Klasse erzieht, leistet sie ein gewaltiges Stück jener Arbeit zur Revolutionierung der Köpfe, welche der Revolutionierung der ökonomischen, der sozialen Ordnung vorangehen muß. So steht in ihr ein inhaltschweres Stück Zukunftsarbeit für die Befreiung des gesamten Proletariats.

Jedoch schon für die Gegenwart gewinnt die systematische Aufklärung der proletarischen Jugend in unserem Sinne für das kämpfende Proletariat steigende praktische Bedeutung. Die Zahl der jugendlichen schwillt an, welche im wirtschaftlichen Leben als Lohnbrüder, wohl gar als Streikbrecher gegen die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen ausgespielt werden können. Die sozialistische Jugendbewegung muß durch ihr Erziehungswerk dieser Möglichkeit entgegenarbeiten, sie muß bestrebt sein, die jugendlichen Ausgebeuteten zu kampfesgeoffenen der erwachsenen Proletarier zu schulen. Je mehr die Klassenkämpfe sich zuspitzen, desto mehr wächst auch die Gefahr, daß die Proletarier in Uniform gegen die Proletarier ohne Uniform ausgespielt werden, daß die proletarische Jugend zum Werkzeug der brutalen Gewalt entwürdigt wird, welche als letztes Bollwerk der Klassengesellschaft die Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats bereuigen soll. Dieser Gefahr gilt es im Sinne der Resolution des Internationalen Sozialistischen Kongresses zu Stuttgart über den Kampf gegen den Militarismus durch die Aufklärung der proletarischen Jugend zu begegnen. (Sehr gut!) Die Aufklärung über das Wesen des Militarismus muß schon im Heim beginnen, sie muß später durch Vermittelung der sozialistischen Jugendbewegung fortgesetzt werden. Ich bemerke ausdrücklich, daß sie jedoch keineswegs die Aufgabe der Jugendorganisationen sein kann, das Proletariat wird andere Mittel und Wege dazu finden. Wird von allen Seiten, die in Betracht kommen können, mit Ernst und Besonnenheit gewirkt, so werden auch wir mit der Zeit erreichen, was die „Junge Garde“ in Belgien erreicht hat. Durch entsprechende Aufklärung der Jugend wird ohne besondere Kasernenagitation das Militär als Werkzeug der Klassenherrschaft zur Niederhaltung des Proletariats unbrauchbar. Revolutionierung der Köpfe höhlt den Militarismus von innen aus. Die Gegner der Befreiung des Proletariats suchen der Aufklärung der proletarischen Jugend über das Wesen des Militarismus planmäßig entgegenzuarbeiten. Es sei nicht nur an die bekannten Maßnahmen der bürgerlichen und militärischen Behörden erinnert, sondern auch an die entsprechenden Bestrebungen bürgerlicher Jugendorganisationen. Dr. Pieper befürwortet in seiner angezogenen Schrift ausdrücklich, daß die katholischen Jugendvereinigungen ihr Wirken auch auf die zum Militär einberufenen jungen Leute erstrecken müssen. Natürlich zum Zweck der „patriotischen Erziehung“, der auch eine Militärparade, „Weihnachtspaketchen“ usw. dienen soll. Das Proletariat kennt die „patriotische Erziehung“, die die herrschenden Klassen meinen. Ueberhaupt darf das kämpfende Proletariat nicht in den Schoß gelegten Händen zusehen, daß bürgerliche Bewegungen Geist und Herz seines Nachwuchses mit bürgerlichen Ideen erfüllen und ihm damit den

Weg zum Heerlager des proletarischen Befreiungskampfes versperren. Zähler müssen zur eifrigsten Förderung der sozialistischen Jugendbewegung anspornen. Nach der Statistik der konfessionellen Jugendvereine, die Dr. Pieper mitteilt, weisen die circa 2000 katholischen Jugendorganisationen 240 000 Mitglieder auf, die „Nationalvereinigung der evangelischen Jünglingsbündnisse Deutschlands“ umfaßt rund 115 000 junge Leute, sie verfügt über 84 freigestellte Verbandssekretäre und 120 freigestellte Vereinssekretäre.

Doch noch andere Gründe sprechen dafür, daß die sozialistische Jugendbewegung eine ihrer Bedeutung entsprechende Unterstützung erfährt. Der erfolgreiche proletarische Klassenkampf erweitert ständig das Wirkungsgebiet der kämpfenden Arbeiterklasse und spezialisiert immer mehr die ihr zufallenden Aufgaben. Die Fülle der verantwortungsvollen Tagesarbeit, die der einzelne auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen, des proletarischen Klassenlebens leisten muß, macht es gar manchem unmöglich, mit ihr die weitere Pflege gründlicher theoretischer Bildung zu verbinden. Daher ist es nötig, daß ein Geschlecht heranwächst, welches, mit klarer und fester theoretischer Erkenntnis ausgerüstet, eines Tages an die praktische Arbeit herantritt. Erreichen wir dank der sozialistischen Jugendbewegung dies, so wird das Proletariat auf allen Gebieten seiner Betätigung über Persönlichkeiten verfügen, welche die tägliche Kleinarbeit mit der Begeisterung und Opferwilligkeit, mit dem Werkstänbnis leisten, als ob es der Aufrihtung der sozialistischen Zukunftsgesellschaft gälte, welche aber auch für das große sozialistische Endziel jeberzeit mit jener Tatkraft, jenem Idealismus wirken, als könne es heute schon verwirklicht werden, Persönlichkeiten, welche die Kleinarbeit durch das Bewußtsein ihres Zusammenhanges mit dem sozialistischen Ideal abeln und daher nie über der mühseligen Tageslast das herrliche Endziel vergessen. (Sehr gut!)

Doch weiter! Die sozialistische Jugendbewegung muß im Interesse des proletarischen Befreiungskampfes gefördert werden, weil die politische wie die gewerkschaftliche Bewegung nicht bloß der Jugend als des nötigen Nachwuchses bedarf, nein, weil beide der Jugend um der geistigen und sittlichen Vorzüge der Jugend halber nicht entraten können. (Sehr gut!) Die Jugend ist der ewig lebendige Jungbrunnen der Frische und Kraft für die Erwachsenen. Sie ist der beste Faktor, um uns in fortwährender geistiger und sittlicher Weiterentwicklung zu halten, um das Raffen und Rosten zu verhüten. Unser Nachwuchs ist Fleisch von unserem Fleisch, er hat unser Herzblut getrunken, er hat sich von unserem Geist genährt, und doch ist er nicht wir. Er ist er selbst, ein neues, anderes. Er sieht mit seinen eigenen Augen und hört mit seinen eigenen Ohren; er fühlt, denkt, urteilt selbst, hat sein eigenes geistiges Leben. Und wir dürfen nicht vergessen, daß, wenn seine Anfänge und Weisungen auch vielleicht kindlich sind, es doch über das unsere hinausstrebt, hinausstreben muß. Nach Nichtsches schönem Wort soll die Menschheit nicht bloß fortgepflanzt sondern hinaufgepflanzt werden. Jedes Geschlecht steigt auf den Schultern der vorausgegangenen Generation über diese empor. Daher ist die Jugend ein vorwärtstreibendes Element für den einzelnen sowohl wie für den Kampf, die Bewegung des Proletariats. (Sehr gut!) Außerdem brauchen wir die spezifischen Eigenschaften der Jugend im Klassenkampf: die Begeisterungsfähigkeit, die Hingabe, das Feuer, die Kühnheit usw. Neben den erwachsenen Kämpfern, deren Pflicht es ist, zu wägen, müssen jugendliche Elemente stehen, die wagen wollen. (Sehr richtig!) Gewiß, daß die Jugend auch ihre Mängel hat. Aber wir müssen diese um der Vorzüge der Jugend willen in den Kauf nehmen, und wahrhaftig, sie wiegen leichter als jene und sind um so weniger zu fürchten, als sie gerade durch die Selbst-erziehung in der sozialistischen Jugendbewegung bekämpft und mit der for-

schreitenden Reife überwunden werden. Wird das gesamte kämpfende Proletariat zum Mitträger der sozialistischen Jugendbewegung, so wird dank ihrem Wirken ein Geschlecht heranwachsen, daß das Werk der reifen Klassenkämpfer unserer Tage im geschichtlichen Sinne fortsetzt, d. h. es überflügelt.

Das deutsche Klassenbewußte Proletariat hat den kienigsten Grund, mit Besorgnis auf das Heranwachsen einer selbständigen sozialistischen Jugendbewegung zu blicken. Das lehren uns die Erfahrungen im Auslande. Nicht etwa, als ob alles, was sich dort in der sozialistischen Jugendbewegung als lebenskräftig erwiesen hat, schablonenhaft nach Deutschland übertragen werden sollte. Die Bedingungen, unter denen sich die Jugendbewegung in jedem einzelnen Lande entwickelt hat, sind verschieden. Trotdem lösen sich von dem vorliegenden Beurteilungsmaterial verschiedene allgemeine Erkenntnisse los, die auch für uns ihre Bedeutung haben. Zunächst die Lehre, daß die sozialistische Jugendbewegung überall elementar aus den Lebensbedingungen der jugendlichen Proletarier empornächst. Sie fest sich daher erfolgreich durch trotz aller Hindernisse, welche die Massenherrschaft der Besitzenden ihr entgegenwägt, trotz aller Schwierigkeiten auch, die in der Natur der Sache liegen. Des weiteren: die sozialistische Jugendbewegung ist im Guten wie im Schlimmen aufs engste mit der allgemeinen politischen und gewerkschaftlichen Bewegung ihres Landes verknüpft. Nicht bloß, daß sie deren hervorstechendste Wesenszüge kopiert, nein, auch in der Art, daß sie diese zu dem entgegen-gesetzten Extrem umprägt. Das hat sich in ungemein charakteristischer Weise in den skandinavischen Ländern gezeigt. Die Arbeiterbewegung derselben hat einen — nicht selten dominierenden — äußersten rechten Flügel, der stark mit kleinbürgerlichen Tendenzen durchsetzt ist und sein Gegenstück an anarchistischen oder anarchisierenden Bestrebungen findet. Ein Teil der proletarischen Jugendbewegung der skandinavischen Länder geriet daher ins anarchistische Fahrwasser, diskreditierte die gesamte Jugendbewegung und führte zu ihrer Spaltung. Der Gesundungsprozeß trat in dem Maße ein, als in der allgemeinen Arbeiterbewegung die Auffassungen geklärt, die Anarchisterei überwunden wurde und mit der Unterstützung der Partei eine ausgesprochen sozialdemokratische Jugendbewegung sich entwickelte, welche bald die Oberhand über die anarchisierende Jugendorganisation bekam. Anarchisterei wie kleinbürgerliche Züge haben ihre Wurzel in dem Mangel klarer theoretischer Erkenntnis, der einerseits mit der verhältnismäßigen Rückständigkeit der ökonomischen Entwicklung jener Länder zusammenhängt. (Sehr richtig!) Schließlich zeigt uns das Auslande, daß Grundbedingung für das normale Emporkblühen der sozialistischen Jugendbewegung ebenso die innigste innere Fühlung mit den reifen Trägern des proletarischen Klassenkampfes ist, wie die Bewegungsfreiheit und Selbstständigkeit ihres Lebens. Vergewaltigt wir uns diese allgemeinen Ergebnisse, so kann die deutsche Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften freudig daran gehen, die in Fluß gekommene Jugendbewegung tatkräftig zu fördern. Wir haben in Deutschland eine Partei und Gewerkschaften, denen ein hoher Grad innerer Reife, klaren Selbstbewußtseins eigen ist, ebenso wie Kraft und Geschlossenheit der Organisation. Partei und Gewerkschaften verfügen über reiche Erfahrungen in betreff aller Arbeit, die auf den Zusammenschluß der Massen, das Wirken unter ihnen abweckt. Dazu kommt, daß das deutsche Proletariat in der Frage der sozialistischen Jugendbewegung nicht bahnbrechend, führend vorangeht, sondern langsam folgt und daher die Erfahrungen des Auslands ausnutzen kann. In dem Zusammenwirken dieser Umstände — zumal aber in der Klareinsicht der Proletariermassen, die politisch und gewerkschaftlich geschult auf dem Boden der sozialistischen Erkenntnis stehen — liegt die Wärg-

schaft für die gesunde Entwicklung einer Jugendbewegung, welche sich arbeitend harmonisch den proletarischen Emanzipationsbestrebungen eingliedert.

Es ist Pflicht der Partei, die sozialistische Jugendbewegung in dem Sinne durch Tat und Wort zu unterstützen, wie es die vorliegende Resolution vorschlägt. Der Parteitag wird ja in Sachen der Jugendorganisation und ihrer Förderung das entscheidende Wort sprechen. Worauf es ankommt, ist, daß er für die Bestrebungen der proletarischen Jugend Bewegungsfreiheit schafft, wie die von mir vorgelegte Resolution sie fordert. Ich bitte, stimmen Sie ihr zu. Ich weiß wohl, daß wir uns durch ihre Annahme in einen gewissen Gegensatz stellen zu den Vorschlägen des Parteivorstandes, wie auch zu dem Beschlusse des Hamburger Gewerkschaftskongresses. Es gibt niemand, der das lebhafter bedauert als ich. Allein angesichts der Bedeutung der Sache, um die es geht, müssen wir diesen Gegensatz als das kleinere Übel wählen (Sehr richtig!), der außerdem durch die Entwicklung der Dinge selbst bald überwunden sein dürfte.

Es genügt jedoch nicht, daß die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats selbst mit Verständnis die Jugendbewegung fördern. Sie müssen auch unauffällig ihre Mitglieder daran mahnen, was ihr gegenüber Pflicht jedes einzelnen ist. Jeder Klassenbewußte Proletarier, jede Proletarierin muß bemüht sein, die sozialistische Jugendbewegung auszubauen, ihr Gefolgschaft zu werben, ihr die eigenen Kinder als tätige Glieder zuzuführen. Als Eltern, Freunde, Arbeitskameraden muß ihr Verkehr mit den jugendlichen Proletariern von jener Sympathie und Achtung durchdrungen sein, die sie den Leidensgenossen von heute, den Kampfesgefährten von morgen schulden. Strenge Selbstzucht, damit jede Neuzüger der Brutalität und Hoheit unmöglich wird, zu der sich Erwachsene leider oft genug Jüngeren gegenüber hinreißen lassen! (Sehr gut!) Jeder einzelne von uns hat vor allem die Pflicht, durch das Beispiel seines Lebens die Jugend mit dem Geiste des Sozialismus zu erfüllen. Das Beispiel, die Tat ist die stärkste erzieherische Kraft. Der Jugend muß vorgelebt werden, daß der Sozialismus kein leerer Wahn, keine kalte, tote Formel ist, sondern eine lebendige Macht, die den einzelnen geistig und sittlich emporträgt, die seine besten Eigenschaften zur Entfaltung und Betätigung bringt.

Wirken wir alle mit ganzer Kraft im Sinne der Gedanken, die ich vor Ihnen skizziert habe. Sorgen wir dafür, daß das gesamte kämpfende Proletariat mit seiner inneren und äußeren Stärke hinter die sozialistische Jugendbewegung tritt und ihr moralisch und materiell die Beihilfe gewährt, die zur Erreichung ihrer Ziele notwendig ist und den grundsätzlichen Richtlinien des sozialdemokratischen Bildungsprogramms entspricht. Das gesamte Klassenbewußte Proletariat muß das seinige dazu tun, damit die sozialistische Jugendbewegung wird, was sie sein kann. In ihr kann sich, nein, sie muß sich ein großes Stück unseres Ideals der Volkserziehung verkörpern. Sie muß ihrem Umfang, ihrem Wesen, ihrem Ziel nach das gewaltigste Stück Sozialpädagogik werden, das die Weltgeschichte kennt. Denn sie muß die breitesten Massen in der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft erziehen, muß in sozialer Gesinnung den Willen jedes einzelnen auf die eine große Tat stellen, welche die geschichtliche Entwicklung vorbereitet hat, welche das Heil der Allgemeinheit gebietet. Marx hat das stolze Wort gesprochen: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, worauf es aber ankommt, ist, sie zu verändern.“ Die proletarische Jugend muß zum lebendigen Träger und Erfüller dieses Wortes werden. Wird sie vom Geiste des Sozialismus erfüllt, so wächst und reißt unaufhaltsam der gewaltigste Wille, den die Weltgeschichte je am Werk gesehen hat: der Wille der Klassenbewußten Proletarier aller

Länder. Und dieser gewaltige Wille konzentriert sich auf die größte Tat, welche die Historiker zu verzeichnen haben: die soziale Revolution, die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, mit welcher — wie Engels sagt — die Menschheit endgültig den Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit, aus dem Reiche der Tierheit in das wahre Menschentum tut. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Vorsitzende Genossin Biez: Wir stehen nunmehr vor der Frage, ob wir heute noch weitertragen oder erst morgen in die Diskussion eintreten wollen. Falls überhaupt keine Diskussion gewünscht werden sollte, könnten wir ja heute fertig werden, indem wir die Resolution und die Leitsätze dem Parteitag überweisen.

Genossin Dunder-Stuttgart: Ich meine doch, daß das Thema so wichtig ist, daß wir um eine Diskussion nicht herumkommen, und ich halte es für wünschenswert, wenn wir die Verhandlungen auf morgen vertagen, um eine ausgiebige Diskussion führen zu können. Heute sind wir zu erschöpft dazu, ich meine, wir geben den morgigen Vormittag noch dran und sprechen uns ausführlich über dieses so wichtige Thema aus.

Genossin Grünberg-Nürnberg: Ich möchte mich gegen eine Diskussion und für Ueberweisung der Leitsätze und der Resolution an den Parteitag erklären.

Genosse v. Elm: Ich beantrage, die Leitsätze und die Resolution der Genossin Zettin dem Parteitag als Material zu überweisen. Bindende Beschlüsse können wir ja doch nicht fassen und auch eine eingehende Diskussion zu pflegen, ist nicht möglich. Dazu müssen wir auch die Meinungen des Parteivorstandes und der Generalkommission hören. Viel richtiger ist es deshalb, wir überlassen die weitere Diskussion dem Parteitag. Wohin sollen wir sonst kommen, wenn die verschiedensten Körperschaften sich als vorbereitende Ausschüsse für den Parteitag etablieren und ihm die Entscheidung vorbenehmen. Ich bitte also, nicht zu diskutieren und meinem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag v. Elm wird mit Mehrheit angenommen.

Genosse Henke-Bremen: In dieser Weise können wir die Frage nicht erledigen. So gut der Gewerkschaftskongreß einen Beschluß in dieser Frage gefaßt hat, so gut können auch wir unsere Ansicht der Partei kund tun. Ich bitte deshalb, nicht nur die Ueberweisung als Material zu beschließen, sondern zugleich eine Willenskundgebung der Konferenz im Sinne der Ausführungen der Genossin Zettin zum Ausdruck zu bringen.

Genossin Grünberg-Nürnberg: Wenn jetzt hier von uns verlangt wird, daß wir ein Urteil abgeben sollen, dann müssen wir vorher eine Diskussion haben. (Zustimmung.) Dem, was der Parteitag dann beschließt, werden wir uns fügen.

Genosse v. Elm: Ich protestiere dagegen, wie jetzt die Abstimmung geschoben wird. (Unruhe.) Es ist bereits beschlossen worden, nicht zu diskutieren und keine Beschlüsse zu fassen. Dieser Beschluß kann nicht umgestoßen werden, denn die große Mehrheit der Konferenz hat ihn gefaßt. Was jetzt vorgenommen werden soll, ist keine Abstimmung mehr, das ist . . . (Genossin Grünberg: Eine Majorisierung!) Ich protestiere gegen diese Abstimmung.

Genosse Henke-Bremen: Wir wollen gar keine bindenden Beschlüsse für den Parteitag fassen. Das liegt nicht in unserer Macht. Wir wollen nur unseren Willen zum Ausdruck bringen. Und dazu sind wir berechtigt, ebenso wie der Gewerkschaftskongreß dazu berechtigt war. In beantrage deshalb darüber abzustimmen, ob die Konferenz sich mit dem Inhalt der Thesen und der Resolution der Genossin Zettin einverstanden erklärt oder nicht. Ich habe mich durch die Ausführungen der Genossin Zettin überzeugen lassen.

Wenn der Genosse b. Elm sich nicht hat überzeugen lassen, so braucht er ja nur gegen die Leitsätze der Genossin Zeitlin zu stimmen.

Genossin Grünberg: Wenn der Genosse Senke durchaus will, daß wir hier einen Beschluß fassen, dann muß er vorher eine Diskussion zulassen. Beim Referat der Genossin Dunder war eine Diskussion nicht notwendig, weil die Genossin Dunder uns keine Resolution vorgelegt hat. Hier sollen wir aber über Leitsätze und über eine Resolution abstimmen und das können wir nicht, ohne vorher diskutiert zu haben.

Genossin Zeitlin: Es ist durchaus unser Recht, einen Beschluß zu fassen, der dem Parteitag zeigt, wie wir über diese Frage denken. Daß unser Beschluß nichts als eine Meinungsäußerung bedeutet, ist klar und genügend betont worden. Ich bitte also diejenigen Delegierten, die meinen Leitsätzen und meiner Resolution zustimmen, die Hand zu erheben. (Genosse v. Elm: Bei einer solchen Abstimmung wird sich jeder vernünftige Mensch der Abstimmung enthalten! — Genossin Grünberg: Diese Art der Abstimmung ist ein Unfug und ein Skandal.)

Die Abstimmung ergibt eine große Mehrheit für die Thesen und die Resolution der Genossin Zeitlin. (Unruhe bei der Minderheit.)

Ein Antrag von Genossin Zieg, der es jetzt nach Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes als eine Pflicht der Genossen bezeichnet, ihre weiblichen Angehörigen den Parteiorganisationen zuzuführen, wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Genossin Zeitlin: Es ist noch ein Antrag des Genossen Kagenstein eingegangen, der zur Konferenz delegiert war, ihr aber nicht beiwohnen konnte. Genosse Kagenstein bekräftigt, daß auf die Tagesordnung einer künftigen Frauenkonferenz die Fragen des Kinderschutzes und der Kinderfürsorge sowie des Kampfes der Frauen gegen den Alkohol gesetzt werden sollen. Wir sind nicht in der Lage, diesen Antrag formell anzunehmen, weil wir noch gar nicht wissen, ob in Zukunft Frauenkonferenzen stattfinden werden. Aber wir können den Antrag der Zentralstelle beziehungsweise dem Parteivorstand überweisen, damit er eventl. später in Berücksichtigung gezogen wird.

Die Konferenz stimmt diesem Vorschlag zu.

Noch eine Förmlichkeit. Die Frauenkonferenz muß Vorschläge machen für die beiden Genossinnen, die künftig in der Zentralstelle als gleichberechtigt und gleichberechtigt tätig sein sollen, und von denen die eine in den Parteivorstand delegiert werden soll. Ich schlage die Genossinnen Zieg und Baader als Vertreterinnen der Zentrale vor, ebenso als Vertreterinnen der Genossinnen im Parteivorstand. Der Parteitag wird entscheiden, welche der beiden Genossinnen dem Vorstand angehören soll. Wer für meinen Vorschlag ist, erhebe die Hand. Ich bitte um die Gegenprobe. (Zuruf: Die Gegenprobe ist fortgegangen! — Große Heiterkeit.) Wir werden den einstimmig angenommenen Vorschlag dem Parteitag unterbreiten.

Genossin Zeitlin: Wir stehen nun am Schluß unserer Arbeiten. Im Auftrage des Bureaus danke ich herzlich unseren Nürnberger Genossen und Genossinnen, besonders der Nürnberger Frauenorganisation, für die freundliche Aufnahme und die opferfreudige Arbeit, die sie geleistet haben, um den äußeren Verlauf dieser Tagung so angenehm und zweckmäßig als möglich zu gestalten. Was sie in dieser Beziehung getan haben, ist der beste Beweis für das Wähnen der proletarischen Frauenbewegung in Nürnberg, aber auch ein Zeugnis dafür, daß sie in bester Weise mit der allgemeinen Arbeiterbewegung Hand in Hand arbeitet. Wir sind überzeugt, daß das auch in Zukunft so bleiben wird.

Ich danke ferner allen, die durch ihre Mitarbeit, die durch die Beteiligung an der Debatte zum Gelingen der Frauenkonferenz beigetragen haben. Unsere Konferenz wird die proletarische Frauenbewegung mächtig fördern, die an einem wichtigen Wendepunkte steht, indem sie nun, ihrem Inhalt entsprechend, auch organisatorisch vollständig dem Organismus des kämpfenden Proletariats eingegliedert werden soll.

Neue Aufgaben und neue Pflichten werden uns allen damit, wie durch die Weiterentwicklung unserer Bewegung gestellt. Nun wir das unsrige, stellen wir auch in Zukunft unsere ganze zielklare Kraft in den Dienst unserer Ueberzeugung. Wirken wir als kämpfende sozialistische Frauen auf allen Gebieten, die sich der Betätigung des kämpfenden Proletariats eröffnen. Seien wir als Mütter Erzieherinnen unserer Kinder in sozialistischem Sinne, fördern wir die proletarische Jugendbewegung, kämpfen wir als Parteigenossinnen und Gewerkschaftlerinnen im sozialen Leben gegen alle Gewalten und Mächte, die sich dem Aufstieg des klassenbewußten Proletariats entgegenstellen. Vergessen wir vor allen Dingen nicht, daß die Bewegung des Proletariats wohl eine Massenbewegung ist, aber daß innerhalb derselben jeder mit der strengsten Selbstzucht an sich selbst arbeiten muß, damit er zu immer höherer Vollkommenheit und Leistungsfähigkeit emporsteige, ein immer größeres Maß geistiger und sittlicher Werte in den Klassenkampf einbringen könne. Je höher die Qualität jedes einzelnen, der bewußt den proletarischen Klassenkampf mitkämpft, um so höher die Qualität der Stokraft der Masse. Stellen wir alles, was wir sind, alles, was wir haben, opferbereit in den Dienst unserer Ueberzeugung, ob wir nun auf weithin sichtbarem Posten stehen oder im kleinsten Winkel ungenannt und unbekannt doch auch mit am Webstuhl der Zeit sitzen. Unser Leisten bei der pflichttreuen Arbeit, die wir alle zu leisten haben, sollen jene wunderbaren Verse von Herber sein:

Wir schwimmen in dem Meer der Zeit,
Auf Welle, Welle fort.
Das Meer der Abvergessenheit
Ist unser letzter Port.
Was tut's, wenn Welle Welle trieb
Und ohne Namen Wirkung blieb!

Wirkung sei unsere Lösung, Wirkung, die in anderen lebendig bleibt, so daß das Beste, was wir gedacht und gewollt haben, vervollkommnet in der Erkenntnis und dem Willen derer weiter lebt, die nach uns in die geschichtliche Arena des Klassenkampfes treten. Das ist die Unsterblichkeit, an die wir glauben. Den höchsten Lebensinhalt unserer Zeit gibt der Sozialismus; arbeiten wir dafür, daß er zum Lebensinhalt immer größerer Massen werde, mag dann unser Leib zu Asche zerfallen. Das Beste unseres Geistes wird in den Massen und mit den Massen fortleben, die behütet am Fundament der sozialistischen Ordnung bauen, deren Aufrichtung unser Ziel ist. (Lebhafte Beifall.)

Wir wissen heute nicht, ob und wann wir wieder zu einer Frauenkonferenz zusammenkommen. Aber des einen sind wir gewiß: wann immer und bei welcher Parteiarbeit auch wir uns wieder treffen, wir werden als zielklare, tatkräftige Kämpferinnen für den Sozialismus zusammen wirken, zusammen handeln. (Stürmischer Beifall.)

Die Frauenkonferenz ist geschlossen.

Die Versammelten stimmten die Arbeitermarzillaise an.

Anhang I.

Wortlaut der vom Parteitag angenommenen Anträge.

Stellung zu den lokalen Gewerkschaften.

Der Parteitag begrüßt den infolge der Einigungsverhandlungen erfolgten Uebertritt der lokalistischen Vereine in die Zentralverbände.

Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen bei der Freien Vereinigung der Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten bekundet, daß sie entgegen den Beschlüssen der Parteitage und des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, die dringend gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse nicht wollen. Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich auch in offenen Gegensatz zur Partei gestellt, indem sie unter Anlehnung an die anarcho-syndikalistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie gesiffentlich bekämpft und schmätzt.

Nachdem weiter die Einigungsverhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, dessen ist Gegensatz zur Lübecker Resolution erfolgte Gründung schon vom Mannheimer Parteitag als schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, zu keinem Ergebnis geführt haben, erklärt der Parteitag:

Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband und lokale Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Parteiorganisationen nicht anerkannt sind, ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.

(Antrag 6 mit Amendement 190.)

Agitation bei Aenderung der Gewerbeordnung.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt am Main beantragt, der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, zusammen mit der Generalkommission der Gewerkschaften bereits vor Beginn der Reichstagsverhandlungen über die sog. große Gewerbenovelle eine umfassende Partei- und Gewerkschaftsagitation in die Wege zu leiten, welche auf die Erziingung des gesetzlichen Neunfundentages für Männer und Frauen mit Uebergangsbestimmungen zur allmählichen Einführung des Achtfundentages durch das neue Gesetz abzielt und für gesundheitsgefährliche Industrien noch kürzere gesetzliche Arbeitszeiten fordert.

(Antrag 12.)

Organisationskommission.

Nach dem Vorbild des Bremer Parteitages wählt der Parteitag eine Organisationskommission, die aus Vertretern der einzelnen Landesstellen zusammengesetzt ist und den Auftrag erhält, eine Revision des Organisationsstatuts der

Partei vorzunehmen und rechtzeitig vor dem nächstjährigen Parteitag den Entwurf eines neuen Organisationsstatuts zu veröffentlichen.

Bei der Revision ist u. a. zu berücksichtigen: die endgültige Regelung der Frauen- und der Jugendorganisation, die Aenderung des Schiedsgerichtsverfahrens, der Wahlmodus zu den Parteitagen eventuell die Einführung des Proportionalwahlverfahrens, die Festsetzung eines einheitlichen Geschäftsjahres für alle Orts-, Wahlkreis- und Bezirksorganisationen und die Anpassung des Geschäftsjahres der Gesamtpartei an dasselbe.

Vereinbarung des Parteivorstandes mit den Genossinnen:

1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten.

Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet. Ueber das Fortleben besonderer Frauen-Bildungsvereine entscheiden die Genossinnen und Genossinnen der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaft in solchen Vereinen enthebt jedoch die Genossinnen nicht der Verpflichtung, den sozialdemokratischen Parteiorganisationen anzugehören.

2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.

3. Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen wie für die männlichen.

4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muß diesem mindestens eine Genossin angehören.

5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen zu betreiben.

6. Solange betreffs der Besichtigung der Parteitage durch die Parteiorganisationen noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegation der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft.

Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen. Die Vertreterin der Genossinnen darin wird dem Parteivorstand angegliedert. (Antrag 21.)

Ausstattung der Mai-Zeitung.

Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft die Ausstattung der Mai-fest-Zeitung in bildlicher Beziehung eine bessere und der Maifeier würdigere werde. (Antrag 55.)

Preis der Parteitagsprotokolle.

Der Parteitag möge beschließen, daß in Zukunft die Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage an die Parteimitglieder zum Selbstkostenpreise abgegeben werden. (Antrag 63.)

Maibeitrag der Parteibeamten usw.

Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben. (Antrag 90.)

Agitation betr. Gewerbeordnung.

Eine über das ganze Reich sich erstreckende Agitation durch die Parteipresse und Flugblätter soll darauf aufmerksam machen, daß durch private Vereinbarung vor Eingehen eines ländlichen Dienstverhältnisses die von der Gewerbeordnung festgesetzte Kündigungszeit aufgehoben werden kann. (Antrag 110.)

Agrarfrage.

Der Parteitag möge eine ständige Arbeitskommission wählen, die für den nächsten Parteitag eine Erörterung der Agrarfrage vorbereitet und möglich macht. (Antrag 118.)

Arbeiter-Turnerbund.

Der Parteitag in Nürnberg beschließt, daß es mit den Zielen und Bestrebungen eines wahrhaft aufgeklärten und redlichen Mitgliedes unserer Partei unvereinbar ist, Mitglied der Deutschen Turnerschaft zu sein oder diese durch Entsendung ihrer Kinder zu deren Turnstunden zu unterstützen, fordert vielmehr die antwefenden Delegierten auf, innerhalb der Kreise ihrer Delegationen für den Austritt aus der nach § 2 ihres Statuts Hurrapatriotismus treibenden Deutschen Turnerschaft zu agitieren und diese Genossen den Reihen des Arbeiter-Turnerbundes zuzuführen; des ferneren empfiehlt der Parteitag, den Arbeiter-Turnerbund im Kampf gegen die Deutsche Turnerschaft, sowie gegen die rigorosen, schikanösen Handlungsweisen der Behörden durch eigenen Beitritt oder Entsendung ihrer Kinder zu den Turnstunden der Arbeiter-Turnvereine zu unterstützen; den bestehenden Jugendorganisationen dagegen empfiehlt der Parteitag einheitliches Arbeiten mit dem Arbeiter-Turnerbund und Festsetzung von Vereinbarungen betreffs Mitgliedschaft und Beitrag, wie dieses zwischen dem Jugendbund, Hamburg, und dem 3. Kreis des Arbeiter-Turnerbundes besteht. (Antrag 115.)

Mekrutenabjchiedsfester.

Der Parteitag empfiehlt allen Parteivorten, denen geeignete Redner zu Gebote stehen, im September jeden Jahres möglichst im Einverständnis mit den Gewerkschaften eine Mekrutenabjchiedsfester zu veranstalten, in der, neben geselligen Unterhaltungen, die zum Militär einberufenen Genossen noch einmal an ihre innere Zusammengehörigkeit mit ihren Klaffengenossen erinnert und über ihre militärischen Rechte und Pflichten aufgeklärt werden sollen. (Antrag 116.)

Resolution zu: „Sozialpolitik und der neue Kurs“.

Die technische Entwicklung der Industrie führt zur beschleunigten Konzentration des Kapitals, die in den Kartellen und Syndikaten ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Die Konventionen, Kartelle und Syndikate, die zur Kräftebildung führen, sind notwendige Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung.

Durch die Kartellbildung und die Gründung von Berufsgenossenschaften sind jene Unternehmerorganisationen gestärkt, die ihre Spitze gegen die Interessen der Angestellten und Arbeiter richten und bestrebt sind, die Angestellten und Arbeiter böllig zu entrechteten, um die Ausbeutung steigern zu können.

Die bürgerlichen Parteien, die in den letzten Jahren eine große Anzahl sozialpolitischer Anträge gestellt haben, deren Inhalte sie aus früher von Sozialdemokraten gestellten Anträgen entnehmen, haben weder die Fähigkeit noch den Willen, die in diesen Anträgen gestellten Forderungen durchzuführen.

Die Regierung hat durch die neuesten Entwürfe zur Gewerbeordnung und Arbeitskammergesetz offen bekundet, daß sie nicht gewillt ist, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Widerspruch des Zentralverbandes deutscher Industrieller hervorruft.

Angehts aller dieser Erscheinungen wird es notwendiger als je, daß das Proletariat alle seine Kräfte zusammenfaßt, um seine physische und moralische Gesundheit und Kampffähigkeit zu erhalten und zu steigern. Es ist dringenden notwendig, daß jeder Arbeiter der Gewerkschaft seines Berufs angehört. Ebenso

notwendig aber ist eine energische politische Agitation innerhalb wie außerhalb des Parlaments zur schleunigen Durchführung der im letzten Abschnitt unseres Parteiprogramms sowie der in der Münchener Resolution über die Arbeiterversicherung gestellten Forderungen.

Es ist ferner zu fordern:

1. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen.
2. Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw., gegen Angriffe durch Privatverträge. Verbot der Konkurrenzklause, Personalkontentionen und ähnlichen Abmachungen, die die Angestellten und Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern geeignet sind.
3. Sicherung des geistigen Eigentums an Erfindungen und Entdeckungen.
4. Befehlliche Vorschriften für sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen, wodurch eine Kontrolle ermöglicht und das Eigentumsrecht der Angestellten und Arbeiter an den gezahlten Beiträgen sichergestellt wird. (Antrag 123.)

Resolution zur Reichsfinanzreform.

Die den materiellen Interessen der besitzenden und herrschenden Klassen dienende, die Arbeiterklasse schwer schädigende und den Weltfrieden bedrohende Militär-, Marine- und Kolonialpolitik des Deutschen Reiches führt zu ununterbrochen steigenden Ausgaben, deren Deckung bei dem jetzt geltenden Steuersystem nicht zu erlangen ist. Troßdem seit dem Jahre 1888, dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers, die eigenen Einnahmen des Reiches von 821 Millionen Mark auf 1732 Millionen im Jahre 1907 gestiegen sind, ist in dem gleichen Zeitraum die Schuldenlast des Reiches von 720 Millionen Mark auf 4300 Millionen angewachsen.

Die Steuern des Reiches sind ungerecht und unwirtschaftlich. Durch die Zölle und Verbrauchsabgaben werden die ärmsten Klassen der Bevölkerung am stärksten getroffen. Dabei kommt nur ein geringer Bruchteil der Millionen, die die Steuerzahler ausgeben, in die Reichskasse. Den größten Teil der durch Getreide-, Vieh- und Fleischzölle, Garn-, Eisen- und andere sogenannte Schutzzölle auf Gebrauchsartikel der breiten Massen dem Volke abgenommenen Summen fließt in die Taschen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, die nur eine verhältnismäßig geringe Steuerquote für die Reichskasse leisten. Gefunde Finanzverhältnisse können nur geschaffen werden, wenn die Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien herabgesetzt und die Steuern der Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler angepaßt werden.

Der Parteitag protestiert gegen die Erhöhung bereits bestehender, sowie die Einführung neuer Steuern auf Massenverbrauchsartikel. Insbesondere protestiert der Parteitag gegen die dem russischen Steuersystem entlehnte Wandaolenteuer auf Zigarren und Tabak sowie gegen die Erhöhung der Biersteuer. Ferner protestiert der Parteitag gegen Steuern auf Licht und Kraft (Petroleum, Gas, Elektrizität usw.).

Der Parteitag fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen steuerpolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Er fordert die Einführung einer stufenweise steigenden Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer durch Heranziehung aller größeren Erbschaften und Erhöhung der Steuerfüße nach dem Umfang des Erbzutes und nach dem Grade der Verwandtschaft, insbesondere die Erbschaftsteuerliche Heranziehung des Erbzutes für Ehegatten und Kinder. (Antrag 124.)

Nachdem die gesetzlichen Schranken gefallen, die in den einzelnen Bundesstaaten den Frauen den Eintritt in die politischen Vereine wehrten, muß es nunmehr Aufgabe der Genossen sein, ihre weiblichen Angehörigen aufzuklären, damit sie Mitglieder der Partei werden (Abgeänderter Antrag 125.)

Resolution zur Budgetbewilligung.

Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die aussprechen:

daß der Staat, solange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksmassen bildet,

daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Ueberwindung der Gegner ist, daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.

Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefakt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden. /

Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Volksmassen, die eine unerschöpflich Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.

Die arbeitenden Klassen immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerlässliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit. (Antrag 126.)

Parteischule.

Der Parteitag nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Parteischule und ersucht den Vorstand, die Tätigkeit der Parteischule in der bisherigen Richtung weiter auszubauen. (Abgeänderter Antrag 131.)

Meiseler.

Gleichzeitig wird der Parteivorstand beauftragt, wegen der Unterstützungsfrage in erneute Verhandlungen mit der Generalkommission einzutreten. (Antrag 132 Absatz 2.)

Ausnahmegesetz gegen die Polen.

Der Parteitag erhebt energischen Protest gegen die von der Mehrheit des Reichstages geschaffenen Ausnahmegesetze gegen die Polen, und besonders gegen das Verbot der Muttersprache in öffentlichen Versammlungen. Das Bestreben der kaiserlichen Regierung, die Polen systematisch zu germanisieren, kann die Sozialdemokratie nicht nur nicht dulden, sondern sie muß es auch mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

Zugleich fordert der Parteitag die polnischen Proletarier auf, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, denn nur auf diesem Wege, durch

die Stärkung der Klassenpartei des Proletariats, kann die herrschende Reaktion, deren Teilersehnung die polenfeindliche Politik ist, erfolgreich bekämpft werden. (Antrag 133.)

Resolution gegen die Kriegshetze.

Das gemeingefährliche und verbrecherische Treiben bestimmter Kreise, zwei Kulturvölker wie das englische und deutsche gegenseitig zu verheizen und zum Kriege aufzufacheln, dient nur den engstirnigsten und kurzfristigsten Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen.

Es steht im schroffsten Gegensatz zu der Gesinnung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die engste Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind.

Angesichts der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg gerade in erster Linie den werttätigen Massen auferlegt, und der ungeheuren materiellen wie kulturellen Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt; angesichts der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Kulturenationen die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt; macht es der Partei das dem Proletariat Deutschlands zur besonderen Pflicht, gemäß der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart mit allen in Betracht kommenden Mitteln für die Ueberwindung des chauvinistischen Geistes und die Sicherung des Friedens einzutreten. (Antrag 138.)

Jugendorganisation.

Die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse.

Der Parteitag verpflichtet die Organisationen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung erzogen wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Vorträge zu veranstalten, die dem Erkenntnisvermögen der Jugend angepaßt sind. Daneben ist durch Veranstaltungen ernstem und heiterem Inhalt, sowie durch Sport und Spiel Unterhaltung und Geselligkeit zu pflegen.

Zu diesem Zwecke sind in den einzelnen Orten besondere Kommissionen zu bilden. Die Kommissionen werden aus Vertretern der örtlichen Parteioorganisationen und der Gewerkschaftskartelle unter Einziehung von Vertrauenspersonen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengesetzt. Der Kommission soll mindestens eine Genossin angehören.

Die Teilnahme an den Vorträgen und, soweit es möglich, auch an den anderen Veranstaltungen ist unentgeltlich.

Die Kommissionen sollen dahin wirken, daß die Gewerkschaftskartelle für den Lehrlingschutz eintreten.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand mit der Herausgabe eines Organs zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen.

Deklaration.

Diese Resolution ist so aufzufassen, daß bei Befügung von lokalen Jugendorganisationen unpolitischer Charakters, die unter Mitbestimmung Erwachsener ihre Verwaltung selbst führen, nichts im Wege steht. (Antrag 139.)

Gehälter für Mitglieder des Parteivorstandes.

Nach eingehender Erörterung der in Betracht kommenden Verhältnisse beantragt die Kontrollkommission einstimmig:

Der Parteitag wolle beschließen:

1. Das Gehalt der drei älteren Sekretäre und des Kassierers um je 300 Mk. jährlich und
2. das Gehalt des vierten Sekretärs, des Genossen Müller, um 600 Mk. jährlich zu erhöhen. (Antrag 140.)

Ort des nächsten Parteitages.

Der Parteitag 1909 findet in Leipzig statt.

Anhang II.

Die Lübecker Resolution zur Budgetfrage hat folgenden Wortlaut:

In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.

Zuschriften und Telegramme.

Altona. Freie Jugend. — Amsterdam. Niederländische sozialdemokratische Arbeiterpartei. — Ansbach. Arbeiterjünger und Parteigenossen. — Beek. Die Patienten der Lungenschleimhäute. — Berlin. Teilnehmer des ersten gewerkschaftlichen Unterrichtskurses 1908. — Genossen vom Bau Augsburgerfrage neben dem Gispalast. — Sechs Blinde Genossen. — Bramsche. D. S. N. A. B. C. Genossen. — Breslau. Anton Baumgarten. — Budapest. Parteileitung der ungarländischen Sozialdemokratie. — Coburg. Fritz Knöder. — Frankfurt a. M. Bezirksleitung der freien Turner. — Juba. Sozialdemokratischer Kreis. Zentralverband der Maurer. — Genf. Ausländisches Zentralbureau der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. — Auslandskomitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes Rußlands. — Gernsheim. Mitgliedschaft. — Gunglburg. Parlaments. Parteikonferenz Wahlkreis Gunglburg. — Heusenstamm. Organisation. — Höhr. Wahlvereinsversammlung. — Jümenau. Drei Genossen. — Kolbemoor. Sozialdemokratischer Verein. — Kopenhagen. Deutscher sozialdemokratischer Verein Vorwärts. — Dänische Sozialdemokratie. — Krakau. Parteivorstand der Sozialdemokratie Rußisch-Polens und Litauens. — Vorstand der jüdischen sozialdemokratischen Partei Galiziens. — Lausanne. Allgemeiner Arbeiter-Verein. — Laibach. Südslawische sozialdemokratische Partei. — Leipzig. Radfahrer Leipzig Ost und Engelsdorf. — London. Lehner. — Ludwigshafen. Bahnlieg. — Nagold. Arbeiter-Verein. — Offen. Zentralverband der Maurer. — Odense. Sozialdemokratische Partei Dänemarks von ihrem Kongreß. — Dissen Sigwald. — Paris. Conseil National Parti Socialiste France. — Pöweß in Westhaveland. H. Hoffmann. — Paris. Parti Socialiste revolutionnaire. — Ravensburg. 17. württembergischer Wahlkreis. — Sonneberg. Fabrikarbeiterverband. — Stockholm. Schwedischer Parteivorstand.

Präsenzliste des Parteitages.

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Mehling, Bernhard	Mainz	Mainz-Oppenheim
Möler, Eduard	Kiel	Schleswig-Holstein 7
Mues, A.	Düsseldorf	Düsseldorf
Albrecht, Adolf	Halle a. S.	M. d. R.
Arnold, Rich.	Chemnitz	Chemnitz
Muer, Erhard	München	Straubing
Maeder, Ottilie	Berlin	Genossinnen Berlin
Maerer, Heinrich	Hamburg	Hannover 17
Mahr, Julius	Berlin	Berlin 5
Majch, Jos.	Cannstatt	Cannstatt-Ludwigsburg
Martels, Friedrich	Altona	Schleswig-Holstein 4 und 9
Mart, Adolf	Centenberg	Calau-Ludau
Masner, Emil	Berlin	Brenslau-Angermünde
Maudert, August	Belmar	Beimar-Appolba
Mauermann, Altingen	Altona	Schleswig-Holstein 8 und 10
Mauerkeller, Ferdinand	Spall	Lehndorf-Schwabach
Mebel, A.	Berlin	Parteiortstand
Medmann, Georg	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda
Meller, Aug.	Sollingen	Sollingen
Mendler, Heinr.	Gerne	Böckum-Gelsenkirchen
Mentzer, Paul	Coburg	Coburg
Mézar, A.	Hamburg	Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Muer u. Co.
Merten, Peter	Düsseldorf	Düsseldorf-Neuß-Bredenbrock
Mintzkevic, Josef	Kattowitz	Kattowitz-Jabratz, Beuthen-Larnowitz
Mischoff, Werner	Rassel	Rassel-Mellungen
Mizel, Heinrich	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Moh, W.	Kötha	Kontroll-Kommission
Möhl, Georg	Mürnberg	Mürnberg
Möhle, H.	Straßburg-Stadt	M. d. R.
Mollmann, Minna	Halberstadt	Halberstadt
Mömlburg, Th.	Hamburg	M. d. R.
Möske, Emil	Hilberts	West-Prignitz
Morchert, Max	Hemelingen	Hannover 8
Morgmann, Hermann	Berlin	Königsberg (Neumark)
Brandler, Heinrich	Bremen	Bremen
Braun, Franz	Königsberg	Kontroll-Kommission
Bredow, Hermann	Kültern	Königsberg (Neumark)
Breh, Aug.	Virchowentz	Neustadt a. d. Walden-Weiden
Brücker, Eugen	Hannover	M. d. R.
Brühne, F.	Berlin	Kreisnieder-Preiberg
Brühns, Johannes	Frankfurt a. M.	Kontroll-Kommission
Bruns, Bernhard	Altona	Altona
Bühner, Otto	Berlin	Dber-Brandin
Budde, Ewald	Berlin	Berlin 4
Bühler, Rudolf	Lübentzsch	Altona-Preiberg
	Essen	Essen-Ruhr, Roers-Ros
Colbitz, August	Chemnitz	18. jährl. Wahlkreis
Cröpken, Arthur	Danzig	Danzig-Stadt
Casimann, Heinrich	Köthen	Mainz-Oppenheim

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
David, Eduard Deckmann, Philipp Deichmann, Karl Deuser, Wilh. Deuser, Nina Diehl, Georg Diez, Heinrich Dörnte, Ludw. Dorn, Konr. Drechsler, Hermann Drehsler, Heinb.	Mainz Frankenthal Bremen Waidmannslust Essen Frankfurt a. M. Stuttgart Hannover Münberg Dreschwig Halle	M. d. R. Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal Einber-Nordheim Niederbarnim Essen Loth. a. R. M. d. R. Hannover-Einber, 8. hannob. Wahlkreis Münberg-Altorf Gera (Neuz jüngere Linie) Schweinitz-Wittenberg, Torgau-Lieberswerda, Gangerhausen + Gertsbirga (3 Mandate) Niederbarnim
Dittell, Wilhelm	Lichtenberg	
Eberhard, W. Ebert, Fritz Eggert, Julius Ehrlinger, Johann Eichhorn, Emil Ellen, Emil Elsner, Kurt Ehm d. Adolf Eimmel, A. Endmann, Eina Engelmann, Joh. Engelsmann, J. Engler, Wilh. Erfruth, Ernst Ernst, E. Evers, Frau Ewald, J.	Berlin Berlin Dresden Dänabriel Berlin Dikensen Münberg Dikensen Mühlhausen Bornum Kornsburg Freiburg Freiburg Berlin Hannover Berlin	Parteiobstand Parteiobstand Dresden-R., 4. sächs. Wahlkreis Hannover 4 M. d. R. Schleswig-Holstein 6 Münberg-Altorf Schleswig-Holstein 6 M. d. R. Reddinghausen Worms-Heppenheim Riel-Neudorf, 7. Schlesw.-holst. Wahlkreis Freiburg, 6. bad. Wahlkreis Schleswig-Holstein 1 u. 2 Kontroll-Kommission Hannover-Einber Zausch-Bezig-Älterbog-Ludenwalde
Eber, Emil Eckert, Karl Eckhardt, Rch. Eckert, A. Eckert, Alb. Eckert, Paul Eckert, Franz Eckert, Friedrich Eckert, Johannes Eckert, Richard Eckert, Herm. Eckert, Richard Eckert, Dr. Ludwig Eckert, Wilhelm Eckert	Frankfurt a. D. Berlin Reerane Konsdorf Beylar Strasbourg Stuttgart Stuttgart Miltweida Berlin Hamburg Schillingheim Mannheim Münberg Berlin Hamburg	Frankfurt a. D.-Lebus Berlin 6 17. sächsischer Wahlkreis Lempe-Kemscheid-Neumann Beylar-Altenkirchen Strasbourg-Stadt Heilbronn-Beigheim 13. württembergischer Wahlkreis 15. sächsischer Wahlkreis M. d. R. Neuz ältere Linie Strasbourg-Land M. d. R. Münberg-Beidingsfeld Berlin 5 M. d. R.
Eckert, Ludwig Eckert, A. Eckermann, Karl Eckert, Anton Eckert, A. Eckert, F. Eckert, Michael Eckert, Karl Eckert, Oswald Eckert, Marie Eckert, Mag. Eckert, Helene	Kelheim Offenburg Berlin Berlin Mannheim Leipzig Kulmbach Oberwalde Lichtenberg Kingsburg Niedorf Münberg	Kelheim Kontroll-Kommission Guben-Lützen Parteiobstand Mannheim, 11. badischer Wahlkreis M. d. R. Forchheim-Kulmbach-Regnitz Oberbarnim Zittau-Großen Augsburg-Schwabmünchen-Vertingen Leitom-Deestow-Stortow Frauen Münbergs

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Ernst, Max Eugen, Julius	Berlin Kreuzlingen	Mühlhausen-Langenfala 6. württembergischer Wahlkreis
Ernst, Hugo Ernst, Karl Ernst, Richard Ernst, Louis Ernst, Ludwig Ernst, Adam Ernst, Moritz Ernst, Wolfgang Ernst, Clemens Ernst, Alfred Ernst, Rudolf Ernst, Karl Ernst, Frau Ernst, Berth. Ernst, Michael Ernst, Karl Ernst, Gustav Ernst, Karl Ernst, Otto	Königsberg Barmen Berlin Magdeburg Erbach Klein-Steinheim Chemnitz Berlin Köln a. Rh. Bremen Mitt. Brand Berlin Hamburg Stuttgart Schwabach Stuttgart Leipzig Hann. Lössau Dresden D. S.	Königsberg 8 Eberfeld-Barmen Königsberg (Neumarkt) Magdeburg Erbach-Weinheim Offenbach-Dieburg Chemnitz M. d. R. M. d. R. Bremen Erfangen-Fürth Dit.-Wismig Hamburg 2 Württemberg 6 Ansbach-Schwabach M. d. R. Leipzig-Land M. d. R. Lössau, 2. sächs. Wahlkreis Dresden D. S., Larnowitz-Rattowitz Rabze, Rattow, Gleiwitz-Loh-Ludwig
Ernst, Adolf Ernst, Karl Ernst, Paul Ernst, Paul Ernst, Jakob Ernst, Georg Ernst, Josef Ernst, Otto Ernst, Paul	Gr.-Stasgirren Bielefeld Berlin Hamburg Nachen Sachsen Landshut Essen a. d. Ruhr Bart	Alt-Haderung Bielefeld-Wiedenbrück Berlin 4 Hamburg 2 Nachen-Glabt M. d. R. Landshut-Blasburg-Dingolting M. d. R. Oldenburg 2 und Hannover 2
Ernst, J. D. Ernst, Max Ernst, D. Ernst, Louis Ernst, Heinrich Ernst, Rood Ernst, Sungenickel, Max	Lothfeld Ober-Schönebeck Ludenwalde Bunzlau Braunschweig Gotha Annaberg	Eber-Schönebeck Zausch-Bezig-Älterbog-Ludenwalde Bunzlau-Lützen 1. und 2. braunschweigischer Wahlkreis Gotha 20. und 21. sächsischer Wahlkreis
Ernst, A. Ernst, Hermann Ernst, Hermann Ernst, Dorothea Ernst, Karl Ernst, Richard Ernst, Richard Ernst, Franz Ernst, Franz Ernst, Friedrich Ernst, Karl Ernst, Konrad Ernst, Gustav Ernst, Julius Ernst, Robert Ernst, Anna Ernst, Harro Ernst, Otto	Dresden Döhlen Mittenburg Mittenburg Berlin Berlin Landsberg a. W. Stuttgart Kehl Magdeburg Dortmund Helmbronn-Beigheim Reiningen 1 und 2 München Essen-Ruhr Wanzleben Kontroll-Kommission Hamburg Walden Hamburg 3 Eberfeld-Barmen	Kontroll-Kommission Dresden-Land Sachsen-Altenburg Magdeburg Hottbom-Spandau-Dshabelland Berlin 3 Landsberg-Elbim 14. württembergischer Wahlkreis Offenburg-Baden Magdeburg Dortmund-Sörde Helmbronn-Beigheim Reiningen 1 und 2 München Essen-Ruhr Wanzleben Kontroll-Kommission Hamburg Walden Hamburg 3 Eberfeld-Barmen

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Koll, Wilhelm Kreft, Wilhelm Krohnberg, Karl Kriger, Karl Kufner, Paul Kurzhaas, Max Küter, Reinhold	Karlstraße Stadthagen Rothwies Haf Wühlig Dresden Schöneberg	Karlstraße-Brinckhal, 10. badischer Wahlkreis Schaumburg-Lippe Lelton-Beestow-Storlow-Charlottenburg 11. württembergischer Wahlkreis Stollberg-Schneeberg Dresden-Neunkirch, 4. sächsischer Wahlkreis Lelton-Beestow-Storlow-Charlottenburg
Langenmeier, Josefa Langer, Albin Lau, Johannes Lautant Leber, Hermann Lebebour, Georg Legien, Karl Lehmann, Gustav Leidner, Hermann Leinopeters, Johann Leinert, Robert Lenig, Paul Leopoldt, Adolf Leise, Friedrich Leiwering, Friedr. Nebold, Emil Nepmann, Leopold Ninde, Hermann Ninisch, Richard Nisch, Wilhelm Nisner, Paul Nisinger, Konrad Nöwenstein, Gabriel Nudwig, Konrad Lugenburg, Dr., Rosa	München Chemnitz Leuterberg Berlin Jena Berlin-Zehlendorf Berlin Mannheim Neu-Seefeld St. Johann Berlin Leipzig Leipzig Hamburg Grefeld Hof Berlin Königsberg i. Pr. Leipzig Görlitz Berlin Minden Münster Hagen Friebenau	München 2 16. sächsischer Wahlkreis Goslar-Ilfeld-Bellerfeld, 13. hann. Wahlkr. Dietrichsdorf Eisenach-Deimbach M. d. R. M. d. R. M. d. R. Potsdam-Spandau-Dr. Havelland Saarbrücken Hannover-Linden, 8. hannov. Wahlkreis Leipzig Kraumburg-Weichenfels-Beitz Altona-Stormann-Lauenburg Grefeld Hof Berlin 5 Gumbinnen-Insterburg 12. sächsischer Wahlkreis Weilungen-Görlitz Berlin 4 Minden-Lübbecke Hof Hagen-Schwelm Hofen, Jüllichau-Grossen
Matzke, Alma Meier, Emil Mehrens, Joh. Mehrlin, Friedrich Merzel, Johann Meyer, Wilh. Michaels, Robert Mikens, Richard Mollenburg, G. Munder, Max Müller, Adolf Müller, August Müller, Arthur Müller, Bernhard Müller, G. Müller, Max Müller, Paul	Berlin Heidelberg Neumünster Breslau Münster Hamburg Bergau Stettin Berlin Burgau München Görlitz Sorau-Forst Köln Berlin Weichenburg i. B. Hamburg	Berlin 6 12. bad. Wahlkreis Niederrhein Breslau Ost und West Dinkelsbühl-Gunzenhausen M. d. R. 14. sächsischer Wahlkreis Stettin Parteiorganisationsrat 11. sächsischer Wahlkreis München 1 Rambow-Greifenhagen Sorau-Forst Köln Stadt und Land Parteiorganisationsrat Königsberg Schleswig-Holstein 5
Mertig, Alma Meinhäuser, Fritz Neumann, Elise Niensdorf, Th. Nimmerfall, Johann Nisch, Richard Nobis, Ernst Nobis, Gustav Nöblich, Anton Nürnberg, Franz	Bochum Neunkirchen Niederrhein Niel München-Befang Magdeburg Münster Chemnitz Neuburg Berlin	Bochum-Geilenkirchen 6. sächsischer Wahlkreis Nieder-Rhein Niel-Neunkirchen, Schleswig-Holstein 7 Traunstein-Rosenheim Rohrmoos-Neuburg Dachau-Heide M. d. R. Friedberg-Weinheim Berlin 2 und 5

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Otto, Ernst	Jena	Jena-Neustadt
Paplow, Fritz Pape, Wilhelm Pantert, Peter	Hamburg Berlin Köln	Hamburg 8 Landberg-Golbin Düren-Zülich, Aachen Land und Eupen, Born und Rheinbach, Bergheim-Gus- krühen, Ronstede-Ralmstedt-Schleiden Bayreuth-Berndt-Wunneberg Hamburg Berlin Cronenberg München Bremen Berlin 3 Leipzig Stadt u. Land, 12. u. 13. sächsischer Wahlkreis
Panger, Hans Peschmann, Karl Pflanz, B. Pfeiffer, Gustav Pfeiffer, Ludwig Pfeiffer, Wilhelm Pfeiffer, August Pfeiffer, Bertha	Bayreuth Hamburg Berlin Cronenberg München Bremen Berlin Leipzig	Bayreuth-Berndt-Wunneberg Hamburg Berlin Cronenberg München Bremen Berlin 3 Leipzig Stadt u. Land, 12. u. 13. sächsischer Wahlkreis
Pöhl, Ernst Pöhl, Adolf	Schiffel Zehlendorf	Altona Münster-Lempen
Quart, Dr. Max Quast, Dr. Ludwig	Frankfurt a. M. Darmstadt	Frankfurt a. M. Grieshain-Grimmen
Raab, Georg Raab, Anton Rauch, Fritz Raute, Gustav Reichel, Georg Reinwand, Karl Reinwand, Paul Reise, Johanna Reiter, Max Reis, Hermann Reiter, Adolf Reisner, Franz Reisner, Hans Reisner, Dr. Kurt Reisner, Richard Reisner, J. Reisner, Albert	Frankfurt a. M. München München Eilenburg Stuttgart Halle a. S. Erfurt Wegeleben Berlin Berlin Erfurt Münster Karlshorst Weihen Frankfurt a. M.	Darmstadt-Gr.-Gerau München 1 Südwestheim, 10. hannov. Wahlkreis Deltitz-Bitterfeld Heutlingen, 6. württemb. Wahlkreis Halle a. S. Erfurt-Schleusingen-Piegenrüd Hannover 18 Dresden-Alttadt Berlin 6 Münster-Lempen 22. sächsischer Wahlkreis Donauwörth-Körlingen Niederbarnim Berlin 2 Weissenbaden
Radtke, G. Radtke, Josef Radtke, Alwin Radtke, G. Radtke, Josef Radtke, Fritz Radtke, Martin	Bochum Schweinfurt München Ludwigsfelde Kronach Leipzig Münster	M. d. R. Schweinfurt-Oberrhein München 1 Ludwigsfelde Kronach-Weichenfels 12. sächsischer Wahlkreis Ingolstadt-Weihenhofen-Freising, Köln-Weihenhofen
Reiser, Otto Reiser, Otto Reiser, Heinrich Reiser, Wilhelm Reiser, Josef Reiser, Karl Reiser, Franz Reiser, Albert	Seezen a. S. Brandenburg Heddernheim Altona Münster Berlin Berlin Münster	Seezen a. S. Brandenburg-Weichenfels Heddernheim Altona Münster Berlin Berlin Münster
Reiser, Otto Reiser, Fritz Reiser, Otto	Seezen a. S. Brandenburg Heddernheim	Seezen a. S. Brandenburg-Weichenfels Heddernheim
Reiser, Otto Reiser, Fritz Reiser, Otto	Seezen a. S. Brandenburg Heddernheim	Seezen a. S. Brandenburg-Weichenfels Heddernheim

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Schaumburg, Karl	Hamburg	Hamburg 1
Scheib, Joh.	Leipzig	Leipzig-Land
Scheidemann, Ph.	Cassel	M. d. R.
Schirmer, Gustav	Pradel	Dortmund-Görde
Schlegel, Louis	Stillingen	5. württembergischer Wahlkreis
Schlesmann, Paul	Kemlichfeld	Kemlich-Kemlichfeld
Schlomer, Eise	Lübeck	Lübeck
Schlösser, Frau	Braunschweig	1. braunschweigischer Wahlkreis
Schluchtmann, Wilh.	Duisburg	Duisburg-Mülheim-Ruhr
Schmid, Eduard	München	Ingolstadt-Blasenhofen-Freising
Schmid, Richard	Rehm	Potsdam-Spandau-Ditlowelland
Schmidt, August	Gmünd	Gmünd-Göppingen, Württemberg 10
Schmidt, Carl	Wittenberge	West-Prignitz
Schmidt, Fritz	Berlin	Berlin 8
Schmidt, Richard	Rindern	Hamelst-Springe
Schmidt, Rob.	Berlin	M. d. R.
Schmitt, Franz	München	München 2
Schmitt, Gregor	Offenbach	Offenbach-Dieburg
Schmitz, Hubert	Soest	Hamm-Soest
Schneider, Hermann	Lübeck	Lübeck
Schnettler, Heinrich	Wittau	1. und 3. sächsischer Wahlkreis
Schöpslin, Georg	Leipzig	13. sächsischer Wahlkreis
Schrader, Christ.	Hannover	Hannover-Linden, 8. hannov. Wahlkreis
Schred, Carl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Schröder, Heinrich	Hollernau	Schleswig-Holstein 3
Schubert, Hermann	Berlin	Kalen-Ludau
Schuboth, Carl	Prignitz	Dittrich
Schulz, Heinrich	Wiburgs-Rußschuß	Wiburgs-Rußschuß
Schulze, Ernst	Berlin	Berlin
Schulze, Max	Cosshaubede	Cosshaubede
Schumann, Richard	Köln-Süd	Köln Stadt und Land
Schulz, Oscar	Andernten	Gelle-Beine, 14. hannov. Wahlkreis
Schwark, Theodor	Breslau	Breslau-Land-Neumarkt
Stabel, Karl	Lübeck	M. d. R.
Stadthagen, Arthur	Birkach	Stuttgart Stadt und Amt 1
Stark, Gottlieb	Berlin	M. d. R.
Stegen, Wilh.	Limberg	Limberg-Culmbach
Stegner, Johann	Göttingen	Göttingen-Münden
Steinopf, Frau	Koburg	Koburg
Stellung, Johannes	Berlin	Berlin 1 und 3
Stodtger, Friedr.	Lübeck	1. obenburg. Wahlkreis
Stollberg, Gustav	Rhorzheim	Rhorzheim-Durlach
Stolle, Wilhelm	Burg	Verhain 1 und 2
Stolpe, Hermann	Görlitz	M. d. R.
Stolten, Otto	Hamburg	Grünberg-Frelstadi, Sagan-Sprottau,
Ströbel, Heinrich	Berlin	Rothenburg-Soyerswerda, Löwenderg,
Sträger, Theresie	Miesbach	Glogau
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg 1
Stubbe, Albert	Hamburg	Redaktion des Boemärts
Taubadel, Paul	Görlitz-Lauban	Miesbach-Rosenheim
Teuber, Heimr.	Waldenburg i. Schlesien	Hamburg 3
Thiele, Adolf	Guben	5. württembergischer Wahlkreis
Thiele, Adolf	Halle	
Thöne, G.	Kassel	Raumburg-Weiskensels-Zeit
Timm, Johannes	München	Kassel-Mellungen
Tinius, Frau Minna	Köpenick	Kammerstadt
Trautwein, August	Hermode	Teltow-Beeskow
Trinks, Oscar	Karlruhe	Anhalt 2
Truppensee, Ernst	Schneid a. D.	9. bad. Wahlkreis Rhorzheim-Durlach
		Prenglau-Angermünde

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Illenbaum, Wilhelm	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Illmann, Josef	Wetzheim, Rosenheim	Wetzheim
Ulrich, G.	Offenbach a. R.	M. d. R.
Ruger, Max	Dresden	Dresden-Neustadt
Wielh, Max	Berlin	Berlin 6
Wogel, Hans	Kürth	Rothenburg-Winbshelm-Neustadt a. N.
Wolff, August	Deuchlitz	Verderburg-Duerfurt
Wadowitz, Maria	Dresden	Dresden, 5. sächs. Wahlkreis
Wagner, Wilhelm	Steinfirchen	Guben-Lübben
Walheim, Fritz	Driesen	Arnswalde-Friedeberg
Walter, Anton	Mugsburg	Mugsburg-Schwabmünchen-Berlingen
Walther, Max	Rünberg	Bayreuth-Berned-Bunfiedel
Waber, Albert	Mühlheim	Mühlheim-Wipperlütth-Summersbach
Wegh v. d., Laura	Sonneberg	Reinigen 2
Welmacht, Georg	Berlin	Berlin 1
Wells, Dr. Georg	Rünberg	Regensburg
Weinheber, Paul	Hamburg 2	Hamburg 2
Weiß, Hugo	Obertlein	1. obenburg. Wahlkreis, Arier, Kreuz-
		nach und Koblenz
Weiß, Michael	Markredwitz	Bayreuth-Berned-Bunfiedel
Weißheimer, Wendelin	Kandern	4. badischer Wahlkreis
Wels, Otto	Berlin	Prenglau-Angermünde
Wengels, A.	Berlin	Parteidorfland
Werner, Emil	Berlin	Berlin 4
Werner, Heinrich	Kostod	Medlenburg 5
Westmayer, Friedrich	Bischofsheim	Hanau-Gelnhausen-Drh
Wettermann, Edgar	Nördlingen	Donauwörth-Neuburg-Nördlingen
Wiedt, August	Stuttgart	Stuttgart, 1. württemb. Wahlkreis
Winkmann, Katharina	Mühlhausen i. G.	Mühlhausen i. G.
Winter, Franz	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Witte, Otto	Frankenhausen	Frankenhausen
Wjajrowski, Georg	Berlin	Berlin 2
Wolberst, Hugo	Stahfurt	Stahfurt
Wulff, Frieda	Berlin	Berlin
Wunderlich, Robert	Regensburg	Regensburg
Wurm, Emanuel	Berlin	Neuß jüngere Linie
Weslin, G.	Stuttgart	Kontroll-Kommission
Wiegler, Hans	Stuttgart	Bremerhaven, 19. hannov. Wahlkreis
Wielh, Fritz	Charlottenburg	Coburg
Wieg, Louise	Hamburg	Hamburg 1
Wimmermann, Joh.	Burg	Erlangen-Kürth
Wimmer, Paul	Leipzig	10. sächsischer Wahlkreis
Worn, Georg	Kürth	Erlangen-Kürth
Wubell, Fritz	Berlin	M. d. R.
Wucht, Leo	Berlin	Randberg-Soldm

Auswärtige Gäste.

Sanders, William, London, Fabian Labour Party.
 Guggsmann, Brüssel, Belgische Arbeiterpartei.
 Müller, Brüssel, Deutscher Arbeiterverein.
 de Man, Gent, Gent, Junge Garde.
 Schönberg, Frau, Russland, Rübischer Arbeiterbund.
 Duelsch, Harry, London, Sozialdemokratische Partei.
 Bowman, Guy, London, Sozialdemokratische Partei.
 Schummeier, Franz, Wien, Deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich.
 Winarsky, Leopold, Wien, Deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich.
 Bopp, Adolph, Wien, Deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich.
 David, Anton, Wien, Niederösterreichische Landtagsfraktion.
 Moor, Karl, Schmeiz, Sozialdemokratische Partei der Schweiz.
 Kynsloop, David, Amsterdam, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Holland.
 Kabejeyn, B. van, Rotterdam, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Holland.

Sachregister des Parteitages.

Änderung der Organisation 10.
 Ablehnung des Reichstags 416.
 Abonnementstand der Parteipresse 50.
 — der „Gleichheit“ 53.
 — der „Der wahre Jakob“ 54.
 — der „Kommunen Pragis“ 56.
 Abstimmung im Deutschen Reichstag 287.
 Abstimmungsmodus 422.
 Abstimmdenstag 109, 306, 430.
 Agitation 25.
 — durch Broschüren 113.
 — unter den Frauen 245.
 — der Frauen für die gewerkschaftliche Organisation 110.
 — der Frauen für ein einheitliches Reichsvereinsgesetz 106.
 — für die „Gleichheit“ 102.
 — im eigenen Heim 246.
 — unter den Landarbeitern und Arbeiterinnen 106.
 — unter der polnisch sprechenden Arbeiterbevölkerung 27.
 — für das Wahlrecht 25.
 Agitationsbezirke 21.
 Agitationskalender 26, 232.
 Agitatorisch fähige Frauen 246.
 Agrarfrage 549.
 Altkorrespondent, Mindestlohn 432.
 Allgemeiner Deutscher Metallarbeiterverband 19, 218.
 Alters- und Invalidenversicherung 141.
 Aenderung des Organisationsstatuts 252, 440.
 Antrag betr. Gewerkschaftsfrage 16.
 Anträge zum Parteitag 168.
 — angenommen 564.
 — betreffend Agitation 169.
 — betr. Agrarfrage 17, 166.
 — betr. Bildungsausschuss 177.
 — betr. Frauenorganisation 170.
 — betr. Jugendorganisation 171.
 — betr. Landarbeiterfrage 16.
 — betr. Pressefrage 182.
 — betr. Organisationsfrage 169.

Antrag betr. den Ort des nächsten Parteitags 187.
 — betr. Parlamentarisches 179.
 Anträge betr. Partei und Gewerkschaften 168.
 — betr. Parteischule 177.
 — betr. Parlamentarisches Bericht 259.
 — betr. Presse u. Literatur 178.
 — betr. Tagesordnung des Parteitages 168.
 — betr. die Tagesordnung des nächsten Parteitags 186.
 — betr. Vermehrung der Wanderbibliotheken 17.
 — betr. Wiederaufnahme in die Partei 185.
 — sonstige 186.
 Arbeiterbildung 217.
 Arbeiterschutz 141.
 — bei Landarbeitern 429.
 Arbeitstammern 432.
 Ausbau der Organisation 20.
 — der Wasserkräfte 292.
 Ausländische Delegierte 200.
 Ausnahmestellung gegen die Jugendkassen 154.
 Ausschluß 9.
 Auswärtige Politik 150, 289.
 Außerordentliche Frauenkonferenz zu Berlin 102.
 Automodelltempel 157.
 Bausforderung, Sicherung der 160.
 Beamtengehalt 346.
 Beschäftigungsnachweis, Kleinere 159.
 Begräbnis des Großherzogs von Baden 290.
 Beitrag für Frauen 208.
 Beitragshöhe 22.
 Bericht des Parteivorstandes 13.
 — der Beschwerdekommission 447.
 Berliner Budget 330.
 Berufsvereine, Rechtswirksamkeit derselben 289.
 Bildungsausschuss 87, 112.
 Bildungshilfen 217.
 Bloßpolitik 15, 117, 258.
 Börsegesetz 156.
 Boykott gegen Randorf 110.
 Buchhandlung Hermann 54.
 Budgetabstimmung in Gotha 369.

Budgetbewilligung 235.
 —, Resolution betreffend 199.
 —, Erklärung der Berliner Stadtverordneten 399.
 —, Abstimmung 423, 424.
 Budgetbewilligungsrecht des Reichstags 445.
 Bureau des Parteitags 12.
 Bureauwahl 198.

Dampferubvention 151.
 Dechargeerteilung für den Parteivorstand 237.
 Delegation von Frauen 209.
 Dienstbotenbewegung 102.
 Diskussionen 248.
 Druckfehlerberichtigung 568.
 Diskussion über den parlamentarischen Bericht 258.

Einführung in Dramen und Opern 91.
 Einnahmen der Parteikasse 72.
 Einigungsverhandlungen mit den Sozialisten 17.
 — zwischen dem Zentralverbanden und den Sozialisten 214.
 Eisenbahner, Verleumdungsrecht 151.
 Elektrifizierung der Eisenbahnen 392.
 Erbschaftsteuer 122.
 Erblichkeitsvertrag 428.
 Erklärung von 66 Arbeitlichen Genossen 426.
 — von Wauerndreher 242.
 — von Grünwald, Zeits 250.
 — der Berliner Stadtverordneten 399.
 Etat der Reichspost 150.

Fahrkartensteuer, Aufhebung derselben 166.
 Finanzreform 444.
 Finanzverhältnisse der Einzelstaaten 288.
 Finanzwirtschaft 125.
 Flottengehalt 128.
 Flugblätter, sozialdemokratische 36.
 Frauenbeitrag 206.
 Frauenbildungsgesetze 208, 243.
 Frauenbelagungen 309.
 Frauenkongress 246.
 — zu Nürnberg 115.
 —, Resolutionen betreffend 267.

Frauenorganisation 22, 243.
 —, Vorschläge betreffend 208.
 —, Resolution betreffend 189.
 Frauenjouberrichte 208.
 Frauenkammerrecht 100.
 Freie Vereinigung der Gewerkschaften Deutschlands 215.
 Freihandelspolitik 426.

Gäste auf dem Parteitag 559.
 Gebundene Mandate 301.
 Gehalt der Parteisekretäre 552.
 Gelbe Gewerkschaften 16, 432.
 Gemeindepapier 306.
 Gemeindevorteiler 47.
 Gemeindevorteiler 45.
 Genossinnenbericht 99.
 Geschäftsbericht 204.
 Geschlossenheit der Partei 413.
 Gehörbeurteilung, Abschaffung derselben 433, 548.
 Gewerkschaftskongress 14, 50.
 —, Kämpfer 245.
 Gewerbeordnung, Novelle zur 434.
 —, Agitation bei Aenderung 546.
 Gewerkschaftliche Organisation, Notwendigkeit derselben 498.

„Gleichheit, Die“, Abrechnung 53, 113.
 Großhandelsstellen, Einfluß derselben 429.
 Gründung der sozialdemokratischen Partei 217.
 Haftpflicht der Tierhalter, Einschränkung der 163.
 Handelsgelehrter, Paragraph 53, 160.
 Hochverratsprozeß gegen Liebnecht 58.

„Jakob, Der wahre“ 256.
 Industriearbeiterverband Solingen 253.
 Internationale Frauenkonferenz 99.
 Internationaler Sozialistenkongress 60.
 Interpellation betr. Kohlennot 165.
 — betr. Schiffahrtsabgaben 165.

Jugendorganisation 23, 210.
 —, Resolution betreffend 191.
 —, Deklaration derselben 551.
 Jugendchristenbewegung 92.
 Jugendchristenvereinigungs 219.
 Jungfrauen 145.

Kalenderagitation 250.
 Kapitalanbahnung 427.
 Kartelle und Syndikate 407.
 Klassenbericht 65.
 Kleinarbeit 140.

Kinderjugendkommissionen 112.
 Klassenjustiz 145.
 Klassenstaat 350.
 Koalitionsfreiheit für Beamte 147.
 Koalition gegen Privatangehörige 428.
 Koalitionsrecht für alle Staatsarbeiter 306.
 Kohlennot, Interpellation betreffend 165.
 Köfner Gewerkschaftskongress 145.

Kolonialpolitik 130.
 „Kommunen Pragis“ 51.
 —, Abrechnung 56.
 Konferenz in Würzburg 301.
 —, Stuttgarter 414.
 Konflikt mit der Gesamtregierung 419.
 Konkurrenz der Militärminister 161.
 Konkurrenzklause 428.
 Kontrollkommission 9.
 —, Bericht 224.
 —, Bericht derselben 439.

Kriegsbegehr, Resolution betreffend 191.
 Kriegsbegehr 122, 201.
 —, Maßnahmen dagegen 202.
 Kräfte 15.
 Kritik der Parteikasse 207.
 Kruppische Klassenkasse 161.
 Kurlandbudget 293.

Lage der Postangestellten 150.
 Land- und Waldarbeiter, Organisation derselben 28.
 Landtagswahl - Agitation in Preußen 25.
 Landtagswahl in Preußen 38, 208.

Landtagswahlen 206.
 — in verschiedenen Staaten 41.
 Legitimationspapiere für Ausländer 142.
 Lokale Gewerkschaften, Stellung zu den 545.

Maidemonstration 282.
 Malteier 48, 131, 133, 262.
 —, Abstimmung 283.
 —, Anträge betreffend 284.
 —, Unterstützung 262.
 Maizeitung, Ausstattung derselben 547.
 Majestätsbeleidigung, Bestrafung der 112.
 Mandate, gebundene 301.
 Mandatsprüfungen 242.
 Mannheimer Parteitag 267.
 Marineetat 128.
 Militärarbeiterfrage 136.
 Maß- und Gewichtsordnung 158.

Massenemonstrationen in Braunschweig 38.

Massenstreik 215, 394.
 Maßnahmen zum Schutz der in Holz- und Hüttenwerken und Metallgeschleifereien Beschäftigten Arbeiter 144.

Medienburg 35.
 Militärstat 126, 305.
 Militärminister, Konkurrenz derselben 261.
 Militarismus 214.
 Mindestlohn bei Altkorrespondenten 432.

Mißstände in Betriebskrankenkassen 435.
 Mitgliedszahl 20.
 — der polnisch-sozialistischen Partei Deutschlands 20.
 Mitgliedszunahme 20.
 Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken 93.
 Münzgesetz 158.

Maßnahmen zum Reichstag 44.
 „Neue Zeit“, Die 51.
 —, Abrechnung 53.
 „Neue Welt“ 256.
 Novelle zur Gewerbeordnung 434.

Opportunistische Erwägungen 221.
 Organisationsfrage 20.
 Organisationskommission 517.
 Organisationsstatut, Aenderung betreffend 6, 152, 440.
 Organisationsverhältnisse 205.

Ort des nächsten Parteitags 441.
 Ostmarkenzulage 151.
 Paragraph 63 des Handelsgesetzbuchs 160.
 Parlamentarischer Bericht 257.
 Parteipresse 50, 223.
 —, Ausgaben 72, 206, 233.
 Parteischule 57.

Partei, Die 228.
 —, Diskussion betreffend 228.
 Parteitag, Mannheimer 207.
 — für Sachgen-Meinungen 105.
 Parteizeitungen, Neue 50.
 —, Betriebsvereinigungen 50.
 Partikularrismus 209.
 Penionskassen 430.
 Penions- und Unterstützungsstellen 433.
 Pensionisten 166.
 Petitionengebung, Resolutionen betreffend 551.
 Polenpolitik 151.
 Postangestellten, Lage der 150.

Pressebureau 51, 207, 250.
 Preßpolemiken 414.
 Privatangestellten 290.

Privatangelegenheiten, Ein-
 kommen 428.
 —, Koalition gegen die 428.
 Programm 3.
 — der freien Bereinigung
 der Gewerkschaften Deutsch-
 lands 215.
 Proporz bei Gemeindefällen
 206.
 Protest gegen die Vernichtung
 der Selbstverwaltung der
 Krankenkassen 435.
 Provinzialparteitage 251.
 Rechtsfähigkeit der Berufs-
 vereine 289.
 Rechtspflege 145.
 Reform des sächsischen Wahl-
 rechts 34.
 Rekrutenabschiedsfestern 187.
 Reichsreisenabgaben 151.
 Reichsrat, Ablehnung des
 416.
 Reichsfinanzreform 442
 —, Resolution betreffend
 188.
 Reichshaushaltetat 119.
 Reichsfinanzier und Wahlrecht
 14.
 Reichspolitik 288.
 Reichslingsswahlrecht 147.
 Reichsbereinsgesetz 26, 108,
 153, 205, 211.
 Reichsverband zur Be-
 kämpfung der Sozial-
 demokratie 26, 207.
 Reichsversicherung 494.
 Resolution betreffend die
 Ausnahme-gesetze gegen die
 Polen 551.
 — betreffend Budgetbewillig-
 ung 189, 551.
 — betreffend Frauenkon-
 ferenz 257.
 — betreffend Frauenorgani-
 sation 189.
 — betreffend Jugendorgani-
 sation 24, 191.
 — betreffend Kriegshebe 191.
 — betreffend Reichsfinanz-
 reform 188, 550.
 — betreffend Sozialpolitik
 und neuer Kurs 187, 549.
 — Frohne betreffend Budget-
 bewilligung 190, Ab-
 stimmung 423.
 —, Auffassung der Räuber
 415.
 — des Parteivorstandes betr.
 Budgetbewilligung 424.
 Gängelungssterblichkeit 112.
 Schäufele 415.
 Schenkgesetz 157.
 Schiffsabgaben, Inter-
 pellation betreffend 165.
 Schwangerenschutz 246.

Schweigegebot 413.
 Seemannsordnung 429, 435.
 Selbständigkeit der Jugend
 212.
 Sicherung des geistigen
 Eigentums der Angestellten
 433.
 Solingen, Industriearbeiter-
 verband 253.
 Sonderrechte für Frauen 208.
 Sozialistische Frauenorgani-
 sationen 100.
 —, Erziehung 111.
 Sozialpolitik 138, 352, 426.
 —, Gegner derselben 427.
 — und neuer Kurs 426.
 —, Resolution betreffend 187.
 Sprachenausnahmegesetz 154.
 Staatswerksstätten und
 Fabrikinspektion 142.
 Stellenvermittlung der
 Dienstboten - Organisation
 103.
 Straffonta der Arbeiter-
 bewegung 58.
 Strafpolizei 306.
 Strafvollzug 217.
 Stuttgarter Konferenz 414.
 Syndikate und Kartelle 427.
 Tagesordnung 11.
 — des nächsten Parteitages
 441.
 Tarifverträge 145.
 Telefunken-gesetz 158.
 Terrorismus im Wahlkampf
 107.
 Feuerungsanlagen 152.
 Trennung der Kirche vom
 Staat 337.
 Trudsystem 144.
 Unfallvorsorge 286.
 Unfallversicherung, Ver-
 schlechterung der 437.
 Unterbringungswohnort 161.
 Urlaubsgewährung an
 Arbeiter 308.
 Verband junger Arbeiter 28.
 Verbot des Trudsystems 144.
 Verbreitung der „Gleichheit“
 118.
 Vereinbarung betreffend
 Raiffeiler 49.
 Vereinigungsrecht der Eisen-
 bahner 151.
 Verhältnis zwischen Partei
 und Gewerkschaften bei den
 Landtagswahlen 200.
 Vernichtung der Selbstver-
 waltung der Krankenkassen,
 Protest gegen die 426.
 Verschlechterung der Unfall-
 versicherung 437.
 Versicherungsantrag 160.

Vertrauenspersonen 6.
 Viehsteuergesetz 164.
 Vogelsteuergesetz 164.
 Vorlagen an den Parteitag 13.
 Vorschläge betreffend
 Wahl des Parteivorstandes
 424.
 Vorsitzende des Parteitages
 197.
 „Vormärts“-Abrechnung 52.
 Vormärts-Buchhandlung 54.
 Wahlen in Offenbach 281.
 Wahlkampf in Preußen,
 Unterstützung durch Frauen
 107.
 Wahlprüfungen 166.
 Wahlrecht, Eroberung des
 direkten 292.
 — in Braunschweig 36.
 — in Hessen 35.
 — in Oldenburg 36.
 Wahlrechtsbewegung 14, 37.
 Wahlrechtsdemonstrationen
 27.
 Wahlrechtsinterpellation im
 Reichstag 25.
 Wahlrechtskämpfe 206.
 — „Baher Jacob“ 256.
 — Abrechnung 54.
 Wanderluste 219, 237.
 —, wissenschaftliche 39.
 Wechselprotokoll und Wechsel-
 stempel 157.
 Wehrfeuer 445.
 Weibliche Mitglieder 20.
 Wiederaufnahme 10.
 Wirtschaftlicher Aufschwung
 427.
 Witwen- und Waisenver-
 sicherung 482.
 Witwen- und Waisenver-
 sorgung 430.
 Wöchnerinnenschutz 246.
 Wohnfahrtscheinrichtungen 423.
 Wohnfahrtschläge 181.
 Zehnhunderttag 109.
 — für Frauen u. Mädchen 434.
 Zentralbureau der Frauen
 200.
 Zentralisation der Frauen-
 bewegung 114.
 Zigarren-Wanderrollesteuer
 136.
 Zigarren-Gewerkschaft 140.
 Zivilberufsumfänger 260.
 Zuchtstrafgesetz 430.
 Zuchtstrafvorsorge 289.
 Zuckerkonvention, Ver-
 längerung der 162.
 Zukunftsstaat 351.
 Zukunftsstaat an den Partei-
 tag 552.
 Zweiter preussischer Partei-
 tag 103.

Sprechregister des Parteitag.

Adler 269, 284, 423.
 Auer 865, 423.

Baader 424.
 Bebel 285, 405, 407.
 Berten 284.
 Blinzigkiewicz 458.
 Bluel 272.
 Bod 383, 372.
 Böhle 285.
 Bömmling 284.
 Brandler 241.
 Braun-Rödingsberg 232.
 Brückner 199.
 Bruns-Berlin 455.
 Bührner 199.

Dabitz, Dr. 858, 869, 873.
 Dorn 198, 262, 275, 284, 426.

Ebert 214, 252, 404, 407, 412.
 Eichhorn 257, 260, 339, 403.
 Eisner 227, 235, 371, 404,
 456.
 Elm, v. 243, 249, 392, 424.
 Engler 359, 372, 455.
 Erwald 260.

Fischer-Berlin 262, 279, 284,
 389.
 Frank, Dr. 317, 319.
 Frohne 343, 422.

Ged 345, 371.
 Geth 421.
 Gerich 222, 256.
 Geier 442.
 Grunwald 233.

Gnaae-Rödingsberg 226, 450,
 457.
 Gabeland 247, 440.
 Geide 422, 423.
 Genke 382.
 Geymann 395.
 Gildenbrand 326.
 Goh 379, 436.
 Gossmann-Berlin 244.
 Gossmann-Hamburg 246.

Gonnath 278, 284.
 Guder 358.
 Gue 356.
 Gug 454.
 Gussmans-Belgien 203.

Haden 224, 439, 458.
 Häppler 405, 423.
 Kautsky 386.
 Keil 408.
 Kirsch 199.
 Klupsch 279.
 Knauer 435.
 Kriemier 197.
 Kolb 384.

Leber 441, 452.
 Lehmann 229, 371.
 Leinert 228, 237, 397.
 Lenich, Dr. 239, 355.
 Liepmann 241.
 Lipinski 244, 248, 277, 284,
 442.

Loewenstein 197.
 Lurgenburg 230, 267, 363.

Maier 401, 449.
 Merkel 360.
 Milenz 441.
 Mollenhuth 259, 426, 437.
 Müller-Berlin 204, 250, 455.
 Müller-Hamburg 435.

Nummerjatt 406.
 Nisch 270.
 Nischlich 440.

Paeplem 270.
 Pflanzsch 394, 439, 441,
 453, 454.
 Pled 274, 275.

Quard 434.
 Quersch-London 200.

Rauch 361, 362.
 Rosenfeld, Dr. 259.
 Rudolph 454, 455.

Saefke 437, 448.
 Sanders-London 202.
 Schmidt, Robert, Berlin 279.
 Schmidt-Gmünd 402.
 Schönberg-Rußland 204.
 Schöpplin 377.
 Schred 247.
 Schulz-Berlin 217, 253.
 Seger 271, 447, 448.
 Segl 317, 373, 405.
 Seiber 278.
 Klupsch 456.
 Simon 278.
 Sindermann 396.
 Singer 94, 197, 198, 199, 204,
 217, 222, 227, 233, 242,
 247, 249, 253, 285, 316,
 317, 319, 326, 342, 343,
 353, 357, 358, 362, 365,
 373, 375, 379, 389, 402,
 408, 421, 422, 424, 425,
 426, 440, 441, 442, 452,
 454, 455, 459, 460, 461.

Stalten 260, 380.
 Ströbel 375.
 Stubbe 229, 266.

Thiele-Gaule 406, 453.
 Timm 297, 422.

Ulrich 317, 346.

Vogel 259.

Wadnich 248.
 Walter-Kugsburg 456.
 Walter-Mürnberg 389.
 Weill, Dr. 350.
 Weiß-Wartkretsch 357.
 Weis 232, 317.
 Westmayer 348, 372.
 Wilmanski 202.
 Witte 259.
 Wolbersky 242.
 Wurm 399, 406.

Zeffin 287, 351, 459.
 Ziegler 435.
 Zieg 244, 249, 410.
 Zübel 273, 358, 441.

Druckfehlerberichtigung.

Seite 423 bei der Abstimmung über die Resolution Frohne steht Genoffe
 Rohmann mit Ja verzeichnet. Er hat mit Nein gestimmt.

Ergebnis der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 168 bis 192. Zusammenstellung der angenommenen Anträge Seite 546 bis 552. Die in Klammern beigefügte Zahl bezeichnet die Seitenzahl, auf der das Resultat der Abstimmung zu finden ist.)

Nicht genügend unterkürzte Anträge.

10, 11 (452). 18, 19, 20 (439). 25, 52 (226). 57 (454). 60 (455). 62, 64, 65, 67, 68 (454). 70 (259). 91 (262). 109 (452).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

1 (199). 13, 14, 15, 17 (440). 26 bis 50 (226). 56 (440). 74 bis 85 (424). 86, 87, 95, 96, 97, 99, 100, 102 (284). 105 bis 108 (447 bis 449). 122 (440). 127 (257). 129 (440). 132 Teil I (283).

Zurückgezogene Anträge.

2, 3, 5 (199). 7 (222). 22 (244). 23 (227). 24 (247). 53, 54 (257). 59 (454). 114 (455).

Abgelehnte Anträge.

4 (200). 51 (442). 61 (454). 112 (456). 121 (441). 128 (257). 134, 135, 136 (423). 137 (424).

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

8, 9 (453). 58 (454). 66 (455). 88, 89, 92, 93, 94, 98, 101, 103, 104 (284). 111 (456). 117 bis 120 (441).

Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge.

69, 71, 72, 73 (262).

Angenommene Anträge.

(Wortlaut dieser Anträge Seite 546 bis 552)

6 (mit Venderung): Lokalorganisationen (257). 12: Agitation bei Venderung der Gewerbeordnung (439). 16: Kommission wegen Venderung der Organisation (440). 21: Frauenorganisation (257). 55: Bessere Ausstattung der Mai-Zeitung (454). 63: Parteitageprotokolle zum Selbstkostenpreis abgeben (454). 90: Beitrag der Parteiangestellten am 1. Mai (284). 110: Agitation wegen Gefindeordnung (454). 113: Agrarfrage (457). 115: Zugehörigkeit zu Turnvereinen (457). 116: Refruenabschiedsfeier (457). 122: Resolution zur Sozialpolitik (439). 124: Resolution zur Finanzreform (447). 125 (mit Venderung): Frauenorganisation (257). 126: Resolution zur Budgetbewilligung (424). 130: Abänderungsantrag zu 6 (257). 131 (mit Venderung): Parteischule (257). 132 (Teil 2): Raiffeiser (283). 133: Ausnahmegesetze gegen Polen (459). 135: Resolution zur Kriegshilfe (460). 139: Jugendorganisation (452). 140: Gehaltsverhöhung (458). Nächster Parteitag in Leipzig (441). Dechargeerteilung für den Parteivorstand (257).

Vor Schluß des Parteitages sind abgereift:

Regewald, Stppel, Duesfel, Dr. Sübetum.

Präsenzliste der Frauenkonferenz.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Section in der Partei, die nach dem Delegationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Agnès, L.	Düsseldorf	Düsseldorf
Paaber, Dittie	Berlin	Berlin
Paß, Anna	Altona	Altona-Stormarn und Lauenburg
Peckert, August	Fürth	Fürth-Erlangen-Grünbrunn-Lauf
Penkler, Heinrich	Herne	Bochum-Gelsenkirchen-Gattlingen-Witten
Rollmann, Minna	Halberstadt	Halberstadt
Brandler, Heinrich	Bremen	Bremen
Bürmer, Margä	Schweinfurt	Schweinfurt
Claffen, D.	Hamburg	Hamburg B
Deuder, Minna	Essen	Essen a. d. R.
Dunfer, Käthe	Stuttgart	Referentin
Echlinger, Johannes	Osnabrück	Osnabrück
u. Elm, Adolf	Hamburg	Schleswig-Holstein 6
Endmann, Lina	Weddinghausen	Weddinghausen-Dorfen
Evers	Limben	Hannover 8
Faure, A.	Ronsdorf	Leinwe-Rennfeld-Melmann
Fleischmann, Rosa		München 2
Greifenberg, Marie	Mugsburg	Mugsburg-Schwabmünchen-Bettingen
Grünberg, Helene	Nürnberg	Nürnberg
Grafe, Hugo	Königsberg	Königsberg-Stadt
Haberland, Carl	Barmen	Eberfeld-Barmen
Hagen, Magda	Regensburg	Regensburg
Henke, Alfred	Bremen	Bremen
Heuer, H.	Hamburg	Hamburg 2
Höhler, Wilhelmine	Düsseldorf	Rennfeld
Höhner, Dorothea	Wagdeburg	Wagdeburg
Hagenstein, Simon	Charlottenburg	Strahlund-Franzburg-Rügen
Kempff		Hamburg
Knapf, Franz	Dortmund	Dortmund-Hörde
Kögel, Anna	Altwaßer	Waldenburg
Köyner, Otto	Barmen	Eberfeld-Barmen
Kähenmeyer, Josefa	München	München 1 und 2
Leopoldt, Adolf	Leipzig	Raumburg-Weißenge-Beitz
Leu, Käthe	Schwartzau	Fürstentum Rubeck
Lewerenz, Friedrich	Erfeld	Erfeld
Lögner, Margareta		Kulmbach
Lohr, Viktoria	München	München 1 und 2
Ludwig, Konrad	Hagen	Hagen-Schwelm
Mater, Emil	Heidelberg	Baden 12
Mattschle, Anna	Berlin	Berlin 6
Mitich, Marie	Koswig	Anhalt
Müller, Louise	Stuttgart	Stuttgart

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Remig, Anna Reumann, Elise Rienstorf, Th. Robis, Ernst Rürnberg	Bochum Nichtenberg Kiel Kartum Berlin	Bochum-Gelsenkirchen-Grattungen-Witten Nieder-Barnim Schleswig-Holstein 7 Kartum-Görde Berlin 2 und 5
Rollenber, Bertha Rrechl, Margareta	Leipzig Fürth	Leipzig-Stadt u. Land 12 u. 13. sächs. Wahlk. Fürth-Erlangen-Heßbrunn-Lauf
Reichler, Karoline Reise, Johanna Ruppenstein, Doris	Wegesal Erlangen	Fürth-Erlangen-Lauf Lose-Blumenthal, Hannover 18. Fürth-Erlangen-Lauf
Rührmer, Gustav Schleg, Kath. Schlomer, Elise Schlöffer Schlichtmann, Wilh. Steinlopf Straßer, Therese	Brasel Ludwigschafen Lübeck Brunschweig Duisburg Berlin Hauscham	Dachmund-Görde Ludwigschafen Lübeck Brunschweig 1 Duisburg-Willheim a. d. Ruhr Berlin 1 und 3 Hofenheim-Wiesbach-Tölz
Rhiele, Adolf Rinius, Minna	Salle Köpenick	Naumburg-Weißfels-Zeitz Keltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Rudolph, Marie Ragner, Helene Reber, Albert Rehb, v. d. Laura Rengels, Margarete Riack, August Rinckmann, Katharina Rirchmann Rolf, Sophie Rulff, Frieda	Dresden Chemnitz Mühlheim Sonneberg Berlin Mühlhausen i. G. Frankfurt a. M. Darmberg Mannheim Berlin	Dresden 3 Sachsen 16 Mühlheim-Wipperfürth-Gummersbach Sachsen-Weinungen 2 Berlin 4 Mühlhausen i. G. Frankfurt a. M. Darmberg Baden 11 West-Prignitz
Roh, Adelheid Roth, Clara Roth, Louise	Reichhausen Stüttgart Hamburg	Reichhausen Redaktion „Die Gleichheit“, Referentin Hamburg 1

Auswärtige Gäste.

Bopp, Adelheid, Desterreich, Wien.
Bölgel, Amalie,
Balabanoff, Angelika, „Verband“, „Avanti“, Italien, Rom.

Sachregister der Frauenkonferenz.

Abstimmung 544 Alkoholenz 509. Anarchisten 541. Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts 476. Aufklärung, hygienische 529.	Geschlechtliche Aufklärung 507. Geschlechtskrankheiten 508. Gewerkschafts Kongress 505. Gewerkschaftliche Organisation 522. Gewerkschaftsbewegung 472, 473. Gleichheit 481.	Neuorganisation der Genossinnen Deutschlands 485. Eriskrankenfasenwahl im Chemnitz 474. Reichstag, Auflösung des-selben 487. Religiöse Moral 515.
Bayerisches Vereinsgesetz 471. Beitrag 491. Bildungsbestrebungen 488. Bildungsprogramm 522.	Internationale Frauenkonferenz 469, 475. — Sozialistischer Kongress 469. Jugend, Erziehung derselben 470. Jugendbewegung, Proletarische 518. Jugendorganisation 518.	Schwangers- und Böchnerrinnenkongress 467. Sozialistische Erziehung im Hause 507.
Benutzantentum unter Kindern 512. Dienstbotenbewegung 467. Dienstbotenvereine 505. Diskussionsabende 471.	Kassenverhältnisse 468. Kinderarbeit 473. Kindererziehung 465. Klassenkampf 511.	Tagesordnung 467. Terminus 469, 472, 474, 475.
Ehrung der Verdienstlichen 464. Erziehung 507. — der Jugend 470.	Landtag, preussischer, Basen zu demselben 469. Lebende 471, 504.	Ultramontanismus 476. Vereinsgesetz, Bayerisches 471. —, Opposition dagegen 500. Verdorbene, Ehrung derselben 464.
Frauenarbeit 466. Frauenbildungsvereine 491. Frauenkonferenzen 495. Frauenkonferenz, Internationale 475. Frauenstimmrecht 475.	Militarismus 539. Moderne Pädagogik 538.	Wahlen zum preussischen Landtag 469. Zehnjahrestag für Arbeiterinnen 468.

Sprechregister der Frauenkonferenz.

Baader 464, 467, 485, 493. Baumann 478, 497, 517. Bollmann 491.	Genie 476, 543, 544. Geuer 502.	Reise 504.
Claasen 480. Dunder 492, 507, 543.	Kähler 470, 483, 504. Kahner 496. Kögel 480. Krupp 476.	Schleie 475. Schlomer 480, 496. Schlöffer 494. Singer 498. Steinlopf 476.
Flur, v. 472, 478, 502, 543. Endmann 479.	Rachmeyer 477. Müller-Berlin 501.	Rudolph 473, 485, 491. Ragner 474. Rengels 503. Rinckmann 479, 483.
Greiffenberg 471, 482, 496. Grünberg 465, 483, 504, 543.	Rehm 485.	Roh 476. Roth 465, 477, 484, 493, 494, 498, 500, 506, 521, 544. Roth 474, 477, 478, 481, 486, 505, 543.
Haberland 497. Hagen 483. Haugenstern 468	Hoelzer 467. Hollenber 477, 495. Hopp 494.	

Inhalts-Verzeichnis.

Parteiprogramm	5
Organisationsstatut	6
Tagesordnung des Parteitages	11
Bureau des Parteitages	12
Vorlagen an den Parteitag	13
Bericht des Parteivorstandes	13
Kassenbericht	65
Bildungsausschuß	87
Bericht der Genossinnen	99
Bericht der Reichstagsfraktion	117
Anträge	168
Protokoll des Parteitages	193
Protokoll der Frauenkonferenz	464
Anhang I: Wortlaut der angenommenen Anträge	546
Anhang II: Lübecker Budget-Resolution	552
Zuschriften und Telegramme	552
Präsenzliste des Parteitages	553
Auswärtige Gäste auf dem Parteitage	559
Sachregister des Parteitages	560
Sprechregister des Parteitages	563
Druckfehler-Berichtigung	568
Ergebnis der Abstimmungen	564
Präsenzliste der Frauenkonferenz	565
Sachregister der Frauenkonferenz	567
Sprechregister der Frauenkonferenz	567